

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4900 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Beleg 38,00 Mfr, Dänemark 8,75 Mfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 148 Dr.

TAGESSCHAU

POLITIK

Thatcher: Trotz aller Appelle an die Einheit der Partei und der Beratungen, geschlossen hinter Margaret Thatcher...

Reisegenehmigungen: Der Ständige Vertreter der „DDR“ in Bonn, Ewald Moldt...

Nahost: Mehr Einfluss für die Araber in den besetzten Gebieten auf die Verwaltung ihrer Städte...

Papst Johannes Paul II. hat zum Abschluss seiner Indien-Reise die Priester zur Zurückhaltung in der Diskussion weltlicher Fragen ermahnt...

Peru: Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes haben die peruanischen Truppen während der Sperrstunden in Lima und Callao Schießbefehl erhalten...

Indien: Demonstrationen gegen staatlich verordnete Preissteigerungen haben gestern das öffentliche Leben in Neu-Delhi zum Erliegen gebracht...

Terrorismus: Der im französischen Exil lebende Präsident des iranischen Nationalen Revolutionsrates, Massud Radschawi...

Golfkrieg: Nach einer iranischen Offensive ist es zu heftigen Gefechten in der östlichen Region um Basra gekommen...

Heute in Berlin: Schtscharanski und acht Agenten kommen frei

Sowjetischer Regimekritiker fliegt nach Israel weiter / Verabredung von Genf

Als „Gegenleistung“ im Zuge der Austauschaktion von Agenten werden von den Regierungen in Washington und Bonn folgende Personen dem Osten übergeben: - das tschechische Ehepaar Köcher, das wegen Spionage für den Nachrichtendienst der Tschechoslowakei in den USA verurteilt worden ist; - der als „Agentenanwerber“ in der Bundesrepublik Deutschland verhaftete Dieter Schafenroth...

DER KOMMENTAR

Fromme Torheit

EBERHARD NITSCHKE

Es war einmal ein quasi offizielles Dokument, in dem sich auch dieser Satz findet: „Der Karnevals- beziehungsweise Faschnachtsbrauch ist hinsichtlich der Unterhaltungsmöglichkeiten in den Faschnachtsgebieten der Bundesrepublik zweifellos der harmloseste“...

Marcos will Wahl nicht annullieren

Parlament verschiebt den Beginn der entscheidenden Stimmenauszählung auf heute

Rund 8000 Demonstranten hatten sich vor dem Parlamentsgebäude in Manila versammelt, als die Abgeordneten gestern zu der entscheidenden Stimmenauszählung zusammenströmten. Zur Sicherung des Gebäudes waren von der Regierung starke Einheiten der Polizei zusammengezogen worden...

Walesa steht in Danzig vor Gericht

dpa, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa wird heute vor dem Danziger Bezirksgericht angeklagt, die staatlichen Wahlkommissionen beleidigt zu haben. Der Prozess soll zunächst bis Donnerstag dauern...

London: Vermögen der Gewerkschaft beschlagnahmt

DW, London

In der Auseinandersetzung zwischen der Druckergewerkschaft Sogat 82 und dem Zeitungsverleger Rupert Murdoch hat ein Londoner Gericht gestern die Beschlagnahme des gesamten Gewerkschaftsvermögens in Höhe von rund 17 Millionen Pfund (57 Millionen Mark) angeordnet...

Exklusiv in der WELT

ALS TITO AUF DIE WEHRMACHT SETZTE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Titos kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung...

WER MACHT DEUTSCHE STRATEGIE? Parteipolitik, Personalpolitik und Strategie beeinflussen in Bonn die Auseinandersetzungen um eine deutsche Beteiligung an SDI...

WIRTSCHAFT

Frankreich: Mit dem Ziel, Paris zu einem bedeutenden internationalen Finanzplatz auszubauen, hat die Regierung zahlreiche Maßnahmen zur Reform des Kapital- und Geldmarktes ergriffen...

bescheiden“. In einer Untersuchung heißt es, spürbaren Beschäftigungseffekt versprochen nur Vollerwerbsbetriebe. (S. 9)

Börse: Am Rosenmontag - die Düsseldorfer Börse war geschlossen - konnte sich an den Aktienmärkten keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Der Rentenindex 105,402 (105,445), BHF Performance Index 100,953 (100,966), Dollarmittelkurs 2,3891 (2,3972) Mark, Goldpreis pro Feinunze 340,15 (337,20) Dollar.

KULTUR

Trickfilm: Er ist ein eigenständiges, seriöses künstlerisches Medium mit schier unbegrenzten Möglichkeiten. Die Stuttgarter Internationalen Trickfilmtage haben es einmal mehr bewiesen. (S. 17)

SPORT

Fußball: Trainer Uwe Klimaschecki, dessen Vertrag beim 1. FC Saarbrücken zum Saisonende ausläuft, wird in der nächsten Spielzeit den Schweizer Klub St. Gallen betreuen.

Golf: Profi Bernhard Langer aus Anhausen unterlag bei der „Andy-Williams-Open“ in San Diego (Kalifornien) erst im Stechen auf dem 2. Extra-Loch gegen den Amerikaner Bob Tway. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Kavitation: Nach 14monatiger Untersuchung wird eine der beiden Hauptangelegten im Prozess um die Ende 1983 zusammengebrochene SMZ-Bank, Ferdinand Graf von Galen, gegen eine Kaution von zehn Millionen Mark freigelassen. (S. 18)

Fund: Nach zehnjähriger Suche haben zwei Archäologen die fast 3000 Jahre alte Grabkammer Mayas, des Schatzkammerers Tutenchamun, entdeckt. Der spektakuläre Fund gelang auf dem Grabfeld von Sakkaras südlich von Kairo. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Wird Denken überflüssig? - Gastkommentar von Professor Ulrich Lohmar S. 2
Acheramittwoch: Politische Hanse in Bayern - Von Peter Schmalz S. 3
Ferien: Personalien und Leserbrief aus der Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 5
Umwelt - Forschung - Technik: Datenfuß aus der Aktenkassette - Von C. Graf Brockdorff S. 15
Schnee und Glotze behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

„ÖTV-Abschluß keine Leitlinie“

DW, Osnabrück

Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst kann für die IG Metall nach den Worten ihres Sprechers Jörg Barczyk „in keiner Weise“ Leitlinie sein. Die ÖTV habe von einer völlig anderen, ungünstigeren Lage in den Kommunen ausgehen müssen.

Zimmermann hofft auf Signalwirkung

DW, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist der Ansicht, daß von dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst „sicherlich“ Signalwirkungen ausgehen werden, aber nicht in dem Sinne, daß damit Leitlinien vorgegeben“ wären.

Roelof Botha bleibt im Amt

DW, Johannesburg

Einen schweren Rückschlag haben die Erwartungen in die Reformpläne, die der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha vor einer Woche noch im Fernsehen und in Zeitungsanzeigen angekündigt hatte, durch die jüngsten Ereignisse in Südafrika erlitten.

In Dänemark Wirbel um Geheimpapier

Dänischer EG-Auszug kostet jährlich 26 Milliarden Kronen / Massenarbeitslosigkeit droht

Die Veröffentlichung von Einzelheiten aus einem als vertraulich bezeichneten Bericht der dänischen Regierung, der sich mit möglichen Folgen eines Austritts aus der Europäischen Gemeinschaft befaßt, hat in Kopenhagen zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen geführt.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prognostiziert, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Auszugs ihre Arbeitsplätze verlieren.

Streusalz - sinnvoll oder schädlich?

DW, Bonn

Die Diskussion um das Streuen von Salz auf Gehwegen und Straßen wird immer härter ausgetragen. Für Umweltschützer bedeutet jede Handvoll davon schon fast den Tod von Straßenbäumen oder die Vergiftung des Grundwassers.

Junta entwirft Miliz Duvaliers

DW, Port-au-Prince/Talioires

Die haitianische Junta unter Vorsitz von General Henri Namphy hat gestern das berüchtigte Milizionärskorps „Freiwilige für die nationale Sicherheit“, allgemein als „Tontons Macoutes“ bekannt, aufgelöst. Die 1961 von Präsident François Duvalier (Papa Doc) geschaffene Truppe war in den vergangenen 25 Jahren für zahlreiche Fälle von Folter, Entführung, Mißhandlung und Mord verantwortlich.

Moskauer Fernsehen sendet Kennedys Bedenken zu SDI

US-Senator findet freundliche Worte für Gorbatschow

Das sowjetische Fernsehen hat am Sonntag ein 20minütiges Interview mit dem amerikanischen Senator Edward Kennedy gesendet, in dem dieser sich für einen friedlichen Wettbewerb der beiden Supermächte ausspricht. Vor allem der Weltraum solle für friedliche Zwecke genutzt werden, sagte der demokratische Senator, der gleichzeitig Bedenken gegen die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des US-Präsidenten Ronald Reagan anmeldete.

Vertical text on the right edge of the page, including page numbers and some illegible text.

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ÖTV und Metall

Von Peter Gillies

Daß die Einkommen der Staatsdiener für die Arbeitnehmer der Metallindustrie kein Vorbild sein können, ist eine pflichtgemäße Feststellung der Industriegewerkschaft Metall...

So ist absehbar, daß in der Metallindustrie der Kampf um die Fünf toben wird, wie er im öffentlichen Dienst um die Vier wogte...

Vielmehr besteht die Gefahr, daß sich die Tarifpolitik wieder als Förderverein der Arbeitsbesitzer begreifen und das Erwerbslosenproblem dem Staat überantworten...

Jüngste Berechnungen ergeben, daß die Kombination von Ölpreiserhöhung und Dollarkurs höchst wohlthuende Wirkungen auf die deutsche Konjunktur entfaltet...

Zwei behaupteten sich

Von Carl Gustaf Ströhm

Während auf der mittleren Ebene der sowjetischen Funktionärskaste im Zeichen der Ära Gorbatschow die Köpfe rollen, sind in der obersten Etage zwei alte Kämpfer bisher davongekommen...

Bemerkenswert ist, daß der öffentlich abgekanzelte Viktor Grischin zwar als Chef der Moskauer Parteiorganisation abgesetzt wurde...

Die Moskauer „Prawda“ hat einerseits die Absetzung von fünfzehntausend Funktionären der Partei in Kasachstan als „Anfang“ bezeichnet...

Gorbatschow, der den großen Vorteil eines jeden neuen Machthabers genießt, als Postenverteiler einer ganzen Generation zu Amt und Würden zu verhelfen, steht heute wohl vor dem Gipfel seiner Macht...

Peres' Plan

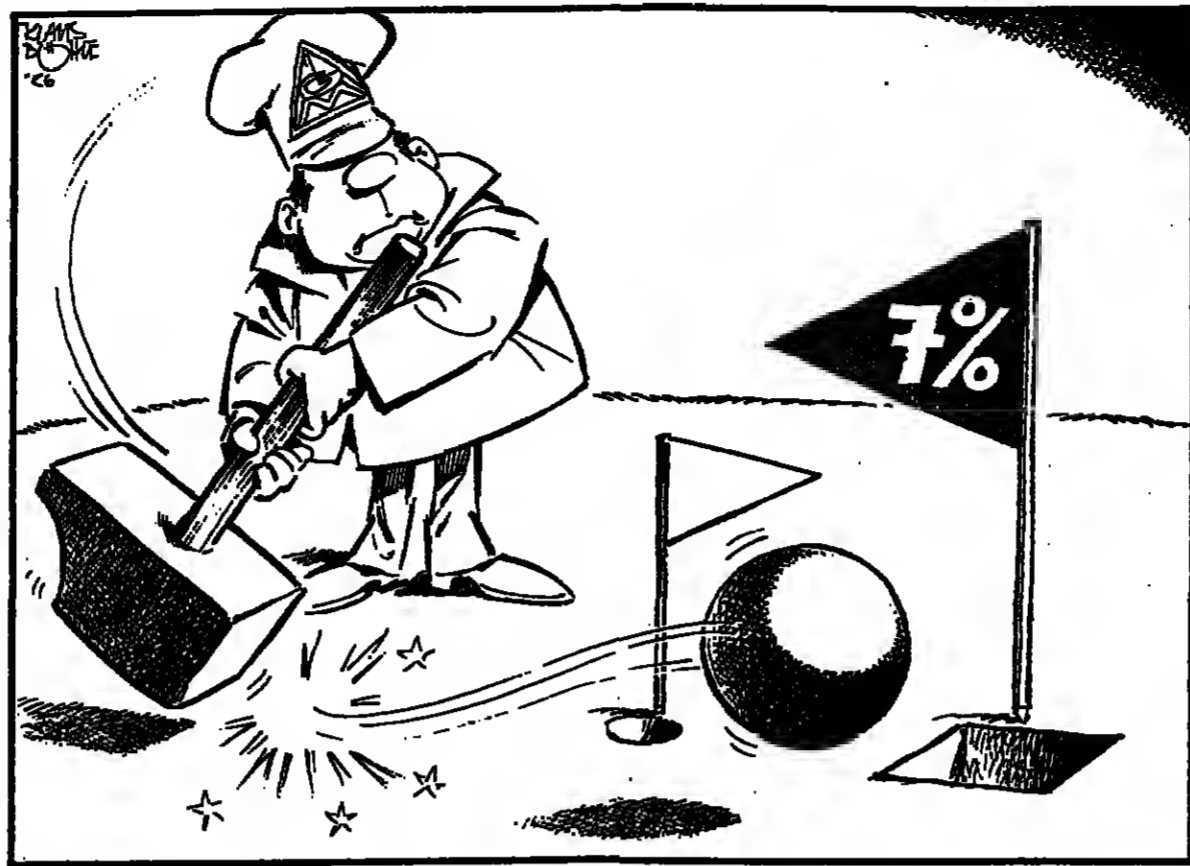
Von Ephraim Lahav

Was Israels Ministerpräsident Shimon Peres am Wochenende vorschlug, ist weit von einer „einseitigen Autonomie“ entfernt...

Gemeint ist eine Verminderung der israelischen Präsenz. Peres' Absicht zeigen seine Worte: „Die Verhandlungen zwischen Hussein und Arafat sind gescheitert...“

Damit will Peres nach der Selbst-Ausschaltung Arafats das offene Gespräch mit Hussein erreichen - geheime Gespräche, direkt oder indirekt...

Diese noch nicht offiziell bekanntgegebenen Absichten haben bereits scharfe Proteste von seiten des Likud hervorgerufen. Dort sieht man jede Maßnahme, die den arabischen Charakter der besetzten Gebiete stärkt...



German Open

KLAUS BÖHLE

Wird Denken überflüssig?

Von Ulrich Lohmar

In der Sprache der Computerwelt breitet sich ein neues Schlagwort aus: „Künstliche Intelligenz“. Es drückt die Hoffnung der wenigen aus, daß technische Systeme eines Tages nicht nur selbstständig...

Beispiel im Weltraum oder in Meerestiefen wichtig wird - aber er wird nie selbstständig sein in dem Sinn, daß er unabhängig von Menschen etwas wirklich Neues erfindet oder produzieren könnte.

Man fragt sich also, warum ausgerechnet die Computerindustrie das irreführende Wort von der „künstlichen Intelligenz“ unter die Leute bringt und damit unbegründete Hoffnungen weckt...

Die Vertreter der Informationstechnologien sollten die „künstliche Intelligenz“ als einen Fehlgriff also schleunigst aus dem Verkehr ziehen. Sie haben sich schließlich schon einmal - Anfang der sechziger Jahre - in eine solche begriffliche Sackgasse verrannt...

GASTKOMMENTAR



Professor Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1976, lebt als freier Wissenschaftler in Bonn

Kolumbien: Eine Wahl und ein halbes Dutzend Banden

Die späten Erkenntnisse des unseligen Belisario Betancur / Von Günter Friedländer

Kolumbiens Regierung hat soeben an die 7000 Reservisten einberufen, um während der kommenden Wahlen am 9. März (für legislative Körperschaften) und am 25. Mai (Präsidentenwahl) die freie Stimmabgabe zu garantieren...

mit der Front „Ricardo Franco“, als der bisher ungeschätzte Massenmord ihres Kommandanten Javier Delgado an angeblichen Verärrern bekannt wurde.

Ein anderes großes Problem sind Rauschgifthändler, die ihre Kandidaten unterstützen. Justizminister Enrique Parejo Gonzalez, der solche Fälle beim Wahlgang anzuzeigen hat, sagte: „Ich denke darüber nach, ob mein Leben in Gefahr ist, wenn ich die Anzeigen machen muß...“

de der Rauschgifthändler fallen sollte.“ Liberale und Konservative haben gemeinsam die Politik des konservativen Präsidenten Belisario Betancur getragen.

Aber das Guerrilla-Problem bleibt. Bei einem Treffen der Präsidenten Brasiliens und Kolumbiens in Manaoas klagte Betancur über die Zusammenarbeit des Rauschgifthandels mit der Guerrilla...

IM GESPRÄCH General Baryla Schule der Nation

Von Joachim Görlich

Unberührt herrschen in Polen weiterhin die „Kommunisten in Uniform“, ergo nicht die Armee und deren Linienoffiziere, sondern die Kommissare. Daß sie nicht gewillt sind, das Heft aus der Hand zu legen, davon zeugt die Nominierung des Dr. Józef Baryla zum ZK-Sekretär...



Ein Politoffizier dressiert Hilfspolier: Baryla

Baryla ist im ostoberschlesischen Zawiercie vor 61 Jahren in einer Arbeiterfamilie geboren. Im Krieg arbeitete er in einer Glasfabrik. 1945 trat er als Freiwilliger in die polnische Armee ein und absolvierte 1947 die Artillerieoffiziersschule als Leutnant...

1946 trat er der KP bei, obwohl dies Offizieren erst ein Jahr später offiziell erlaubt war. Bald darauf machte er Lehrgänge an Politoffiziersschulen mit, war gleichzeitig stellvertretender Kommandeur von Einheiten und Offiziersschulen - eine Funktion, die stets dem Politoffizier zusteht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Welches Bild bieten die rheinischen Kernlande unserer Republik eigentlich in Hamburg und Passau, in New York und Moskau, von den Seychellen ganz zu schweigen? Diese Frage stellen heißt, den Offenbarungseid der Vernunft zu beschreiben. Wie anders sollte man denn werden, daß sich heute mündige Bürger ebenso millionenfach wie kilometerlang auf die Straße ergießen...

Schließlich müssen die technischen Innovationen mit den Inhalten unseres Ausbildungswesens wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Heute verläuft der Fortschritt wie in einer Domino-Reihe: Wissenschaftlichen und technischen Durchbrüchen folgen zuerst die Ökonomie, dann die gesellschaftlichen Lebensformen, schließlich die Politik...

EXPRESS

Zwei Jahre lang gaukelte der sowjetische Geheimdienst KGB mit Fotos und Video-Bändern dem Westen vor, Sacharow gehe es gut. Mit Hilfe publizistischer Briefträger in der Bundesrepublik erweckte er den Eindruck, Sacharows Leben könne kaum schöner sein. Jetzt hat Sacharow mit seinen Briefen das Lügengeplunz zerrissen...

Bei diesen drei großen Reformaufgaben können sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft begegnen und wechselseitig helfen. Das unverzüglich zu tun ist sehr viel ergeblicher als die Eröffnung eines neuen Schaukampfes um die sogenannte „künstliche Intelligenz“, die bei Licht besehen nichts anderes ist als eine neue Form des Zusammenwirkens der Menschen mit ihren technischen Werkzeugen.

Empfänger. Wenn die Postlioniere der Desinformation mal wieder ins Horn blasen, wird die Welt gewarnt sein.

Schwäbische Zeitung

Mit der überproportionalen Anhebung der Gesamtvergütung für untere und mittlere Einkommensgruppen hat die ÖTV ihre Hauptforderung recht weitgehend durchsetzen können. Bei der IG Metall, die für ihren Bereich ähnliche Vorstellungen hat, wird man das mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen haben. Die Funktionäre der Metallgewerkschaft sollten freilich bedenken, daß es bei den Dienstleistungseinstellungen von Bund, Ländern und Gemeinden weniger Möglichkeiten als in den Produktionsbetrieben gibt, zu teuer gewordene menschliche Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Und sie sollten auch nicht übersehen, daß die Müllabfuhr und die Straßenbahn nicht, einfache Fertigungen aber sehr wohl nach Taiwan oder Korea verlagert werden können.

Allgemeine Zeitung

Frau Aquino will in einigen Tagen zu ihm gehen und über die Modalitäten der Machtübergabe verhandeln. Weigert er sich, will sie praktische Demonstrationen anführen. Ein Teil des gespaltenen Offizierskorps denkt an militärische Interventionen. Mehr Wähler als je zuvor sind bereit, sich dem militärischen Untergrund anzuschließen. Die Menschenmassen, die seit dem Wochenende den Sieg von Frau Aquino bejubeln, tanzen auf einem Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Ein heißer Glaubenskrieg bei Eis und Schnee

Schnee und Eis, das heißt schlendernde Autos, rutschende Fußgänger und Rechtsunsicherheit über Schneeräumen. Das heißt auch: Salz oder kein Salz.

Von E. NITSCHKE

Um die Frage, ob das Verteilen von Streusalz auf Straßen und Gehwegen gegen Eis und Schnee ein Akt der Menschenliebe oder eine kriminelle Handlung ist, bricht immer wieder ein Glaubenskrieg aus. Zwei Millionen Tonnen Salz werden in der Bundesrepublik und Berlin in jedem strengen Winter gestreut - und das, obwohl immer mehr Städte und Gemeinden unter dem Druck von Umweltschützern den Kampf gegen die Glätte nur mit „abstumpfenden Mitteln“ führen oder sich sogar schon zur kostensparenden „Null-Lösung“ durchgerungen haben.

Als beim ersten Glätteis dieses Winters in Hamburg das Chaos ausbrach, weil der Senat beschlossen hatte, nur noch umweltfreundlich zu streuen, glaubten die Einwohner der Zwei-Millionen-Stadt, besonders beunruhigt zu sein. Doch generelle Salzverbote gibt es schon unter anderem in Karlsruhe, Ingolstadt, Freiburg, Salzverbote mit mehr oder weniger eng gefassten Ausnahmeregelungen ordneten unter anderem Bielefeld, Köln und Bonn an.

Andere Städte reglementieren den Verbrauch: In Hannover zum Beispiel erlaubt die Gehwegsatzung seit 1979 Salz nur in einem Mischungsverhältnis von 1:9 mit abstampfenden Stoffen. In Berlin, wo das Ausbringen von Salz im gesamten Stadtgebiet mit Ausnahme der Fahrbahnen der Einsatzstufe I schon 1975 verboten wurde, ergänzte man 1982 das Straßenreinigungsgesetz mit den Stimmen aller Fraktionen unter anderem mit der Formulierung: „Eine Eisglätte- und Schneeglättebeseitigung findet nicht statt.“

Während für die Umweltschützer jede Handvoll Salz für den Tod von

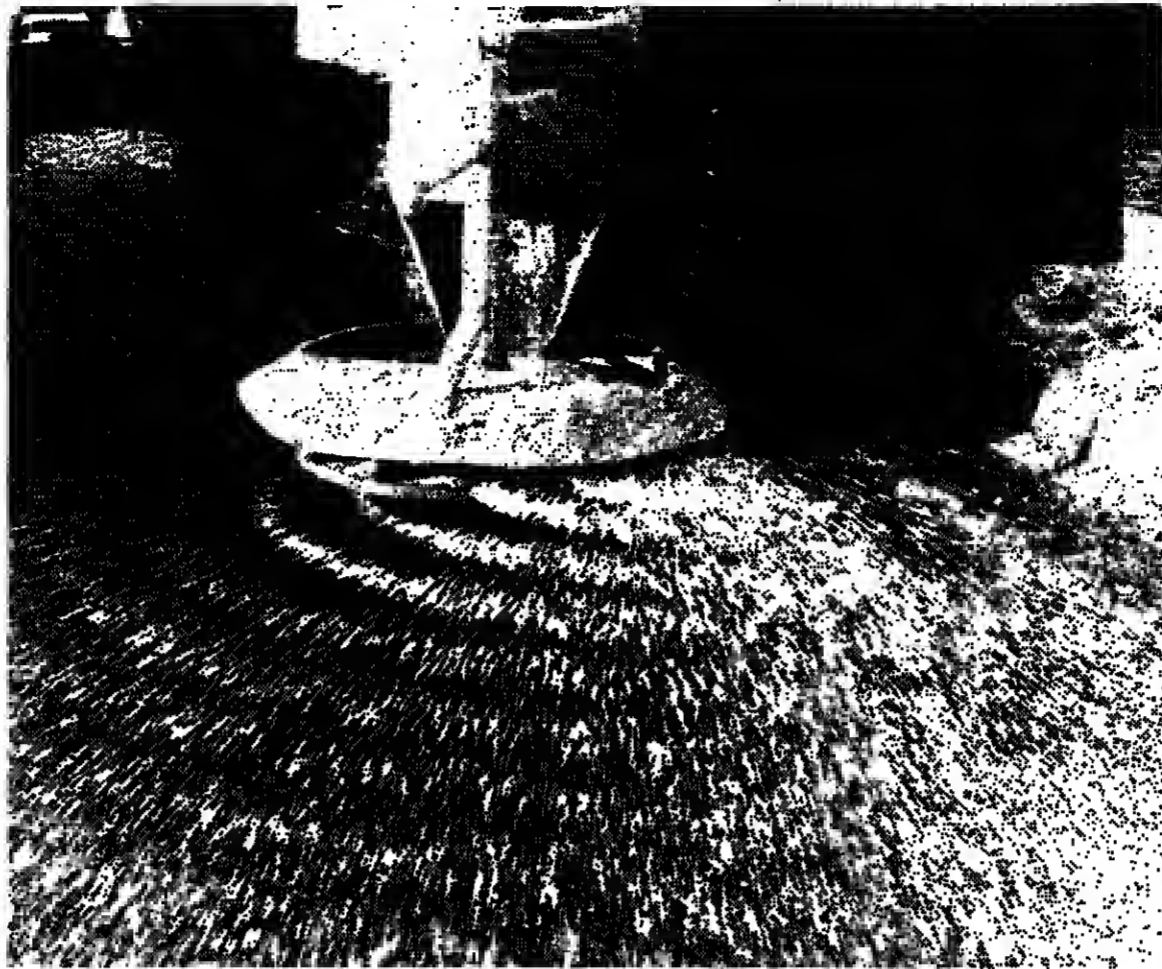
Straßenbäumen oder die Vergiftung des Grundwassers steht, vertritt der Dachverband der „Deutschen Salzindustrie e. V.“ in Bonn in einer neuen Broschüre aus der Feder des Lehrbeauftragten an der Technischen Hochschule Darmstadt und Winterdienst-Experten Siegfried Gies die Ansicht, nichts sei reiner als Salz. Straßenbäume entlang der Außenortsstraßen seien „keine Zeugen der Anklage“, moderne Bauchemie habe den „früher empfindlichen Beton“, aber auch den Stahl der Ingenieurbauwerke „weitgehend unempfindlich“ gegen Streusalz gemacht. Die Korrosion der Kraftfahrzeuge, bedingt durch Streusalz, sei, so Gies, heute „kein Problem mehr“, dem ein nennenswerter Stellenwert zukomme, die Wirkung auf Mensch und Tier sei „ohne Befund“.

Doch die Salz-Lobbyisten glauben noch mehr im Köcher zu haben: Für Städte und Gemeinden mit Salzverbot würden die Haftpflichtversicherungen für Autos steigen; hierzu komme, daß die Räumung der an einem Schneetage ausgestreuten Granulate von 48 000 Tonnen wie in Hamburg 48 Arbeitstage gleich zwei Monate dauern würde.

Abseits der Werbung der Salzindustrie, deren Dachverband sieben Produktionsstätten angehört, für die das Streusalz rund zwölf Prozent ihres Gesamtumsatzes ausmacht, schlägt sich der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) zumindest teilweise auf die Seite der Salzstreuer. ADAC-Winterdienst-Experte Ulrich Heuber in der Fachabteilung Straßenverkehr in München räumt zwar ein, daß man den Zusammenhang zwischen der Qualität des Schneeräumens und Streuens und der Unfallentwicklung auf den Straßen noch nicht genug kenne, um darüber zu urteilen.

Aber auf Anfrage der WELT sagt er: „Es führt auf wichtigen Autoberts-Straßen kein Weg an Salz vorbei. Bei überzogenen Versuchen in den Städten liegt der Busverkehr sofort lahm - und auf den soll der Autofahrer ja an kritischen Tagen ausweichen.“

Ein generelles Streusalz-Verbot



Von Autofahrern ersehnt, von Umweltschützern verteuert: Der Salzstreuer. FOTO: MANFRED GROHE

nennt der ADAC „gefährlich und nicht sinnvoll“. Der Einsatz von Granulaten koste mehr Geld, vor allem, weil die Räumung personalintensiv sei. Und bei „schwankender Rechtslage“ müsse der Winterdienst sich durch das jeweils beste der Situation angepaßte Streumittel helfen können.

Diese Rechtslage, in jedem Bundesland, in jeder Stadt anders, hat schon den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, auf den Plan gerufen, der endlich eine bundesweit einheitliche Lösung für das Abstreuen der Straßen forderte. Mit dem Hinweis, der Kraftfahrer sei durch die landesunterschiedlichen Regelungen „verunsichert, ja gefährdet“. Denn wer wisse schon, wann und wo er die Landesgrenze von Niedersachsen oder Schleswig-Holstein ins salzlose Hamburg überquere?

Der Deutsche Städtetag, Dachorganisation von 666 Mitgliedsstädten, hat rechtzeitig zum Winterbeginn versucht, seinen geplagten Kommunen

Rechtshilfe zukommen zu lassen. In seiner Zeitschrift war allerdings dazu zu lesen, daß man „von Glück sagen kann, wenn man bei diesem riskanten Unternehmen ungeschoren davonkommt“. Der Widerstreit zwischen Verkehrssicherheit und Umweltschutz könne letztlich nur dann einer Lösung nähergebracht werden, „wenn einerseits der Gesetzgeber die derzeit sehr hohen Anforderungen an die Verkehrssicherheit winterlicher Straßen berät und sich andererseits der Bürger bereit findet, mehr als heute mit winterlichen Verhältnissen auf den Straßen zu leben“.

Über die Aussagen der Rechtsprechung zu dem wichtigen Problemkreis heißt es beim Städtetag: „Gegen den bislang durchweg üblichen Einsatz von Salz als Streumaterial sind von der Rechtsprechung - soweit ersichtlich - noch keine gravierenden Bedenken geäußert worden.“ Tatsächlich hat in jüngerer Zeit das Oberlandesgericht in Hamm 1982 in einem Urteil ausdrücklich festgestellt, daß die Verwendung von Streu-

salz zur Erfüllung der Streupflicht keine Pflichtwidrigkeit darstelle - bis 1980!

Zum totalen Streusalzverbot meint der Städtetag, auf Gehwegen sei das besonders unstritten. Die Organisation hält es für „durchaus denkbar, daß hier ähnlich wie auf Fahrbahnen in bestimmten Situationen der Salzinsatz im Interesse eines einigermaßen sicheren Fußgängerverkehrs „unerlässlich“ ist. Über die modifizierten Verbote der Salzverwendung auf Gehwegen meinen die Städte-Experten aus eigener Erfahrung, es dürfe einem Anlieger wohl immer gelingen, für sich die Annahme eines der vorgesehenen Befreiungstatbestände zu reklamieren.

„Same procedure as every year also? Nicht ganz. Cum grano salis steuert man auf den Kompromiß zu. Moderne hochtechnisierte Streumaschinen bringen jetzt nur einen Bruchteil der Salzmenge auf die Fläche, wie noch vor wenigen Jahren. abgestimmt nach jedem Meter Gelände.“

„Britisch Elend“, davon erholte sich Leyland nicht

Beinahe wäre es so weit gekommen und Anstin Rover, Teil der defizitären British-Leyland-Gruppe, wäre an die Amerikaner verkauft worden. Doch ein Anschlag im Parlament ließ die Regierung Thatcher die Verhandlungen stoppen. Denn hier stand mehr auf dem Spiel als ein Firmenverkauf: Der letzte große britische Autohersteller wäre in fremde Hände geraten.

Von WILHELM FURLER

In Deutschland gibt es eine ganze Generation inzwischen schon etwas betagter Auto-Enthusiasten, die beim Anzählen britischer Automarken noch heute genüsslich mit der Zunge schmalzen. Jugendträume werden wach, denn was hätte man damals nicht alles gegeben, einen Austin-Healey 3000, einen Triumph der TR-3 bis TR-6-Serie, einen Spitfire oder einen MG zu besitzen.

Harte, sportliche Kisten waren es zwar, aber unverwechselbar und so schön englisch. Daß sie durchaus auch zuverlässig waren, läßt sich an ihrem heute immer noch nicht seltenen Erscheinen im Straßenbild ermes-

-sen. Ähnlich verhält es sich mit dem Mini Morris, jenem ersten wirklich gelungenen Kleinwagen, der Mitte der sechziger Jahre seinen Siegeszug in Europa antrat.

Grauer Alltag nach glorreicher Vergangenheit

Doch all das ist Vergangenheit. Was British Leyland, die Staatsgesellschaft, die das Erbe dieser stolzen Autotradition angetreten hat, seit Jahren und auch heute noch anbietet, ist mehr oder weniger grauer Alltag, weitgehend am Markt vorbeiproduziert und mit dem Negativ-Prädikat behaftet, nicht sonderlich zuverlässig zu sein.

Dabei läßt sich Großbritannien's Automobilgeschichte durchaus lesen. 1896 wurde mit der Daimler Motor Company die erste britische Autofirma gegründet - übrigens baute sie Autos unter Gottlieb-Daimler-Lizenz. Bis zum Ersten Weltkrieg kamen zahlreiche unvergessene und zum Teil noch heute existierende Marken hinzu, so etwa Rolls-Royce, Rover, Hummer, Austin, Morris, Albion, AEC, Vauxhall, Crossley, Dennis und Singer.

1911 übernahm der amerikanische Ford-Konzern mit der englischen Massenfertigung seines erfolgreichen T-Modells die Führung. Doch schon Anfang der zwanziger Jahre machten ihm die britischen Hersteller Austin, Morris und Singer diese Position streitig. 1925 wurde Vauxhall von General Motors übernommen. Damals setzte eine erhebliche Konzentrationswelle ein: Von den 90 Herstellern im Jahre 1922 existierten nur noch 20 beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Seinen internationalen Ruf errang der britische Automobilbau jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg. 1950 wurden erstmals mehr als 500 000 Personenkraftwagen hergestellt, kaum zehn Jahre später waren es schon mehr als eine Million. Davon wurden immerhin gut 50 Prozent ins Ausland verkauft.

Neben den sportlichen Fahrzeugen waren es vor allem gediegene Limousinen wie Jaguar und Rover (abgesehen natürlich von Rolls-Royce mit seinen extrem kleinen Stückzahlen), die dem Käufer-Geschmack entsprachen. Nicht zuletzt bescherte schließ-

lich der Siegeszug des Mini der britischen Autoindustrie hohe Verkaufszahlen. Der Rekord wurde 1972 mit 1,9 Millionen produzierter Personenkraftwagen registriert.

Von da an ging es allerdings stetig bergab. Seit Ende der sechziger Jahre produziert die britische Autoindustrie nur noch eine Million Autos und weniger pro Jahr. Dem Druck drängten die Ausländer in den Markt. Heute kommen etwa 90 Prozent der Neuwagen aus Deutschland, Frankreich, Japan, Italien, Schweden. Ebenso bezeichnen die Tatsache, daß auf die beiden amerikanischen Tochtergesellschaften Ford und Vauxhall mehr als ein Drittel der britischen Pkw-Fertigung entfallen.

Die Weichen für diesen Abschwung wurden vor nahezu einem Jahrhundert gestellt, als die damalige Industrial Reorganisation Corporation die Fusion der British Motor Corporation (BMC) mit Leyland herbeiführte, aus der British Leyland hervorging. Dem Staatsunternehmen fehlte vom ersten Tag an das geeignete Management. Von den Fließbandern rollten technisch rückständige und alles andere als charaktervolle Automobile. Darüber hinaus wurden britische Automobilbau von einer riesigen Streikwelle erfaßt.

Die Management-Probleme wurden zusätzlich verschärft durch die Weigerung der Regierungen, dem immer stärker in Rückstand und in die roten Zahlen geratenden Staatskonzern zusätzliche Mittel für dringend notwendige Investitionen zur Verfügung zu stellen. Diese Misere hatte, umgeben von verheerenden Auswirkungen auf die Qualität der Fahrzeuge, was so manchen deutschen Besitzern eines British-Leyland-Motors veranlaßte, sein Gefährt auf „Britisch Elend“ umzutauften.

So wurde viele Jahre an den Marktbedürfnissen vorbeigewurstelt. Erst Anfang der 80er Jahre kam es unter der Thatcher-Regierung mit einer Straffungs- und Investitionskur zur Wende - allerdings nur, was die Produktivität betrifft. Denn die Briten, die längst Gefallen an den zuverlässigeren und technisch fortschrittlicheren ausländischen Autos gefunden hatten, lassen auch heute nicht von ihnen ab.

Weniger Streiks und höhere Produktivität

Einiges, was von British Leyland erreicht wurde, läßt sich in der Tat sehen. So hat sich die Produktivität zwischen 1979 und vergangenem Jahr von fünf auf 15 Fahrzeuge je Fließband-Arbeiter verdreifacht. In der gleichen Zeit hat sich die durch Arbeitskämpfe verlorengegangene Zahl der Arbeitstage je Beschäftigten von 6,7 auf 1,8 drastisch verringert. In der Aufwendung neuester Technologien liegt British Leyland deutlich vor den anderen Industriezweigen.

Doch die wachsenden Austin-Rover-Balden sind symptomatisch: Den Leistungsstandard hat sich deutlich verbessert, nur die Käufer bleiben aus. Kein Wunder folglich, daß London, das auf unverändert hohen Britisch-Leyland-Verlusten herumkauert (Betriebsverlust erste Hälfte 1985: 113 Mill. Pfund oder 38 Mill. DM), nach einem Käufer Ausschau gehalten hat. Doch der Nationalstolz - die Weigerung, den letzten rein britischen Hersteller von Autos in Massenfertigung an einen Ausländer und darüber hinaus noch mit Ford an einen Amerikaner zu verlieren - zwingt die Steuerzahler auch weiterhin, tief in ihre Taschen zu greifen.

„Wir müssen immer wissen, wir sind nur Gäste“

Sie sind Teil des Alltags geworden, aber - denkt man an die Vergangenheit - es ist nicht alltäglich: deutsche Soldaten in Holland.

Von ANDREAS ENGEL

Es war ein schwieriger Anfang, damals vor 23 Jahren. Und ich bin auf die Straße gegangen und habe protestiert, nachdem man uns mitgeteilt hatte, daß deutsche Soldaten hierher kommen würden.“

Der alte Mann an der Biertheke dreht nervös an seiner Zigarette. „Ausgerechnet die Deutschen, schloß es mir durch den Kopf. Und die Bilder von Hittlers Einmarsch kamen wieder.“ Die Stimme des Holländers wird leise, fast flüsternd, als er sagt: „Es war falscher Zorn, und heute tut es mir leid.“

Dieses Gespräch im Winter '88 in einem Gasthof im niederländischen Budel sagt viel, ja beinahe alles über das Verhältnis der Holländer zu ihren Gästen, den deutschen Soldaten. Auf einem Schild steht „Legerplaats Budel“. Der Hinweis auf ein umzäuntes Gebiet, einen militärischen „Liegeplatz“. Nicht weit davon sind 2500 Soldaten aus der Bundesrepublik stationiert. Ein regnerischer Tag auf dem Lande, in der niederlän-

dischen Provinz Nordbrabant, zwanzig Kilometer südlich von Eindhoven, eine halbe Stunde Fußmarsch bis zur belgischen Grenze. Hinter dem Schlagbaum zwei Flaggen, die deutsche und die niederländische.

Ein eisiger Wind weht an diesem Wintertag über die angrenzenden weiten Niederungen mit den noch ungepflügten Äckern. Die nächste Ortschaft, die der Kaserne den Namen gegeben hat, ist fünf Kilometer weit weg - Budel, gesprochen Buidel: eine Gemeinde mit 12 000 Einwohnern, überwiegend katholisch. Ein unauffälliges Dorf mit einer sehenswerten Kirche, zahlreichen Kneipen, Cafés, Geschäften, Supermärkten und sogar einer Brauerei.

Viermal im Jahr 1700 Rekruten

Das erfahren die Neuen aus Deutschland erst allmählich. Sie kommen mit dem Zug, in einem Sammeltransport von Mönchengladbach über ein Anschlussgleis direkt zum Legerplatz, wenn sie zu dreimonatigen Grundausbildung in die Baracken einrücken. Jedes Quartal, sagt Oberst Udo Spielhagen, Kommandeur des Luftwaffen-Ausbildungsregiments, „kleiden wir 1500 bis 1700

Rekruten ein. Unsere Köche bereiten für die Wehrpflichtigen täglich 2000 Essen zu.“ Die Unterkünfte sind alt und renovierungsbedürftig. Sie sollen zum Teil abgerissen werden. Bevor die Deutschen vor mehr als zwei Jahrzehnten diese Quartiere bezogen, diente die Kasernenanlage als Aufnahmestätte für indonesische Emigranten und ungarische Flüchtlinge.

Seit 1963 sind die Deutschen hier. Im Austausch wurde eine niederländische Einheit nach Seedorf in Niedersachsen verlegt. Das Konzept der NATO, das hinter dem Austausch steht, heißt: „Die Gemeinsamkeit der Verteidigung Mitteleuropas durch Stationierung von deutschen Landstreitkräften im Frieden zu verdeutlichen.“ Es ist mehr daraus geworden.

„Die Soldaten“, meint Wim Geers, Besitzer des Café du Commerce neben dem alten Gemeindehaus, „haben Budel groß gemacht.“ Sie ließen eine eigene Schule bauen, einen Kindergarten und sogar eine Wohnsiedlung. Die Deutschen und der „Legerplatz“. Das sind gewaltige Wirtschaftsfaktoren in unserer Region. Ich weiß nicht, wo wir sonst stehen würden“, sagt der Bürgermeister von Budel, J. A. M. Boudrie. Niederländische Firmen erhalten von der Bundeswehr jährlich Aufträge in Millionenhöhe. Von 250 zivilen Angestell-

ten in der Kaserne sind ein Großteil Einheimische. Sie verdienen ihr Geld bei den Militärs, so geht es auch den Geschäfteleuten.

„Anlaufschwierigkeiten haben fast alle Zugezogenen“, glaubt Irene Meyer-Stoll, die Frau des evangelischen Militärpfarrers. Vor zwei Jahren kam sie mit ihrem Mann und den Kindern von Marburg nach Budel, und der Kontakt sei zuerst sehr oberflächlich gewesen. Vorurteile gegenüber den Deutschen habe sie aber nicht festgestellt.

600 Soldaten fanden in Budel ihre Frau

Die Wehrpflichtigen können meistens keine richtigen Freundinnen zu den niederländischen Einwohnern schließen, weil sie in der Regel nur drei Monate hier bleiben und anschließend nach Deutschland versetzt werden. „Die trinken abends schnell ein Bier, denn um zehn Uhr ist Zapfenstreich“, sagt Leo van den Brok von der Cafeteria. „Bon Appetit“. Aber es muß wohl doch mehr sein, denn Oberst Spielhagen, der Chef des „Legerplatz“, belegt dies mit Zahlen: „Schon 1963 haben sich zwölf deutsch-niederländische Pär-

chen zusammengefunden und geheiratet. Jetzt sind es über 600.“

Die Zahl der festen Stammsoldaten, so der Truppenchef, betrage in Budel knapp 500 Mann. Das sind vor allem Unteroffiziere und Offiziere, die drei bis vier Jahre in Budel eingesetzt werden, bevor sie den Standort wechseln. Gerade sie fühlen sich eng mit ihrer Umgebung verwurzelt. „Man muß auf die Leute freundlich zugehen“, weiß Oberleutnant Klaus Kühn, „und dabei immer wissen: wir sind nur Gäste.“ Mehr als nur Gäste, auch Helfer. So sammeln deutsche Soldaten jedes Jahr mehrere tausend Gulden für karitative niederländische Organisationen. „Unlängst hat eine Kompanie einen Holzspielplatz für ein Epilepsie-Zentrum in der Nähe gebaut“, schildert Kühn.

Willi Weiskirch, der Wehrbeauftragte des Bundes, der kürzlich Budel besuchte und dort mit Soldaten und Einwohnern sprach, nannte das einträgliche Zusammenleben von Deutschen und Niederländern „eine wunderbare Angelegenheit, wenn man bedenkt, was die Vergangenheit alles so angerichtet hat“. Und der Bürgermeister erwähnt, daß Amtskollegen in den anderen niederländischen Garnisonen richtig neidisch seien, weil es bei ihm kaum Schlägereien und Stänkereien gebe.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit

Dem Gast zum Grusse...

Gefährte, sogar Gelehrte, alleamt haben keine vollends geficherte und zutreffende Antwort auf die berechtigte Frage geben können, warum denn wohl der einfigige Inhaber eines gastlichen Hauses im französischen Waadland einen „Cavalier“, einen Reiter also, zum einladenden Wirtschaftszweigen erkort. Manche naheliegenden Deutungen sind uns freilich möglich: Vielleicht war der Herr einstmals selbst ein prächtiger Reiter in schmucker Uniform gewesen, und die Frau Witin wollte ihren Mann auch auf diese Weise beständig vor Augen haben - oder aber, seine, des Wirtes sehr kühnen Hoffnungen richteten sich auf den Rücken eines Pferdes: Am liebsten wollte er sie alle, seine Gäste, herrlich und herzlich und hoch zu Ross begrüßen. Denkbar ist aber auch noch, daß einfach dem beauftragten Holzschneider solche hübschen und beeindruckenden Reiterfiguren am besten gelangen. Wer wird es uns jemals ganz genau sagen können?

Eines allein ist jedoch, selbst bei Kennern und Wissenden, vollends sicher: Gerade heutzutage sind solche oder ähnliche Zeichen guter Gastlichkeit von vielern gern gesehen, und ein Willkommens-Schlückchen Asbach-Trutt wird ganz gewiß aller Herzen erfreuen.

Im Asbach-Trutt ist der Geist des Weines!

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

**Demonstranten
Wackersdorf
festgenommen**

AP, Wackersdorf
Die bayerische SPD hat zur Teilnahme an einer Anti-WAA-Veranstaltung die Bundes Naturschutz am Aschermittwoch in Schwandorf aufgerufen. In der Mitteilung hieß es, der sozialdemokratische Politiker Erhard Appel werde beim „Schwandorfer Aschermittwoch“ als Redner auftreten. Die bayerischen Umweltschutzministerie zur Forderung der SPD nach Überprüfung der TÜV-Gutachten für Wackersdorf, das Gutachten zur Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für Kernenergie in Wackersdorf festgenommen worden. Die festgenommenen Kernkraftgegner würden mit Ausnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Demonstrant werde wegen „Widerstandes“ voraussichtlich dem Haftstrafe vorgeführt. Die Zahl der Kernkraftgegner, die sich am Morgen auf dem Gelände befanden, wurde mit etwa 80 angegeben.

**DIHT für Initiative
in der Medienpolitik**

DW, Bonn
Der Deutsche Industrie und Handelsstag (DIHT) hat die Bundesländer aufgefordert, sich in der Medienpolitik das Gesetz des Handels wieder vom Bund nach von den Gerichten aus der Hand nehmen zu lassen. Die Ministerpräsidenten sollten bewährte verfassungsrechtliche Positionen wie die Rundfunkkompetenz nicht auf Spiel setzen, heißt es im Jahresbericht des DIHT. Dem Federalismus wäre es mehr als förderlich, wenn die Parlamente die von den Rundfunkveranstaltern beklagten Hürden in den Landesmediengesetzen beseitigen würden, bevor die Bundesregierung das von ihr angekündigte mediopolitische Konzept des Bundes durchsetze.
Die Erschließung des elektronischen Medienmarktes dürfe Privaten nicht durch weit verbreitete Rechts- und damit Planungssicherheiten erschwert werden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in seinem dritten Rundfunkurteil im Jahre 1981 diesen Markt geöffnet habe, sollte es jetzt möglichst schnell zu Grundsatzurteilen in den vorliegenden Klagen über die Pluralität der Zusammenfassung der neuen Landesmediengesetze und über die Aufgabenverteilung zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Programmveranstaltern kommen.

Markow-Familie im Westen eingetroffen

DW, Berlin
Dem früheren sowjetischen Kajak-Trainer, Boris Markow, und seiner Familie ist von den „DDR“-Behörden die Ausreise gestattet worden. Sie traf vor wenigen Tagen in West-Berlin ein. Boris Markow, seine Ehefrau sowie ihre zwei Kinder, waren 1982 aus der Sowjetunion nach Ost-Berlin übersiedelt und hatten seitdem um die Ausreise in den Westen nachgesucht. Ihre Ausreisebemühungen brachten ihnen zahlreiche Verbote, Geldstrafen und die Androhung von Freiheitsstrafen ein. Seit dem Spätsommer 1985 hatten sich Menschenrechtsorganisationen im Westen um die Ausreise der Familie bemüht. Die Mutter von Boris Markow war eine Tochter des deutschen Kommunisten Leonid Schwalbe, der 1934 in die UdSSR emigriert war.

**Fehrenbach für
Biedenkopff-Vorschlag**

DW, Hamburg
Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Gustav Fehrenbach, bezeichnete als „denkbarsten Kompromiß“ den Vorschlag des designierten nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopf zu Einrichtung einer Schiedsstelle, die darüber entscheiden soll welche Arbeitnehmer bei Streiks Geld aus Nürnberg bekommen. Dieser Kompromiß könne, so sagte Fehrenbach in einem Interview der „Bild“-Zeitung, eine Änderung des Streikparagrafen 116 „sogar überflüssig machen“. Wenn die Koalition in diese Richtung weiter denke, „bekommen wir die Kuh vielleicht doch noch vom Eis“. In einer solchen Schiedsstelle müßten jedoch Arbeitgeber und Gewerkschaften neben einem neutralen Vorsitzenden, etwa dem Präsidenten des Bundessozialgerichts, gleichstark vertreten sein. Fehrenbach hat gegenüber den Anwürfen des Leiters der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU), seine Absicht bekräftigt, Mitglied der CDU zu bleiben. Nur in der Partei, nicht außerhalb, könne er „dafür kämpfen, daß die Union Volkspartei bleibt und nicht zur Wirtschafspartei degeneriert“.

**„Manche Aussagen
erschwerten die Arbeit“**

WELT-Interview mit Innenminister Zimmermann

Das Gespräch mit Innenminister Friedrich Zimmermann führte Manfred Schell.
WELT: Herr Zimmermann, bereits zum dritten Mal haben Sie sich bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit Frau Wulf-Mathies von der ÖTV gemißt. Wie charakterisieren Sie den Umgang zwischen den beiden Verhandlungsführern?
Zimmermann: Frau Wulf-Mathies und mich verbindet, daß wir etwa zum gleichen Zeitpunkt unser jeweiliges Amt antraten und beide Neulinge auf dem Gebiet der Tarifverhandlungen waren – ich noch mehr als sie. Aber damit enden auch schon die Gemeinsamkeiten. Ich schätze jedoch Verhandlungspartner, die offen ihre Meinung sagen, diese sachkundig zu vertreten wissen und vor allen Dingen verlässlich bei Absprachen sind. Alle diese Eigenschaften habe ich bei Frau Wulf-Mathies gefunden und das hat sicherlich den Abschluß mit ermöglicht. Entscheidend jedoch war, daß keine Seite der anderen etwas zugunsten hat, was für diese unannehmbar war, und daß alle Seiten – auf der einen ÖTV und Tarifgemeinschaft, auf der anderen Bund, Länder und Gemeinden – diesen fairen Kompromiß in ihren eigenen Reihen gut vertreten können.
WELT: Ist die Tarifverhandlung von 3,5 Prozent im öffentlichen Dienst auch ein Signal für Abschlüsse in der Wirtschaft? Sind Sie damit zum Vorreiter geworden?
Zimmermann: Sicherlich gehen von dem ersten Tarifabschluß des Jahres 1986 Signalwirkungen aus, aber nicht in dem Sinne, daß damit Leitlinien vorgegeben wären. Die Verhältnisse liegen dazu in den einzelnen Wirtschaftszweigen auch zu weit auseinander. Ich kann nur für den Abschluß im öffentlichen Dienst sprechen, wenn ich dazu feststelle, daß sich diese 3,5 Prozent voll im Rahmen der positiven konjunkturellen Entwicklung halten. In die Verhandlungen anderer freier Tarifpartner möchte ich auch nicht andeutungsweise eingreifen.
WELT: Andere waren bei Ihnen weniger zurückhaltend. Im Vorfeld der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gab es zahlreiche gute Ratschläge. Auch Kabinetskollegen von Ihnen wie

**SPD will mit Bonn
gemeinsame
Rüstungspolitik**

hrk, Berlin
Der SPD ist daran gelegen, mit der Bundesregierung in rüstungspolitischen Fragen Positionen zu entwickeln, die wir gemeinsam tragen können. Es geht um ein „gemeinsames Interesse“ mit Bonn, die deutsche Karte im Bündnis zu spielen. Dies sagt der außenpolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Hans Koschnick, zum Abschluß einer sicherheitspolitischen Konferenz im Berliner Aspen-Institut.
An dieser nahmen führende amerikanische und sowjetische Sicherheits-Experten wie die beiden renommiertesten Moskauer Abrüstungsspezialisten Alexej Arbatow und Radomir Bogdanow teil. Beide verbreiten vor allem in Amerika und Westeuropa die sowjetische Lesart der komplizierten Abrüstungsmaterie.

Die 10 000-Mark-Spende

HANS R. KARUTZ, Berlin
Die 10 000-Mark-Spende des bestechungverdächtigen Bauvergnägers Kurt Franke an den damaligen und heutigen FDP-Umweltschutzsenator Horst Vetter ist von dem liberalen Politiker dazu benutzt worden, um Schulden aus Druckschulden an die Bundes-FDP zu bezahlen. Deshalb war der Betrag durch Vetter auch, ganz unüblich, direkt in die Bonner Parteikasse gezahlt und nicht als Spende an den FDP-Landesverband überwiesen worden. Dieser neue, bisher nicht bekannte Sachverhalt in der Berliner Spendenaffäre, in die sich auch Senator Vetter verstrickt sieht, wurde erst jetzt bekannt. FDP-Sprecher Axel Lutze bestätigte gestern auf Anfrage der WELT diesen Vorgang.
„Postkarten-Aktionen“
Die damalige Verwendung der 10 000-Mark-Spende Franke durch Vetter ist nur vor dem Hintergrund der innerparteilichen Lage der FDP zu sehen. Mit Horst Vetter an der Spitze waren in den Jahren 1981 bis 1983 durch sogenannte „Postkarten-Aktionen“ in Berliner Tageszeitungen, durch Informationsmaterial und Werbeanzeigen Mitglieder für eine neue, eine CDU-Koalition zugehenden FDP gewonnen worden.
Vetter ließ einen Teil des für diese Aktivitäten notwendigen Materials in der FDP-Bundesgeschäftsstelle in Bonn drucken. Nach dem Bundeswahlsieg im Frühjahr 1983 drang die Bundes-FDP wegen ihrer

„Postkarten-Aktionen“

angespannten finanziellen Nachwahlkampfsituation auf schnelle Begleichung der fälligen Rechnungen Vetter. Sie sind aus der von Vetter eingeräumten 10 000-Mark-Spende bezahlt worden. Diese Zusammenhänge hatte der Senator vor einigen Tagen in einer FDP-Fraktionssitzung mitgeteilt.
Inzwischen stellte die FDP-Fraktion einen umfangreichen und bereits mit der CDU abgestimmten Fragekatalog für den geplanten parlamentarischen Untersuchungsausschuß zusammen. Darin wird ausdrücklich auch der gesamte Komplex der Vetter-Spende aufgenommen. Wie berichtet, hatte der gegen eine Kautions von einer Million Mark auf freien Fuß gesetzte Baurungsvergnäger Franke bei seiner Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft erklärt, Vetter habe insgesamt 50 000 Mark an Spenden und nicht nur die unstrittigen 10 000 Mark erhalten.

Fristen übersehen

Der Untersuchungsausschuß kann, weil das Abgeordnetenhaus parlamentarische Fristen übersehen hatte, erst am 27. März eingesetzt werden. Der jetzt formulierte, aber noch nicht mit SPD abgestimmte Auftrag des Sonderausschusses geht dem Vernehmen nach noch über den schon von der AL vorgelegten Auftrag hinaus und erfährt sämtliche Gesichtspunkte dieses großen Berliner Nachkriegsskandals.

**Minister Glup
bestreitet
Spendenmißbrauch**

hr, Hannover
Der niedersächsische Landwirtschaftsminister, Gerhard Glup, hat bestritten, Parteispenden für private Zwecke mißbraucht zu haben. Glup sagte, bei dem in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Spendenkonto bei einer Bank in Frisoy unter der Bezeichnung „CDU/Glup“ habe es sich um ein „Feuerwehrgeld“ gehandelt. Mit dem Geldern habe er die Wahlkampfkosten finanziert. Eine Summe von 40 000 Mark habe er in Abstimmung mit dem Landes- und Kreisgeschäftsführer der CDU abgegeben.
Bei einer anonymen Einzahlung von 50 000 Mark handele es sich um „schwarze Gelder“, die sich aus vielen kleineren Spenden zusammengesetzt hätten und deshalb nicht im Bundesanzeiger ausgewiesen worden seien.

**Der Freiherr empfängt die
FDP auf seinem Schloß**

Mit Parteichef Martin Bangemann und Außenminister Hans-Dietrich Genscher treten die Liberalen in dem kleinen Weiler Bayerbach hinter Landshut auf. Hier befragte der ideenprüfende FDP-Politiker Dietrich Freiherr von Gumpenberg 1984 die Aschermittwochstradition der CDU-Gelben. Ihr Aschermittwoch klingt nobel aus, wenn der Freiherr anschließend zum Empfang in sein nahe Schloß tritt.
Getrennt treten zwei Politiker auf, die einst vereint waren und sich heute spinnfeind sind: Der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos, der als Vorsitzender der „Freiheitlichen Volkspartei“ in der Stadthalle von Osterhofen seinem Ärger über Strauß Luft machen wird, und Franz Schönhuber, nach existenzbedrohendem Machtkämpfen heute alleiniger Herr der „Republikaner“. Der „moralische Verfall“ der Bundesrepublik Deutschland soll der Mittelpunkt seiner Rede in Cham sein.

**SPD und Grüne feiern im
Wolfster Keller**

Bis 1974 rief die CSU in den Wolfster Keller nach Vilshofen, doch im Laufe der Jahre waren so viele diem Ruf gefolgt, daß der rustikale Festsaal mit 700 Leuten überfüllt war und dennoch gut 3000 abgewiesenen werden mußten. Daraufhin zog die CSU nach Passau und die SPD in den Wolfster Keller, worauf Franz Josef Strauß spottete, die Genossen hätten Mühe, „den kleinen Saal zu füllen“.
Die bisherigen SPD-Redner wie Hans Jochen Vogel und Helmut Rothmund hatten zudem auch Mühe, die Erwartungen auf ein Polit-Spektakel zu erfüllen. Im vergangenen Jahr schrie eine Zeitung über Rothmund enttäuscht, er habe nur „biedere Hausmannskost“ serviert. In diesem Jahr will Karl-Heinz Hiersemann als „neue Kraft für Bayern“ und neuer Herausforderer der Rechtsanwältin von Erlangen, evangelische und Breslauer von Geburt, gilt als der neue „Hoffnungsträger“ der weiß-blauen Sozialdemokraten, dem allerdings die politische Bewährungsprobe noch bevorsteht. Er denkt, „1990 den Kampf um die Mehrheit spannend machen“ zu können.

Unterkünfte fehlen

Die Zwangslage, in der die Versorgungsbehörden des Landes allein mit der Beschaffung halbwegs menschenwürdiger Unterkünfte stecken, wird anhand der Einreisestatistik deutlich: Entsprechend seiner Länder-Aufnahmekarte von 11,8 Prozent hat die Land Niedersachsen 1985 insgesamt 8358 Asylsuchende zu verkraften. Im Jahr zuvor waren es 4236 Menschen, die eine neue Heimat suchten. Davon reisten 6383 direkt ins Land ein – allein über Helmstedt 4950. Im Januar 1986 kamen erneut 1314 Personen hinzu, davon wiederum 70 Prozent in Helmstedt.
Die Grenzstadt ist somit als erster Anlaufpunkt im Bundesgebiet beson-

**Politische
Hausse
in Bayern**

PETER SCHMALZ, München

Der Nachahmungstrieb zählt offenbar zu den menschlichen Wesenszügen der politischen Parteien, denn anders wäre kaum zu erklären, daß ausgerechnet an dem Tag, der gewöhnlich dem Kater vom Faschingsdienstag gewidmet ist, große wie kleine Parteien in Niederbayern einfallen und den Aschermittwoch der sauren Gurken und der salzigen Rollmöpse zu einem politischen Großereignis werden lassen. Was im vorigen Jahrhundert als Ausklang des Viehmarktes von Vilshofen begann und was 1953 mit dem ersten Aschermittwochsauftritt des damaligen Nachwuchspolitikers Franz Josef Strauß eine neue Dimension bekam, scheint heute ein Pflichttermin jeder Partei zu sein, egal ob rot oder schwarz, grün oder blau-gelb. Auch kleine ohne Farbanweisung halten mit.
„In der Fastenzeit“, kelte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua vor vier Jahren über die deutschen Bräuche ins ferne Reich der Mitte, „soll man sparsam und nicht läppig leben und mit klarem Kopf der Realität ins Auge blicken. Genau zu dieser Zeit trägt Strauß seine lange politische Rede vor.“ Lang wird sie in diesem Jahr gewiß auch wieder. Drei Stunden ist ungefähr der Zeittakt eines Aschermittwochsauftritts des CSU-Vorsitzenden, von dem vor aussichtlich 7000 Anhängern aus nah und fern die Auftrikrede für den bayerischen Landtag und den darauffolgenden Bundestagswahlkampf erwartet wird. „Konsequenz für Deutschland – CSU“ lautet das diesjährige Motto der Veranstaltung in der Passauer Nibelnhalle, dem größten überdachten Tagungsort der Region.

Werde „gekippt“: Werner Broll (53, CDU); Direktmandat fehlt: Annemarie Renger (64, SPD); Unterlag: Eugen Glombig (42, SPD)



Wer hart in Bonn arbeitet, wird von der Partei nicht immer weich gebettet

Viele erfahrene Bundestagsabgeordnete müssen um Mandat und Listenplatz kämpfen
EERHARD NITSCHKE, Bonn
In der Fraktion ringt man die Hände: „Wie soll das denn ohne den Werner laufen?“ Denn der Ohmann der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, der Abgeordnete Werner Broll, ist daheim im Wahlkreis 22 Oldenburg-Ammerland-Frisische Weide „gekipp“ worden. Er teilt das Schicksal mit meist sehr tüchtigen Bundestagsabgeordneten, die aus sehr verschiedenen Gründen plötzlich zu Hause nicht mehr aufgestellt werden und daher, verschafft man ihnen nicht irgendwo einen günstigen Listenplatz, aus Bonn verschwinden.
Zum zweiten Mal ist ein alter Kämpfe unter den SPD-Bundestagsabgeordneten bei der Direktkandidatenaufstellung auf der Strecke geblieben. Eugen Glombig (62 aus Hamburg-Wandsbek, durch spinale Kinderlähmung in frühester Jugend an beiden Beinen gelähmter Sozial-experte seiner Fraktion, unterlag im ersten Wahlgang gegen den 49-jährigen Bundeswehroberst Hans-Peter Zunkley.
Das Direktmandat verweigerte, und das wußte der ehemalige Bundesfinanz- und Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD), der es sich mit viel gutem Zureden in Hamburg doch wieder verschaffen konnte. Für den Oberbürgermeister Broll (53), der seit zehn Jahren im Bundestag sitzt, wird der Rettungsanker noch gesucht.
Kein Interesse, daß dies gelingt, hat der neu von den heimischen Delegierten auf den Schild gehobene Kandidat Thomas Kosendy (77), vor Beginn seiner politischen Karriere langfristiger Jura-Student und Landesvorsitzender der Jungen Union in Oldenburg. Er schaffte es, daß innerhalb eines Jahres durch Abwahl des CDU-Ortsvorsitzenden in Edewecht, der Gemeindefunktionär und der ständige Landtagsabgeordnete Hühniken ausgetauscht wurden. Die neue Konstellation gab ihm Auftrieb für die Mehrheitsbeschaffung. Broll, Spezialist für Innere Sicherheit, Kultur und Öffentlichem Dienst in Bonn, tummelte sich zwar auch nach besten Kräften im Wahlkreis. Aber große Strategien in seinem Interesse konnte er hier schon aus Zeitmangel nicht aufbauen.
Daß sein Unionsfreund, der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn von der CSU (55) zu Hause in Rosenheim nicht mehr aufgestellt wurde und nun nur über einen günstigen Landeslistenplatz zurück nach Bonn kann, führt Broll auf die gleiche Konstellation zurück. Aber dem außen- und deutschlandpolitischen Sprecher der Landesgruppe der CSU in Bonn wurde bei der entscheidenden Versammlung des Wahlmännerzentrums Rosenheim ausdrücklich bescheinigt, er habe sich nicht genug um seinen Wahlkreis gekümmert. Broll ist stolz darauf, daß er in zehn Jahren nur zweimal von Bonn aus dienstlich verweist ist, für Huyn war das Reisen Inhalt seiner Tätigkeit. Da er im Juli 1985 dadurch auffiel, daß er Bundeskanzler Kohl riefte, weil der nach seiner Ansicht „nicht mal zu einigen Fragen der auswärtigen Politik Stellung bezieht“ (gemeint war Genschers „neue Phase der Entspannung“) sind möglicherweise Bonner

**Für manchen wird noch
ein Rettungsanker gesucht**

Glombig hatte schon 18 Jahre im Bundestag gesessen, als er gegen den erklärten Widerstand der gesamten SPD-Spitze das Mandat gegen den Hamburger Lektor und Kernkraftgegner Fremut Duve durch den Einsatz der Parteimitglieder mit 60,59 Stimmen verlor. Er rückte erst wieder nach, als sein Parteifreund Alfons Pawelczyk das Mandat aufgab, weil er Innenminister in Hamburg wurde. Jetzt hat Pawelczyk, Major außer Dienst der Bundeswehr, dafür gesagt, daß Hamburg in Bonn stärker auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik, weniger auf dem der Sozialpolitik vertreten sein wird.
Daß es immer rechtzeitig vor Bundestagswahlen losgeht mit dem Gerangel, das wußte die Bundestagsabgeordnete und Parlaments-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), der man im Wahlkreis Soest-Lippstadt

Die Gereiztheit wächst

Asylanten bringen Niedersachsen in eine Zwangslage
MICHAEL JACH, Hannover
„Lage unverändert“. Die wortarme Auskunft der beobachtenden Bundesgrenzschutz-Dienststellen in Niedersachsen läßt nur einen Schluß zu: Bis hier hat die in Bonn noch gehegte Hoffnung offensichtlich getrogen, die „DDR“ werde gemäß ihrer Ankündigung vom 1. Februar tatsächlich den Asylantenstrom über den Ostbrenn Flughafen Schönefeld ins Bundesgebiet eindämmen und ihren West-Berlin betreffenden „Statusverhalt“ nicht dazu benutzen, das „Schlupfloch“ über den freien Teil der Stadt offenzuhalten. Mit unverminderter Stetigkeit traf am innerdeutschen Eisenbahn-Grenzübergang Helmstedt bis zum vergangenen Wochenende jeden Tag zwischen 20 und 50 Asylbewerber aus Richtung West-Berlin ein – meist mit Herkunft aus Ost- und Fernost, zum Teil in ganzen Familienverbänden.
Niedersachsens zuständiges Ministerium für Bundesangelegenheiten hält sich derzeit zwar noch bedeckt, doch ist nach allen Anzeichen damit zu rechnen, daß das Land in Kürze in Bonn mit dem Ziel vorstellig werden wird, die „DDR“ mit Nachdruck beim Wort zu nehmen.
Zur Unterbringung wurden zu nächst Schulpavillons und Turnhallen geräumt, später Hotels und (heruntergekommene) Obdachlosen-Behausungen. Inzwischen werden einzeln neue Gemeinschaftsunterkünfte für 280 Personen errichtet; bei Fertigstellung im Frühjahr hofft die Stadt wenigstens der krassen, vor allem hygienischen Mißstände Herr zu sein.
Mit Sorge werden in Hannover Anzeichen wachsender Gereiztheit sowohl bei den Ausländern selbst wie auch unter Einheimischen registriert. In Göttingen traten Bewohner einer Asylantenunterkunft dieser Tage in Hungerstreik, weil dort die Kantine verdorbene Eßwaren verkaufe. Landesministerien haben sich verbaler Ausfälle von „besorgten“ Bürgern zu erwehren, die von rüder Ausländerfeindlichkeit zeugen.
Unterdessen registriert das Grenzschutzamt Braunschweig sehr aufmerksam alle Indizien, die auf organisierte Drahtzieher im Hintergrund des Asylantenstroms schließen lassen. Abgesehen von den allbekanntesten, juristisch „paßgenauen“ Asylgesuchschreibern gab es da zeitweilig stetig wechselnde Nummern von Bankkonten, säublich auf Zetteln notiert, die die Ankommlinge zwecks Überweisung der ihnen zustehenden Fahrgelderstattung vorlegten.

CSU dringt auf Änderung des Asylrechts

PETER SCHMALZ, München
Die CSU schließt eine Grundgesetzänderung nicht aus, um den Zustrom der Asylbewerber in einem zu verkräftenden Rahmen zu halten. Eine Diskussion über Artikel 16 des Grundgesetzes, der politisch Verfolgten das Asylrecht zusichert, dürfe deshalb bei den Beratungen über eine dauerhafte Lösung des Flüchtlingsproblems nicht ausgeklammert werden, erklärte ein Sprecher der CSU-Landtagsfraktion in München.
Außerdem müßten Initiativen ergriffen werden, die sehr unterschiedlichen Asylrechten in der Europäischen Gemeinschaft zu harmonisieren. In Frankreich ist beispielsweise das Verhältnis Ausländer zu Einheimischen 1 : 4000, in der Bundesrepublik aber 1 : 100.
Die Mehrheitsfraktion im bayerischen Parlament ist mit Bayerns Arbeits- und Sozialminister Franz Neubauer einig, daß die Pflicht zur Unterbringung von Asylsuchenden bei dem derzeitigen Zustrom auf Dauer nicht erfüllbar ist. Die CSU dringt deshalb darauf, noch in dieser Legislaturperiode eine Asylrechtsnovelle zu verabschieden. Bereits Mitte letzten Jahres hatte der Bundesrat auf Initiative Bayerns und Baden-Württembergs einen Gesetzentwurf beschlossen, der das Asylverfahren beschleunigen und den Asylmißbrauch wirksamer unterbinden soll.
Die derzeitige Situation bei der Unterbringung der Asylanten in Bayern wird von Minister Neubauer als außerordentlich schwierig bezeichnet. Mit 73 832 Asylsuchenden wurden in der Bundesrepublik 109 Prozent mehr als im Vorjahr registriert. Bayern wurden 12 523 Asylanten (plus 106 Prozent) zur Unterbringung zugewiesen, in den bestehenden 68 Gemeinschaftsunterkünften stehen aber nur 8000 Plätze zur Verfügung. Ein Sprecher des Ministeriums: „Wir sind randvoll.“

Die WELT (USPS 605-370) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Auseinandersetzung um die Form der deutschen Beteiligung am Projekt einer amerikanischen Weltraum-Raketenabwehr hat sich in die Bonner Verhandlungs-Delegation verlagert. Wer bestimmt in dieser vieldiskutierten, wichtigen Frage unserer Sicherheit den Kurs der deutschen Politik - das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium oder der Bundeskanzler? Worin bestehen die Widersprüche? Herbert Kremp analysiert den Stand der deutsch-amerikanischen Gespräche.



Sie setzten Hoffnungssignale: Reagan und Gorbatschow 1985 ... FOTO: SVEN SIMON

Der Streit der Ämter oder Wer macht in Bonn Strategie?

Von HERBERT KREMP
Zieht sich politische Sprache in der Regel durch eine gewisse „Trockenheit“ aus, so erfährt sie bei der Besprechung des Friedens ein gesangliche Steigerung. Ein schönes Beispiel dafür ist die Rede, mit der Frankreichs Außenminister Briand in Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund begrüßte. Zu seinem Kollegen Stresemann gewandt, sagte er: „Zu Ende ist der Krieg zwischen uns. Vorüber sind die schwarzen Wolken der Trauer. Fort mit den Gewehren. Fort mit den Kanonen. Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht, für den Frieden.“

Man schrieb damals den 10. September 1926, acht Jahre nach dem Ersten, dreizehn Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem hat sich an den Umständen einiges, an der politischen Lyrik nichts geändert. Beim Gipfel in Genf im vergangenen November schrieben Reagan und Gorbatschow in das gemeinsame Kommuniqué, sie trachteten danach, „einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden“. Mit dieser universalen Bekundung haben die Höchsterufen ein Signal gegeben, das überall in der Welt, vor allem an der Militärgrenze in Europa, die Herzen höher schlagen ließ. Wie eine magische Intarsie erscheint die Formel von Genf auf allen Mahntafeln.

Amerikaner gingen zwar darauf ein, stellen aber die SDI-Vereinbarung wieder an die Spitze, was Bangemann akzeptierte. („Als FDP-Vorsitzender habe ich Handlungsspielraum.“) Der Briefwechsel, dessen Inhalt bis Ende März zu vereinbaren ist, soll jeden Anzeichen einer Staatsbeteiligung meiden. Die Bundesregierung klammert sich mithin nicht um SDI, sondern nur um Bedingungen des Technologietransfers zwischen Privatunternehmen. Dementsprechend wird der Briefwechsel nicht, wie die USA wünschen, von den Verteidigungsministern unterfertigt, sondern vom deutschen Wirtschaftsminister und dem US-Handelsminister.

Weltraum überflüssig, so klingt das mysteriös. Wie kann ein Abwehrsystem, das noch nicht existiert, „schrittweise“ abgebaut werden? In Wirklichkeit soll der logischschwache Satz zu erkennen geben, daß der deutsche Außenminister darauf hofft, Washington werde sich doch noch bewegen lassen, den Verzicht auf SDI trotz entsprechender sowjetischer Vorwürfe in die Raketenverhandlungen einzubringen.
5. Andernfalls wäre der beständige verdeckte Widerstand des Außenministers und seiner Beamten gegen SDI und vor allem gegen eine deutsche Beteiligung an dem Projekt nicht verständlich. Genscher geht damit ein hohes politisches Risiko ein.

Risiko I: Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht an SDI, bleiben das Land und darüber hinaus Europa ohne korrespondierende Raketenabwehr. Die amerikanische Verteidigungsinitiative führt in diesem Fall zwangsläufig zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen, zu strategischer Fraktur und Verwerfungen im Bündnis. In der Folge müßte Europa in sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.
Risiko II: Lassen sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer solchen Perspektive doch noch auf einen Tausch SDI gegen Raketen ein, kommt es also zum Abzug aller Mittelstreckenraketen aus der „europäischen Zone“ (Stufe I des Gorbatschow-Abrüstungsplanes), so verliert Europa den Schutz der Kriegesabschreckung. Die Sowjetunion genießt dann folgende Vorteile: Sie verfügt über moderne atomare Kurzstreckenraketen (1000 km), die nach Gorbatschows Plan erst in einer späteren Phase beseitigt werden sollen. Ihre Mittelstreckenraketen stehen jenseits der „europäischen Zone“, die am 80. Längengrad endet (Botschafter Rodin von der sowjetischen Botschaft in Bonn am 28. Januar). Sie erreichen von dort aus die Bundesrepublik; sie sind im übrigen mobil. Gleichzeitig wird die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zur beherrschenden Bedrohung. Strategisch betrachtet heißt Europa dann zu jenen Weltzonen, in denen seit 1945 mehr als 150 Kriege geführt werden konnten.

Die Intentionen des Außenministers

In der Working-Group, die vom 27. bis 29. Januar zum ersten Mal in Washington tagte, verhandelte konsequent eine einzige deutsche Technologiekommission mit zwei amerikanischen Delegationen, deren Vorsitzende Schneider und Perle den Technologietransfer behandelten, während Frank Gaffney das SDI-Gespräch leitete. In der deutschen Delegation kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beamten des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums. Das Auswärtige Amt stemmt sich gegen die Verankerung einer „amtlichen Kontaktstelle“ im SDI-Briefwechsel, die während der Forschungszusammenarbeit der Firmen auftretende Probleme klären soll. Briefliche Absicherung des „strategischen Dialogs“, der fortlaufenden offiziellen Unterrichtung über Ergebnisse der SDI-Forschung“ ab.
Demgegenüber legt das Verteidigungsministerium großen Wert darauf, daß eine offizielle Kontaktstelle eingerichtet und die Fortsetzung des „strategischen Dialogs“ vertraglich gesichert wird. Bangemann ist ebenfalls für die Kontaktstelle, was der Intention Genschers, den Staat von SDI fernzuhalten, widerspricht. Für eine staatliche Beteiligung spricht auch der rüstungspolitische wichtige Wunsch des Verteidigungsministers, SDI-Resultate für den konventionellen Rüstungsbedarf verwenden zu können. Wärner widerspricht im übrigen dem amerikanischen Vorschlag, für Forschungsergebnisse, bei denen es sich um das Eigentum deutscher Firmen handelt, das alleinige Nutzungsrecht zu beanspruchen.

Warum die USA auf SDI nicht verzichten

Das Dokument befürwortet „Verbindungen zum schrittweisen Aufbau von Atomwaffen, um damit in gleichem Maß Defensivsysteme im Weltraum überflüssig zu machen, damit das gemeinsame Ziel Amerikas und der Sowjetunion erreicht werden kann, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden.“
Worin besteht nun der Widerspruch zwischen der magischen Formel und der naturgemäß unmöglichen Wirklichkeit?
1. Die Intarsie von Genf, einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern und auf Erden zu beenden, stammt ursprünglich aus sowjetischer Quelle. Sie ist sinngemäß die Hauptforderung Gorbatschows.
2. Die Aufnahme der Formel in das Kommuniqué von Genf war bis zur letzten Minute umstritten. Grund: Die Sowjetunion liegt in der Entwicklung einer (langgestützten) Raketenabwehr vor den USA. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion ihren Vorsprung zu wahren sucht und alles daransetzt, ein (womöglich Weltraumgestütztes) amerikanisches Abwehrsystem zu verhindern. Genau aus diesem Grunde halten die USA die SDI-Forschung für unverzichtbar.
3. In Wirklichkeit gibt es also keinen Rüstungswettlauf, sondern einen Rüstungsnachlauf der USA. Dies macht die Genfer Intarsie für die Amerikaner (gerade noch) annehmbar. Reagan (und sein Nachfolger) können jedoch nicht daran denken, bei den Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Genf Raketenbau mit SDI zu bezahlen. SDI ist kein „Bargaining-Chip“. Um die Westeuropäer gegen die Amerikaner in Stellung zu bringen, erklären die Sowjets, daß ohne Verzicht auf SDI an eine Raketenabwehr nicht zu denken sei. Gorbatschows Abrüstungsplan geht von dieser Maxime aus.
4. Mit dem Junktim hofft Moskau, auf die deutsche Außenpolitik bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Wenn es im zitierten Grundsatzprogramm der FDP - es trägt Genschers Handschrift - heißt, ein „schrittweiser Abbau von Atomwaffen macht im gleichem Maße Defensivsysteme im

Weltraum überflüssig, so klingt das mysteriös. Wie kann ein Abwehrsystem, das noch nicht existiert, „schrittweise“ abgebaut werden? In Wirklichkeit soll der logischschwache Satz zu erkennen geben, daß der deutsche Außenminister darauf hofft, Washington werde sich doch noch bewegen lassen, den Verzicht auf SDI trotz entsprechender sowjetischer Vorwürfe in die Raketenverhandlungen einzubringen.
5. Andernfalls wäre der beständige verdeckte Widerstand des Außenministers und seiner Beamten gegen SDI und vor allem gegen eine deutsche Beteiligung an dem Projekt nicht verständlich. Genscher geht damit ein hohes politisches Risiko ein.
Risiko I: Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht an SDI, bleiben das Land und darüber hinaus Europa ohne korrespondierende Raketenabwehr. Die amerikanische Verteidigungsinitiative führt in diesem Fall zwangsläufig zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen, zu strategischer Fraktur und Verwerfungen im Bündnis. In der Folge müßte Europa in sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.
Risiko II: Lassen sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer solchen Perspektive doch noch auf einen Tausch SDI gegen Raketen ein, kommt es also zum Abzug aller Mittelstreckenraketen aus der „europäischen Zone“ (Stufe I des Gorbatschow-Abrüstungsplanes), so verliert Europa den Schutz der Kriegesabschreckung. Die Sowjetunion genießt dann folgende Vorteile: Sie verfügt über moderne atomare Kurzstreckenraketen (1000 km), die nach Gorbatschows Plan erst in einer späteren Phase beseitigt werden sollen. Ihre Mittelstreckenraketen stehen jenseits der „europäischen Zone“, die am 80. Längengrad endet (Botschafter Rodin von der sowjetischen Botschaft in Bonn am 28. Januar). Sie erreichen von dort aus die Bundesrepublik; sie sind im übrigen mobil. Gleichzeitig wird die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zur beherrschenden Bedrohung. Strategisch betrachtet heißt Europa dann zu jenen Weltzonen, in denen seit 1945 mehr als 150 Kriege geführt werden konnten.
Die alternativen Risiken sind groß genug, um in der Bonner Regierungskoalition einen Grundsatzkonflikt auszulösen. Wenn er nicht ausbricht, kann das nur zwei Gründe haben: Entweder rechnet Kanzler Kohl damit, daß er mit Hilfe des entgegenkommenden FDP-Vorsitzenden Bangemann eine SDI-Vereinbarung mit Washington zustande bringt, die Risiko I bis zur Wahrnehmungsgrenze vermindert und Risiko II umgeht. Oder Außenminister Genscher rechnet damit, daß er seinen Widerstand gegen SDI und seine Option für eine atomarwaffenfreie „europäische Zone“ vorantreiben kann, ohne daß die damit verbundenen Risiken innenpolitische Reflexe auslösen.
Die bisherigen Ergebnisse der deutsch-amerikanischen SDI-Verhandlungen sprechen für diese Deutung. Das Kabinett hatte am 18. Dezember vergangenen Jahres Wirtschaftminister Bangemann beauftragt, ein Technologietransfer-Abkommen auszuhandeln, in dem SDI praktisch „verschwinden“ sollte. Die



Stresemann, Chamberlain und Briand 1926 in Genf FOTO: KEYSTONE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Tito kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung

sowie den politischen Repräsentanten des „Dritten Reiches“ im jugoslawischen Raum. Diese ungewöhnliche Tatsache gaben jetzt erstmals der Tito-Biograph Vladimir Dedijer

und der Schriftsteller Milovan Djilas bekannt. Djilas hatte seinerzeit im Auftrage Titos als Mitglied des Politbüros der KPJ im deutschen Hauptquartier Verhandlungen geführt.

Als Tito auf die Wehrmacht setzte

Von CARL G. STRÖHM
Vordergründig ging es zwischen der Wehrmacht und den Partisanen um den Austausch von Gefangenen. Dahinter aber wurde bereits die Möglichkeit eines Waffenstillstandes und einer gegenseitigen Interessensbegrenzung ventiliert. Über die Motive und Hintergründe, die Tito kurz nach der Schlacht von Stalingrad und mitten im beiderseits total geführten Weltkrieg dazu veranlaßten, ein Arrangement mit den Deutschen zu suchen, ist jetzt in Belgrad ein mit jugoslawischen und deutschen Dokumenten belegtes, sensationelles Buch aus der Feder des Historikers Miso Lekovic erschienen: „Die März-Verhandlungen 1943“ (Martovski Pregovori 1943, Verlag Narodna Kojiga, Belgrad 1985).

Obwohl sich Titos kommunistische Partisanenarmee vor allem im Kampf gegen die deutschen Truppen formiert hatte, betrachteten die jugoslawischen Kommunisten nicht die Wehrmacht, sondern die königstreuen, monarchistischen und mit der Londoner jugoslawischen Exilregierung sowie den Briten verbundenen „Tschetniks“ des Generals Draza Mihailovic als ihren gefährlichsten Feind. Die „Tschetniks“ - hervorgegangen aus serbischen ländlichen Wehrorganisationen - waren konservativ, bäuerlich und serbisch-nationalistisch gesinnt. Noch vor den Kommunisten hatten sie sich als Widerstandsorganisation sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die kroatischen „Ustascha“ organisiert, waren aber bald mit den kommunistischen Partisanen in Konflikt geraten. Schließlich gelangte ihr Führer, General Mihailovic, zur Überzeugung, daß nicht die Deutschen und erst recht nicht die Italiener, sondern einzig die Kommunisten unter Tito, die eine soziale Revolution durchführten, das Hauptproblem seien. Die „Tschetniks“ hofften, daß die Engländer und Amerikaner - nach ihrem Sieg über die Deutschen in Nordafrika - 1943 auf dem Balkan landen und König Peter sowie das alte Regime der jugoslawisch-serbischen Monarchie wiederherstellen würden.
Die Möglichkeit erkannten auch Tito und seine engsten Mitarbeiter in der jugoslawischen KP-Führung. Vor allem besaßen die jugoslawischen Partisanen bereits 1943 Informationen, wonach Italien einen Frontwechsel auf die Seite der Amerikaner und Briten vorbereitete. Das aber konnte für die jugoslawischen Kommunisten gefährlich werden: Die monarchistischen „Tschetniks“ und die italienischen Besatzungstruppen in der küstennahen Zone der jugoslawischen Adria - von Montenegro bis Slowenien - konnten sich damit über Nacht in Platzhalter und Gehilfen der Engländer verwandeln. Bereits am 22. Mai 1943 schrieb Titos nachmaliger Stellvertreter Edvard Kardelj aus den slowenischen Untergrund an den Partisanenmarschall: „Im Verhältnis zu Italien müssen wir bereit sein, dieses als eine englische imperialistische Basis zu betrachten, von der aus die Engländer versuchen werden, unsere Londoner Regierung mit Gewalt zu uns zurückzubringen.“

mir Veleit, ein kommunistischer Rechtsanwalt und Kenner der deutschen Sprache (später sollte er hoher Diplomat in Titos Jugoslawien werden). Er war in der Lage, ohne Dolmetscher mit den Deutschen zu sprechen. Mit ihm kam Milovan Djilas als Mitglied des Politbüros und der Kommandeur der Eliteeinheit von Titos Armee, der I. proletarischen Division, der nachmalige jugoslawische Außenminister Koca Popovic.
Im Hauptquartier der 717. deutschen Infanteriedivision erklärte Veleit während der in deutscher Sprache geführten Verhandlungen, daß der oberste Stab der Partisanen „keinen Grund für Feindschaft gegenüber den deutschen Streitkräften“ sehe. Die Partisanen kämpften nur deshalb gegen die deutschen Truppen, weil sie sich verteidigen müßten.

alte auf der für die Deutschen sehr wichtigen Bahnlinie Zagreb-Belgrad. Tito erteilte am 29. März 1943 der entlang der Bahnlinie aktiven Partisanenbrigade den Befehl, „auf keinen Fall den Kampf mit den Deutschen zu suchen und keinerlei Aktionen auf die Bahnlinie zu unternehmen“. Und, als wolle er die Motive dieses Befehls erklären, ließ er die Erläuterung folgen: „Unsere wichtigste Aufgabe ist jetzt die Vernichtung der „Tschetniks“ des Draza Mihailovic und die Zerschlagung seines Verwaltungsapparats, der die größte Gefahr für den weiteren Verlauf des Volksbefreiungskampfes darstellt.“ Die von den Partisanen gefangen genommenen Deutschen wurden ausgetauscht. Major Strecker berichtete in einer langen Denkschrift über seine Erfahrungen als Gefangener im „Partisanenstaat“. Und daß es zumindest einen informellen Waffenstillstand zwischen den Tito-Partisanen und der Wehrmacht gab, bestätigt der Fall eines deutschen Offiziers, der mit seiner Kolonne in der Nacht zum 6. April 1943 in einen Hinterhalt geriet, wobei vier deutsche Lastwagen in Flammen aufgingen und zwei deutsche Soldaten getötet wurden. Der Offizier protestierte bei den ihn gefangennehmenden Partisanen gegen den Angriff mit der Begründung, es gebe doch einen Waffenstillstand - und verlangte, zum „Brigadier Popovic“ geführt zu werden. Sein Wunsch wurde erfüllt - er wurde zu Koca Popovic ins Hauptquartier der I. proletarischen Division gebracht und anschließend freigelassen.

Was die Partisanen von der Wehrmacht forderten

Dann kam eine Erklärung, die im Blick auf spätere Entwicklungen des jugoslawischen Kommunismus prophetische genannt werden konnte: Die Volksbefreiungsbewegung, so Veleit vor den deutschen Offizieren, stelle eine „unabhängige nationale Bewegung dar, die nicht von außen unterstützt werde“.
In einer schriftlichen Notiz, welche die drei Tito-Delegierten im deutschen Divisionshauptquartier in Gornji Vakuf ihren Gesprächspartnern überreichten, wurde noch einmal die Forderung nach einer Anerkennung der Tito-Partisanen als kriegsführende Partei erhoben und gleichzeitig ein Waffenstillstand vorgeschlagen. Dies geschah mit dem Argument, daß „in der gegebenen Situation keinerlei Grund besteht, daß die deutsche Wehrmacht kriegerische Handlungen gegen die Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens unternimmt - und zwar im Blick sowohl auf die Situation, die Gegner als auch die Interessen der einen wie der anderen Seite“. Deshalb, so heißt es in dem von Djilas, Popovic und Veleit unterschriebenen Dokument, sei es „im gegenseitigen Interesse“, die Feindseligkeiten einzustellen und „eventuelle Zonen“ der wirtschaftlichen und anderer Interessen festzulegen.
Da die Verhandlungen auf solche Weise einen politischen Charakter annahmen, wurden sie nun in Zagreb (Agram), der Hauptstadt Kroatiens, fortgesetzt. Bereits bei einem ersten Gespräch mit dem deutschen bevollmächtigten General in Kroatien, Glaise, hatte Veleit erklärt, die Partisanen würden es keiner Macht erlauben, eigenmächtig auf jugoslawischem Territorium zu landen. Veleit versichert in seinen Aufzeichnungen, es sei allerdings „nicht von gemeinsamen Operationen der deutschen und jugoslawischen Partisanen gegen die Engländer gesprochen worden“.
Einer der eifrigsten Befürworter eines politischen Kontaktes zu den kommunistischen Partisanen Titos war auf deutscher Seite ein Mann, von dem man es am wenigsten erwartet hätte: der deutsche Gesandte im „unabhängigen Staat Kroatien“, SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche. Dieser in der Wolle gefärbte Nationalsozialist geriet in einen schweren Konflikt mit dem Reichsaussenminister von Ribbentrop, da Kasche immer wieder darauf drängte, die Partisanenfrage politisch - das heißt durch Gespräche mit Tito - zu lösen. Gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker (dem Vater des jetzigen Bundespräsidenten), versicherte der SA-Obergruppenführer, Titos Partisanen seien in ihrer Mehrheit keineswegs Kommunisten. Wenn es gelänge, diese „in der Weltöffentlichkeit hoch bewertete Streitmacht“ zu bewegen, das gesnerische Lager zu verlassen, dann sei das ein bedeutender Erfolg für Deutschland.

Welches Ausmaß die Kontakte zwischen Partisanen und Wehrmacht hatten, beweist auch ein kleiner Vorfall am Rande: Der Partisanendelegierte Veleit erklärte den deutschen Offizieren, man sei bereit, der deutschen Wehrmacht erbeutete geheime Dokumente zur Verfügung zu stellen, welche die Zusammenarbeit zwischen den (damals mit dem Reich noch verbundenen) Italienern, den serbischen „Tschetniks“ und den Engländern bewiesen. Bedingung: Die Deutschen müßten den Partisanen ein Fotokopiergerät verschaffen.
Die Sowjets betrachteten diese Kontakte zwischen Tito und der deutschen Wehrmacht mit größtem Mißtrauen. In einem Funkgespräch Stalins aus Moskau an den jugoslawischen Partisanenstaat hieß es wörtlich am 31. März 1943: „Uns beunruhigt die Tatsache, daß Ihr Kriegsgefangene mit den Deutschen austauscht. Ihr entsandte Delegierte zu ihnen, welche alle möglichen Gespräche mit den Deutschen führen, und der deutsche Gesandte in Zagreb hat den Wunsch ausgesprochen, sich persönlich mit Euch (Tito) zu treffen. Was geht hier vor? Es wird ein erbarungsloser Kampf mit den Okkupanten geführt und plötzlich kommt es zu Kontakten zwischen Euch und den Deutschen...“



Partisanenführer Tito (oben) und sein Widersacher, der serbisch-nationalistische „Tschetnik“-General Draza Mihailovic FOTO: OEWELT



Der Brief des Majors gelangte über die Frontlinien in die Hände des deutschen bevollmächtigten Generals in Kroatien, Edmund Glaise-Horstensau. Glaise, ein deutsch-nationaler Österreicher, aber kein Nazi, als K.u.k.-Offizier mit der Balkansituation eng vertraut und außerdem ein scharfer Kritiker sowohl der Italiener als des kroatischen Ustascha-Regimes, war ebenso wie der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Alexander Löhr (gleichfalls ein Österreicher), der Auffassung, daß die deutsche Seite Titos Partisanen als kriegsführende Partei anerkennen und sie nicht länger als bloße „Banditen“ behandeln sollte. Außerdem wußte er ahnte General Glaise, daß dem Partisanenproblem mit bloß militärischen Mitteln nicht beizukommen war. So erhielt der Kommandeur der 717. deutschen Infanteriedivision, Generalmajor Benigun Dippold, den Befehl, „den obersten Stab der Aufständischen zu verständigen, daß das deutsche Kommando bereit ist, einen bevollmächtigten Delegierten zu empfangen“. Die Sicherheit des Unterhändlers werde garantiert.

Der Brief des Majors gelangte über die Frontlinien in die Hände des deutschen bevollmächtigten Generals in Kroatien, Edmund Glaise-Horstensau. Glaise, ein deutsch-nationaler Österreicher, aber kein Nazi, als K.u.k.-Offizier mit der Balkansituation eng vertraut und außerdem ein scharfer Kritiker sowohl der Italiener als des kroatischen Ustascha-Regimes, war ebenso wie der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Alexander Löhr (gleichfalls ein Österreicher), der Auffassung, daß die deutsche Seite Titos Partisanen als kriegsführende Partei anerkennen und sie nicht länger als bloße „Banditen“ behandeln sollte. Außerdem wußte er ahnte General Glaise, daß dem Partisanenproblem mit bloß militärischen Mitteln nicht beizukommen war. So erhielt der Kommandeur der 717. deutschen Infanteriedivision, Generalmajor Benigun Dippold, den Befehl, „den obersten Stab der Aufständischen zu verständigen, daß das deutsche Kommando bereit ist, einen bevollmächtigten Delegierten zu empfangen“. Die Sicherheit des Unterhändlers werde garantiert.

Weder Ribbentrop noch erst recht Hitler wollten aber etwas von einer solchen politischen Lösung wissen. Mit den Partisanen dürfe man nicht verhandeln, müsse sie vernichten - lautete die Weisung aus Berlin. Dem verhandlungswilligen SA-Führer wurde jeder weitere Kontakt zu Tito untersagt - vor allem lehnte Ribbentrop den Vorschlag Kasches ab, sich persönlich mit Tito zu treffen. Immerhin kam es im Verlauf der Verhandlungen und Kontakte während des Jahres 1943 zu einer zeitweiligen Einstellung kommunistischer Sabotage-

Stalin forderte den „Haß des Volkes“

Tito wurde von Stalin dazu aufgefordert, nicht mit den Deutschen zu verhandeln, sondern den „Haß des Volkes“ gegen sie zu mobilisieren. Fast zur gleichen Zeit wurde der deutsche Gesandte in Zagreb durch Ribbentrop mit der Bemerkung zurückgepfiffen, die einzig zulässigen Verhandlungen mit den Partisanen hätten nur über deren bedingungslose Kapitulation geführt werden. SA-Obergruppenführer Kasche funktelte - Datum: 30. März 1943 - an Ribbentrop zurück: „Ich glaube, daß die Partisanenfrage bei uns grundsätzlich verkannt wird. Sie wurzelt vielmehr in politischen Verhältnissen als in militärischen.“ Er Karne, plädierte für „politische Lösungsmöglichkeiten“ - aber diese seien ihm auf Anordnung aus Berlin jetzt verwehrt. Das Rad der Geschichte drehte sich weiter. Die seltsame Interessengemeinschaft zwischen der Wehrmacht und den Partisanen Titos bei der Abwehr einer möglichen britisch-amerikanischen Balkan-Invasion blieb eine Episode. Dennoch zeigte sich hier im Kern bereits vieles, was später, unter ganz anderen Auspizien, Wirklichkeit werden sollte: etwa der Abfall Titos von Moskau und ein eigener jugoslawischer Weg. Djilas berichtet, Tito habe ihm auf die Frage, was denn wohl die Russen zu den Verhandlungen mit den Deutschen sagen würden, brüsk geantwortet: „Wir vertreten unsere Interessen, so wie Sie ihre Interessen vertreten.“
Übrigens - die wichtigsten deutschen Gesprächsteilnehmer und Eingeweihten dieser Verhandlungen sind kurz nach Kriegsende oder noch während des Krieges umgekommen. General Glaise-Horstensau wurde in amerikanischer Haft 1946 Selbstmord. Generaloberst Löhr wurde in Belgrad als „Kriegsverbrecher“ erschossen. Der Gesandte und SA-Führer Kasche in Zagreb genekt. Damit waren die wichtigsten dieser Ereignisse verstummt. Es bleibt aber die Feststellung, daß Geschichte sich niemals nach bloß ideologischen Schemata vollzieht - weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Gefangenenaustausch als ein Signal

In Italien - es war immerhin noch über ein Jahr bis Mussolinis Sturz - diagnostizierte Kardelj „eine vorübergehende anglophile Stimmung unter der Führung der italienischen Exilkräfte, hinter denen jedenfalls der Vatikan steht“. Aus seinem Hauptquartier in den Bergen Bosniens meldete Tito am 16. Juli 1942 an Stalin nach Moskau: „Wir sind der Ansicht, daß zwischen Italien und England im Kampf gegen uns eine Zusammenarbeit besteht. Gefangenenaustausche „Tschetniks“ erklärten mehrfach, daß die Waffen, die sie über die Italiener erhalten, von den Engländern bezahlt wurden.“ Tito aber war entschlossen, eine britische (oder auch amerikanische) Landung auf dem Balkan - im konkreten Fall: an der jugoslawischen Küste - nicht zuzulassen. Er erklärte sogar in einem Telegramm nach Moskau, die jugoslawischen Partisanen würden sich mit Waffenengewalt einer solchen Landung westlicher Truppen widersetzen.
Mitten in den schwersten Kämpfen zwischen Wehrmacht und Partisanen kam es nun zum ersten Kontakt der gegnerischen Parteien. Es begann damit, daß im Herbst 1942 der deutsche Ingenieur Hans Ott mit einer Gruppe von deutschen Bergbauspezialisten und Ingenieuren, die in Bosnien kriegswichtige Rohstoffe (u. a. Bauxit) gefördert hatten, von Titos Partisanen gefangen genommen wurden. Ott wurde damals sogar von Tito persönlich zu einem Gespräch empfangen. Daraus entwickelte sich der erste Austausch von Gefangenen. Ein zweiter Kontakt ergab sich während der schweren Kämpfe des Frühjahr 1943, gleichfalls in Bosnien: Damals fiel der deutsche Major Arthur Strecker, Kommandeur des 3. Bataillons des 738. Grenadierregiments, in die Gefangenschaft der Partisanen. Dem

Dr. 11. 1950

Die Auseinandersetzung um die Form der deutschen Beteiligung am Projekt einer amerikanischen Weltraum-Raketenabwehr hat sich in die Bonner Verhandlungs-Delegation verlagert. Wer bestimmt in dieser vielschichtigen, wichtigen Frage unserer Sicherheit den Kurs der deutschen Politik - das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium oder der Bundeskanzler? Worin bestehen die Widersprüche? Herbert Kremp analysiert den Stand der deutsch-amerikanischen Gespräche.



Sie setzten Hoffnungssignale: Reagan und Gorbatschow 1985 ... FOTO: SVEN SIMON

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Titos kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmacht.

sowie den politischen Repräsentanten des „Dritten Reiches“ im jugoslawischen Raum. Diese ungewöhnliche Tatsache gaben jetzt erstmals der Tito-Biograph Vladimir Dedijer

und der Schriftsteller Milovan Djilas bekannt. Djilas hatte seinerzeit im Auftrag Titos als Mitglied des Politbüros der KPJ im deutschen Hauptquartier Verhandlungen geführt.

Als Tito auf die Wehrmacht setzte

Von CARL G. STRÖHM

Vordergründig ging es zwischen der Wehrmacht und den Partisanen um den Austausch von Gefangenen. Dahinter aber wurde bereits die Möglichkeit eines Waffenstillstandes und einer gegenseitigen Interessensabgrenzung ventiliert. Über die Motive und Hintergründe, die Tito nach der Schlacht von Stalingrad und mitten im beiderseits total geführten Weltkrieg dazu veranlaßten, ein Arrangement mit den Deutschen zu suchen, ist jetzt in Belgrad ein mit jugoslawischen und deutschen Dokumenten belegtes, sensationelles Buch aus der Feder des Historikers Miso Lekovic erschienen: „Die März-Verhandlungen 1943“ (Martovski Pregovori 1943, Verlag Narodna Kojiga, Belgrad 1985).

Obwohl sich Titos kommunistische Partisanenarmee vor allem im Kampf gegen die deutschen Truppen formiert hatte, betrachteten die jugoslawischen Kommunisten nicht die Wehrmacht, sondern die königstreuen, monarchistischen und mit der Londoner jugoslawischen Exilregierung sowie den Briten verbundenen „Tschetniks“ des Generals Draza Mihailovic als ihren gefährlichsten Feind. Die „Tschetniks“ - hervorgegangen aus serbischen ländlichen Wehrorganisationen - waren konservativ, bäuerlich und serbisch-nationalistisch gesinnt. Noch vor den Kommunisten hatten sie sich als Widerstandsorganisation sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die kroatischen „Ustascha“ organisiert, waren aber bald mit den kommunistischen Partisanen in Konflikt geraten. Schließlich gelangte ihr Führer, General Mihailovic, zur Überzeugung, daß nicht die Deutschen und erst recht nicht die Kommunisten, sondern einzig die Revolution durchführten, das Hauptproblem seien. Die „Tschetniks“ hofften, daß die Engländer und Amerikaner - nach ihrem Sieg über die Deutschen in Nordafrika - 1943 auf dem Balkan landen und König Peter sowie das alte Regime der jugoslawisch-serbischen Monarchie wiederherstellen würden.

Die Möglichkeit erkannten auch Tito und seine engsten Mitarbeiter in der jugoslawischen KP-Führung. Vor allem besaßen die jugoslawischen Partisanen bereits 1942 Informationen, wonach Italien einen Frontwechsel auf die Seite der Amerikaner und Briten vorbereite. Das aber konnte für die jugoslawischen Kommunisten gefährlich werden: Die monarchistischen „Tschetniks“ und die italienischen Besatzungstruppen in der klosternen Zone der jugoslawischen Adria - von Montenegro bis Slowenien - konnten sich damit über Nacht in Platzhalter und Gefährten der Engländer verwandeln. Bereits am 22. Mai 1942 schrieb Titos nachmaliger Stellvertreter Edvard Kardelj aus dem slowenischen Untergrund an den Partisanenmarschall: „Im Verhältnis zu Italien müssen wir bereit sein, dieses als eine englische imperialistische Basis zu betrachten, von der aus die Engländer versuchen werden, unsere Londoner Regierung mit Gewalt zu uns zurückzubringen.“

Der Streit der Ämter oder Wer macht in Bonn Strategie?

Von HERBERT KREMP

Zeichnet sich politische Sprache in der Regel durch eine gewisse Trockenheit aus, so erfährt sie bei der Beschwörung des Friedens eine gesungene Steigerung. Ein schönes Beispiel dafür ist die Rede, mit der Frankreichs Außenminister Briand in Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund begrüßte. Zu seinem Kollegen Stresemann gewandt, sagte er: „Zu Ende ist der Krieg zwischen uns. Vorüber sind die schwarzen Wolken der Trauer. Fort mit den Gewehren. Fort mit den Kanonen. Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht, für den Frieden.“

Man schrie damals den 10. September 1929, acht Jahre nach dem Ersten, dreizehn Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem hat sich an den Umständen einiges, an der politischen Lyrik nichts geändert. Beim Gipfel in Genf im vergangenen November schrieb Reagan und Gorbatschow in das gemeinsame Kommuniqué, sie trachteten danach, „einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden.“ Mit dieser universalen Bekundung haben die Hochgerüsteten ein Signal gegeben, das überall in der Welt, vor allem an der Militärgrenze in Europa, die Herzen höher schlagen ließ. Wie eine magische Intarsie erscheint die Formel von Genf auf allen Mahntafeln.

Amerikaner gingen zwar darauf ein, stellen aber die SDI-Verhandlung wieder an die Spitze, was Bangemann akzeptierte. (Als FDP-Vorsitzender habe ich Handlungsspielraum.) Der Briefwechsel, dessen Inhalt bis Ende März zu vereinbaren ist, soll jeden Anschein einer Staatsbeteiligung meiden. Die Bundesregierung kümmernt sich mitnichten um SDI, sondern nur um Bedingungen des Technologietransfers zwischen Privatunternehmen. Dementsprechend wird der Briefwechsel nicht, wie die USA wünschen, von den Verteidigungsministern unterfertigt, sondern vom deutschen Wirtschaftsminister und dem US-Handelsminister.

Risiko I: Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht an SDI, bleiben das Land und darüber hinaus Europa ohne korrespondierende Raketenabwehr. Die amerikanische Verteidigungsinitiative führt in diesem Fall zwangsläufig zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen, zu strategischer Fraktur und Verwerfungen im Bündnis. In der Folge müßte Europa in sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.

Risiko II: Lassen sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer solchen Perspektive doch noch auf einen Tausch SDI gegen Raketen ein, kommt es also zum Abzug aller Mittelstreckensysteme aus der „europäischen Zone“ (Stufe I des Gorbatschow-Abrüstungsplanes), so verliert Europa den Schutz der Kriegsbremse. Die Sowjetunion genießt dann folgende Vorteile: Sie verfügt über moderne atomare Kurzstreckenraketen (1000 km), die nach Gorbatschows Plan erst in einer späteren Phase beseitigt werden sollen. Ihre Mittelstreckensysteme stehen jenseits der „europäischen Zone“, die am 80. Längengrad endet (Botschafter Rodin von der sowjetischen Botschaft in Bonn am 28. Januar). Sie erreichen von dort aus die Bundesrepublik; sie sind im übrigen mobil. Gleichzeitig wird die kooperative Überlegenheit der Sowjetunion zur beherrschenden Bedrohung. Strategisch betrachtet gehört Europa dann zu jenen Weltzonen, in denen seit 1945 mehr als 150 Kriege geführt werden konnten.

Die Intentionen des Außenministers

In der Working-Group, die vom 27. bis 29. Januar zum ersten Mal in Washington tagte, verhandelte konsequent eine einzige deutsche Technologiekommission mit zwei amerikanischen Delegationen, deren Vorsitzende Schneider und Perle den Technologietransfer behandelten, während Frank Gaffney das SDI-Gespräch leitete. In der deutschen Delegation kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beamten des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums. Das Auswärtige Amt stimmt sich gegen die Verankerung einer „amtlichen Kontaktstelle“ im SDI-Briefwechsel, die während der Forschungszusammenarbeit der Firmen auftretende Probleme klären soll. Genschers Beamte lehnen auch die briefliche Absicherung des „strategischen Dialogs, der fortlaufenden offiziellen Unterrichtung über Ergebnisse der SDI-Forschung“ ab.

Demgegenüber legt das Verteidigungsministerium großen Wert darauf, daß eine offizielle Kontaktstelle eingerichtet und die Fortsetzung des „strategischen Dialogs“ vertraglich gesichert wird. Bangemann ist ebenfalls für die Kontaktstelle, was der Intention Genschers, den Staat von SDI fernzuhalten, widerspricht. Für eine staatliche Beteiligung spricht auch der rüstungspolitisch wichtige Wunsch des Verteidigungsministers, SDI-Resultate für den konventionellen Rüstungsbedarf verwenden zu können. Würmer widerspricht im übrigen dem amerikanischen Vorschlag, für Forschungsergebnisse, bei denen es sich um das Eigentum deutscher Firmen handelt, das alleinige Nutzungsrecht zu beanspruchen.

Diese Widersprüche beeinträchtigen die deutsche Verhandlungsposition in den USA. Im Verteidigungsministerium vermutet man, daß das Auswärtige Amt ein „möglichst schlechtes SDI-Abkommen“ anstrebe, um die Nichtbeteiligung des Staates deutlich werden zu lassen. Auf amerikanischer Seite, so hört man in Bonn, wundert sich darüber niemand. Man wisse dort, daß Genscher auf schwerwiegende strategische Risiken einzugehen bereit sei, um Optionen in der „europäischen Zone“ für eine neue, von ihm zur Zeit als „realistisch“ bezeichnete Entspannungspolitik zu nutzen. Eine gewisse Verwunderung herrscht unter den Kennern lediglich über den Bundeskanzler, der solchen Entwicklungen scheinbar sprachlos zusieht.

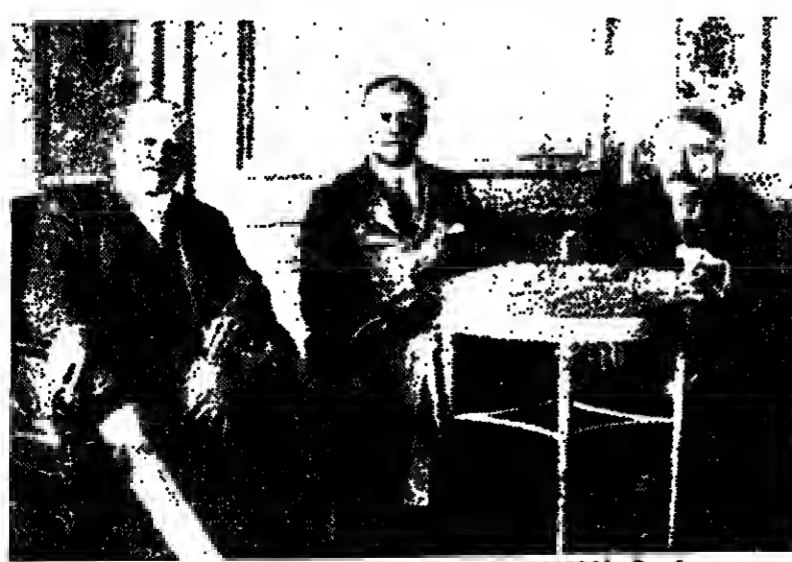
Die bisherigen Ergebnisse der deutsch-amerikanischen SDI-Verhandlungen sprechen für diese Deutung. Das Kabinett hatte am 18. Dezember vergangenen Jahres Wirtschaftsminister Bangemann beauftragt, ein Technologietransfer-Abkommen auszuhandeln, in dem SDI praktisch „verschwinden“ sollte. Die alternativen Risiken sind groß genug, um in der Bonner Regierungskoalition einen Grundstimmungswechsel auszulösen. Wenn er nicht ausbricht, kann das nur zwei Gründe haben: Entweder rechnet Kanzler Kohl damit, daß er mit Hilfe des entgegenkommenden FDP-Vorsitzenden Bangemann eine SDI-Verhandlung mit Washington zustande bringt, die Risiko I bis zur Wahrnehmungsgrenze vermindert und Risiko II umgeht. Oder Außenminister Genscher rechne damit, daß er seinen Widerstand gegen SDI und seine Option für eine atomarwaffenfreie „europäische Zone“ vorantreiben kann, ohne daß die damit verbundenen Risiken innenpolitische Reflexe auslösen.

Warum die USA auf SDI nicht verzichten

Das Dokument bekräftigt die „Verhandlungen zum schrittweisen Aufbau von Atomwaffen, um damit in gleichem Maß Defensivsysteme im Weltraum überflüssig zu machen, damit das gemeinsame Ziel Amerikas und der Sowjetunion erreicht werden kann, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden.“

Die Aufnahme der Formel in das Kommuniqué von Genf war bis zur letzten Minute umstritten. Grund: Die Sowjetunion liegt in der Entwicklung einer (langgestützten) Raketenabwehr vor die USA. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion ihren Vorsprung zu wahren sucht und alles daran setzt, ein (womöglich Weltraum-gestütztes) amerikanisches Abwehrsystem zu verhindern. Genau aus diesem Grunde halten die USA die SDI-Forschung für unverzichtbar.

Mitten in den schwersten Kämpfen zwischen Wehrmacht und Partisanen kam es nun zum ersten Kontakt der gegnerischen Parteien. Es begann damit, daß im Herbst 1942 der deutsche Ingenieur Hans Ott mit einer Gruppe von deutschen Bergbauspezialisten und Ingenieuren, die in Bosnien kriegswichtige Rohstoffe (u.a. Bauxit) gefördert hatten, von Titos Partisanen gefangen genommen wurden. Ott wurde damals sogar von Tito persönlich zu einem Gespräch empfangen. Daraus entwickelte sich der erste Austausch von Gefangenen. Ein zweiter Kontakt ergab sich während der schweren Kämpfe des Frühjahr 1943, gleichfalls in Bosnien: Damals fiel der deutsche Major Arthur Streckler, Kommandeur des 3. Bataillons des 738. Grenadierregiments, in die Gefangenschaft der Partisanen. Dem



... Stresemann, Chamberlain und Briand 1926 in Genf FOTO: KEYSTONE

Was die Partisanen von der Wehrmacht forderten

Dann kam eine Erklärung, die im Blick auf spätere Entwicklungen des jugoslawischen Kommunismus prophetisch genannt werden konnte: Die Volksbefreiungsbewegung, so Velibit vor den deutschen Offizieren, stelle eine „unabhängige nationale Bewegung dar, die nicht von außen miterzittert werde.“

akte auf der für die Deutschen sehr wichtigen Bahnlinie Zagreb-Belgrad. Tito erließ am 29. März 1943 den Befehl, die Bahnlinie aktiven Partisanenbrigaden den Befehl, „auf keinen Fall den Kampf mit den Deutschen zu suchen und keinerlei Aktionen auf die Bahnlinie zu unternehmen“. Und, als wolle er die Motive dieses Befehls erklären, ließ er die Erläuterung folgen: „Unsere wichtigste Aufgabe ist jetzt die Vernichtung der „Tschetniks“ des Draza Mihailovic und die Zerschlagung seines Verwaltungsapparats, der die größte Gefahr für den weiteren Verlauf des Volksbefreiungskampfes darstellt.“ Die von den Partisanen gefangen genommenen Deutschen wurden ausgetauscht. Major Streckler berichtete in einer langen Denkschrift über seine Erfahrungen als Gefangener im „Partisanenstaat“. Und daß es zumindest einen informellen Waffenstillstand zwischen den Tito-Partisanen und der Wehrmacht gab, bestätigt der Fall eines deutschen Offiziers, der mit seiner Kolonne in der Nacht zum 6. April 1943 in einen Hinterhalt geriet, wobei vier deutsche Lastwagen in Flammen aufgegingen und zwei deutsche Soldaten getötet wurden. Der Offizier protestierte bei den ihn gefangennehmenden Partisanen gegen den Angriff mit der Begründung, es gebe doch einen Waffenstillstand - und verlangte, zum „Brigadier Popovic“ geführt zu werden. Sein Wunsch wurde erfüllt - er wurde zu Koca Popovic ins Hauptquartier der 1. proletarischen Division gebracht und anschließend freigelassen.



Partisanenführer Tito (oben) und sein Widersacher: der serbisch-nationalistische „Tschetnik“-General Draza Mihailovic FOTO: DIE WELT



Der Brief des Majors gelangte über die Frontlinien in die Hände des deutschen bevollmächtigten Generals in Kroatien, Edmund Glaise-Horstenau. Glaise, ein deutsch-nationaler Österreicher, aber kein Nazi, als K.u.-k.-Offizier mit der Balkansituation eng vertraut (und außerdem ein scharfer Kritiker sowohl der Italiener als des kroatischen Ustascha-Regimes), war ebenso wie der Oberbefehlshaber Stos. Generaloberst Alexander Löhr (gleichfalls ein Österreicher), der Auffassung, daß die deutsche Seite Titos Partisanen als kriegsführende Partei anerkennen und sie nicht länger als bloße „Banditen“ behandeln sollte. Außerdem wußte er, daß das deutsche Kommando bereit ist, einen bevollmächtigten Delegierten zu empfangen.“ Die Sicherheit des Unterhändlers werde garantiert.

Welches Ausmaß die Kontakte zwischen Partisanen und Wehrmacht hatten, beweist auch ein kleiner Vorfall am Rande: Der Partisanendelegierte Velibit erklärte den deutschen Offizieren, man sei bereit, der deutschen Wehrmacht erbetene geheime Dokumente zur Verfügung zu stellen, welche die Zusammenarbeit zwischen den (damals mit dem Reich noch verbündeten) Italienern, den serbischen „Tschetniks“ und den Engländern bewiesen. Bedingung: Die Deutschen müßten den Partisanen ein Fotokopiergerät verschaffen. Die Sowjets betrachteten diese Kontakte zwischen Tito und der deutschen Wehrmacht mit größtem Mißtrauen. In einem Funkgespräch Stalin aus Moskau am den jugoslawischen Partisanenstaat hieß es wörtlich am 31. März 1943: „Uns beunruhigt die Tatsache, daß Ihr Kriegsgefangene mit den Deutschen austauscht. Ihr entsendet Delegierte zu ihnen, welche alle möglichen Gespräche mit den Deutschen führen, und der deutsche Gesandte in Zagreb hat den Wunsch ausgesprochen, sich persönlich mit Euch (Tito) zu treffen. Was geht hier vor? Es wird ein erbarmungsloser Kampf mit den Okkupanten geführt, und plötzlich kommt es zu Kontakten zwischen Euch und den Deutschen...“

Daß Tito aber mit den Deutschen nicht nur über den Austausch von Gefangenen, sondern über hochpolitische Fragen sprechen wollte, zeigte sich daran, daß er nicht nur einen Unterhändler, sondern gleich drei - unter ihnen sogar ein Mitglied des Politbüros - entsandte. Da war Vladimir

Tito wurde von Stalin dann aufgefordert, nicht mit den Deutschen zu verhandeln, sondern den „Haß des Volkes“ gegen sie zu mobilisieren. Fast zur gleichen Zeit wurde der deutsche Gesandte in Zagreb durch Ribbentrop mit der Bemerkung zurückgepfiffen, die einzig zulässigen Verhandlungen mit den Partisanen könnten nur über deren bedingungslose Kapitulation geführt werden. SA-Obergruppenführer Kasche funkte - Datum: 30. März 1943 - an Ribbentrop zurück: „Ich glaube, daß die Partisanenfrage bei uns grundsätzlich verkannt wird. Sie wurzelt vielmehr in politischen Verhältnissen als in militärischen.“ Er Kasche, plädierte für „politische Lösungsmöglichkeiten“ - aber diese seien ihm auf Anordnung aus Berlin jetzt verwehrt.

Stalin forderte den „Haß des Volkes“

Das Rad der Geschichte drehte sich weiter. Die seltsame Interessengemeinschaft zwischen der Wehrmacht und den Partisanen Titos bei der Abwehr einer möglichen britisch-amerikanischen Balkan-Invasion hieß eine Episode. Dennoch zeigte sich hier im Kern bereits vieles, was später, unter ganz anderen Auspizien, Wirklichkeit werden sollte: etwa der Abfall Titos von Moskau und ein eigener jugoslawischer Weg. Djilas berichtet, Tito habe ihm auf die Frage, was denn wohl die Russen zu den Verhandlungen mit den Deutschen sagen würden, brüsk geantwortet: „Wir vertreten unsere Interessen, so wie Sie Ihre Interessen vertreten. Übrigens - die wichtigsten deutschen Gesprächsteilnehmer und Eingeweihten dieser Verhandlungen sind kurz nach Kriegsende oder noch während des Krieges umgekommen. General Glaise-Horstenau verübte in amerikanischer Haft 1946 Selbstmord. Generaloberst Löhr wurde in Belgrad als „Kriegsverbrecher“ erschossen, der Gesandte und SA-Führer Kasche in Zagreb gehängt. Damit waren die Wichtigsten dieser Ereignisse verstummt. Es bleibt aber die Feststellung, daß Geschichte sich niemals nach bloß ideologischen Schablonen vollzieht - weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Weder Ribbentrop noch erst recht Hitler wollten aber etwas von einer solchen politischen Lösung wissen. Mit den Partisanen dürfe man nicht verhandeln, müsse sie vernichten - lautete die Weisung aus Berlin. Dem verhandlungswilligen SA-Führer wurde jeder weitere Kontakt zu Tito untersagt - vor allem lehnte Ribbentrop den Vorschlag Kasches ab, sich persönlich mit Tito zu treffen. Immerhin kam es im Verlauf der Verhandlungen und Kontakte während des Jahres 1943 zu einer zeitweiligen Einstellung kommunistischer Sabotage-

Handwritten text or signature at the bottom of the page.

Dr. Maximilian Leyherr

Für Unternehmer muß man etwas unternehmen.

Wenn jedermann von der Bedeutung des Mittelstandes spricht, wird es Zeit, den Mittelstand auch bedeutend zu unterstützen.

Denn wer mehr macht als Worte, hat auch mehr als Worte verdient.

Deshalb möchten wir unser Engagement für den Mittelstand ausschließlich in Taten ausdrücken:

Mit der tatkräftigen Unterstützung bei der Bilanzanalyse beispielsweise. Mit einem Investitionsdarlehen, unserem HYPO-Bankdarlehen, das sich nicht nur an die üblichen Sicherheiten knüpft, sondern auch auf eine Idee vertraut, die Geld wert ist. Mit der HYPO-Kontaktbörse für nationale und internationale Geschäftsanbahnungen und mit den elektronischen HYPO-Informationssystemen für jede Form von Auslandsgeschäften. Unternehmen Sie also ruhig etwas.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.



Dr. Maximilian Leyherr
HYPO-BANK

e
idet
eblich an
ier sagt
ährliches
Prozent
s Unter
lungslä
Prozent
n absoli
im Jah
us auf
facht d
Ben, ha
unsinn
spiel,
spruch
bräuch
positiv
volum
Dollar
Impos
Dollar
quote
beacht
ikanisch
iwrksto
zweimitt
strage de
ernehmer
42 oder
esamt ha
schen U
ika eine
Prozent
drei Pro
sieht er
nd" die
rt auf die
Entwick
100 Men
ielten ein
eitsvers
keit liegt
dustriens
edrück
reitenbach
der fehl
rdheitswe
medizini
alten Küh
he Präp
ygienische
klärung der
offkontrolle
u hier will
alth Fund
ansetzen



r
br
m
gt
t-
A-1986

Genscher-Reise nach Marokko und Tunesien

dpa, Bonn

Den deutsch-arabischen Dialog und das Nahost-Engagement der EG-Staaten will Bonn durch intensive Kontakte mit der Maghreb-Region verstärken. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird am Donnerstag zu einem dreitägigen Besuch nach Marokko und Tunesien fliegen, nachdem bereits im vergangenen September als erster deutscher Außenminister Ahmed Teli Ibrahim offiziell zu Gast in Bonn war. Genscher wird neben seinen Gesprächen mit den Spitzen der Regierungen auch mit den Staatschefs, König Hassan von Marokko und Präsident Bourguiba, zusammenkommen. Außerdem will Genscher in Tunis den Ende Januar in Bonn neu angekündigten Meinungsaustausch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Cheddi Klibi, weiterführen.

Als Hauptthemen der Gespräche gelten der Ausbau der politischen Beziehungen, der Nahost-Konflikt, die Palästina-Frage, die Lage im Maghreb-Raum und die Bekämpfung des Terrorismus. Weiterer Schwerpunkt der Beratungen werden die Sorgen der beiden Länder um ihre Exporte in die Europäische Gemeinschaft nach der EG-Süderweiterung mit Portugal und Spanien sein. Marokko als Gastgeber der jüngsten arabischen und islamischen Gipfelkonferenzen und Tunesien als Gastland der Arabischen Liga spielen nach Meinung Bonner diplomatischer Kreise trotz ihrer geographischen Randlage wichtige mäßigende Rollen im Nahost-Konflikt.

Die Bundesrepublik unterstützt Marokko jährlich mit 40 Millionen und Tunesien mit 100 Millionen Mark Entwicklungshilfe.

Den Haag erregt sich über deutsche Drogen-Fahnder

Das Parlament behandelt den Fall des Dealers Theo

HELMUT HETZEL, Den Haag
Vielfach war in Den Haag die Rede davon, daß deutsche Drogenfahnder in den Niederlanden Kontakte zur Rauschgift-Szene knüpfen. Sie, so lautete der oft gemachte Vorwurf, bereiten dann einen Deal mit einem niederländischen Händler vor und bestünden dabei darauf, daß der „Stoff“ in der Bundesrepublik Deutschland übergeben werde. Komme der holländische Dealer dann zum verabredeten Treffpunkt nach Deutschland, schnappe die Falle zu. Er werde verhaftet und nach deutschem Recht, das bei Rauschgiftdelikten wesentlich schärfer ist als das holländische, verurteilt.

Die Unterschiede zwischen geltendem deutschen und niederländischen Recht bei Rauschgiftdelikten sind in der Tat so groß, daß der Delinquent in Holland für einen gleichartigen Verstoß mit einer Geldstrafe davonkommen kann, während er in der Bundesrepublik dafür einige Jahre hinter Gitter muß.

Von deutscher Seite wurde die dienstliche Tätigkeit von Drogenfahndern aus der Bundesrepublik, die ohne Zustimmung der zuständigen holländischen Behörden tätig werden, bisher immer bestritten. Auch die niederländische Justiz hat sich mit Beweisen in dieser Frage schwergetan. Ein Fernsehteam des Magazins „Nieuwslip“ drehte den Spieß jetzt einfach um. Die Journalisten heuerten den holländischen Drogenabhängigen und kleinen Dealer namens Theo an, der bereit war, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Zu welchen Bedingungen, das sagten sie allerdings nicht.

Der TV-Beitrag begann so: Theo greift zum Telefonhörer, wählt eine Nummer in Aachen und fragt nach einem Polizeikommissar namens

Kratz. Kratz kennt Theo offensichtlich und ist sofort bereit, sich mit dem Informanten in dem niederländischen Grenzstädtchen Vaals zu treffen.

Theo war von den holländischen Journalisten mit Mikrofon und Tonband präpariert worden. Der deutsche Agent sagt laut Bandaufnahme wütlich: „Normalerweise ist das verboten, was ich hier mache.“ Dann bot er Theo zwischen 3000 und 5000 Mark für seine Mitarbeit an. „Das ist für dich drin.“ Aufgabe für Theo: Kontakt zu einem offensichtlich von deutscher Seite gesuchten Dealer herstellen. Dann präzisieren die deutsche Beamte: „Bedingung aber ist, daß der Stoff uns in die Hände fällt.“ Als das Fernsehteam, das das Gespräch in einem China-Restaurant heimlich mitgedreht hatte, plötzlich hereintritt und Kratz zur Rede stellt, streift dieser vor der laufenden Kamera alles ab.

Ebenso leugnen der von den Hilversumer Programmern dazu befragte Aachener Staatsanwalt Bernklaus und ein Aachener Polizeisprecher den illegalen dienstlichen Übergriff ihres Beamten. Bernklaus in fließendem Holländisch: „Mir sind keine Fälle dieser Art bekannt.“ Etwas anders sieht man die Sache im Haager Justizministerium. „Wenn die juristischen Auffassungen hier auseinandergehen, so hat man doch das Recht des Sprechers zu respektieren“, betont ein Sprecher gegenüber der WELT. „Auch wenn das verfolgte Ziel an sich gut sei, das deutsche Recht hört an der holländischen Grenze auf.“ Die Angelegenheit werde auf Minister-Ebene in Bonn zur Sprache gebracht. Das holländische Parlament wird sich am Mittwoch mit diesem Vorfall befassen.

Im Streit um den Paragraphen 116 ergreift jetzt auch die GEW Partei

Gewerkschaft legt Materialband für die Behandlung des Themas im Unterricht vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Lehrgewerkschaft GEW hat die Planung ihres Vorsitzenden Dieter Wunder schnell umgesetzt, die dieser vor knapp zwei Wochen öffentlich formuliert hatte: „Heute fordern wir, die Auseinandersetzung um Paragraph 116 AFG in den Unterricht zu bringen.“ Und er hatte seinen Kollegen in den Schulen zugerufen: „Dies obliegt Eurer pädagogischen Verantwortung. Daran darf Euch kein Politiker hindern.“ Herausgekommen ist nun, noch druckfrisch, ein 72 Seiten starker Materialband, der den interessierten Lehrern Leitfäden für die Unterrichtsbehandlung des Streikparagraphen sein soll.

Das Inhaltsverzeichnis verspricht eine umfangreiche Darstellung des vielschichtigen Themas. Die Stichworte reichen von einer „einführenden Darstellung“ über „didaktische Bemerkungen“ und „Material“ bis zur Zisierung aller wichtigen Stellungnahmen jeglicher Couleur und einer „Unterrichtseinheit“. Denn Wunder hatte angekündigt, daß man „nicht – wie unsere Gegner uns dümmlich unterstellen – Schüler indoktrinieren“ wolle. Doch der GEW-Vorsitzende hatte auch keinen Zweifel daran gelassen, daß „wir natürlich Partei sind“. Und dies wird dann beim genaueren Hinsehen deutlich.

„Widerstandsrecht“

Unter der Überschrift: „Worum geht es eigentlich beim Streik?“ werden „Arbeitsaufträge“ formuliert, die die Schüler zu diesem Thema erarbeiten sollten. Als Grundlage zur Behandlung des Themas wird in bester Klassenkampf-Manier das Theaterstück „Die Mutter“ herangezogen, dessen Handlung unmittelbar vor der Oktoberrevolution in Rußland ange-

siedelt ist. In dem „Vorwort“ zur „Unterrichtseinheit“ wird die Absicht noch deutlicher: „Die soziale Auseinandersetzung in unserem Land wird immer weniger mit Argumenten und vielmehr mit den Machtmitteln der Besitzenden geführt. Die Aussperung ist ein solches Machtmittel der Besitzenden.“ Aber: „Der Streik ist sowohl politisches wie soziales Widerstandsrecht der Arbeitnehmer.“

Da scheint den Autoren in der Frankfurter GEW-Zentrale einiges durcheinander geraten zu sein:

● In einer Schlämpigkeit, die jedem Schüler wohl Notemaßtriche einbringen würde, wird das Theaterstück „Die Mutter“ Bertolt Brecht zugeschrieben – allein, die Verhältnisse, die sind nicht so: Der Klassenkampf hatte nur eine Gorki-Vorlage dramatisiert.

● „Gegen jeden, der es unternimmt, diese (demokratische und soziale) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Wird das Widerstandsrecht in Artikel 20 des Grundgesetzes definiert. Dies soll also nach GEW-Lesart auch der Kern des Streikrechts sein? Möglicherweise geht es doch nicht um „dümmliche Gegner“, wenn von Indoktrination die Rede ist.

Solche Fehltritte sind keine Ausnahme in dem Papier. Aber manchmal schrecken die Verfasser auf den 72 Seiten auch nicht vor offensichtlich falschen Darstellungen zurück – alles wahrscheinlich unter der Entschuldigung, als Gewerkschaft „Partei sein“ zu müssen:

„Aussperung – was ist das?“, lautet dort eine Frage, und eine offenkundig falsche Antwort: „Die Arbeitslosenversicherung zahlt den Aussperrten keine Arbeitslosenun-

terstützung.“ Die „Pläne“ der Bundesregierung bei der Novellierung des Paragraphen 116 sähen vor, daß „Kurzarbeitergeld kalt ausgesperrten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden soll“. Eben dies hatten die Gewerkschafts-Spitzen beim Treffen mit Arbeitsminister Blum und den Sozialausschüssen vor wenigen Wochen als falsch zurückgezogen. Möglicherweise hat sich dies nicht bis zur GEW herumsprochen.

Wie reagieren Eltern?

„Recht muß Recht bleiben“, lautet zwar die Aufforderung in einer Zwischenüberschrift, aber dies gilt offensichtlich nur für andere und hindert nicht daran, selbst nach anderen Maßstäben zu verfahren: „Die Arbeitskämpfe 1984 waren Erfolge.“ Die IG Metall und die IG Druck hätten „Tabus der Arbeitgeber durchbrochen. Es soll verhindert werden, daß Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ihre Forderungen und Interessen weiter wirkungsvoll vertreten können.“

Ein Grundtenor durchzieht den Materialband: In dieser Republik stehen der Übermacht der Unternehmer die armen Gewerkschaften gegenüber, die mit ihrem „Streik für die Erhaltung der Freiheit, des Friedens und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt“ eintreten. Wenn in dieser Form der Klassenkampf des 19. Jahrhunderts für den Unterricht aufgearbeitet werden sollte, gäbe es noch Verständigungsmöglichkeiten. Doch gegen eine solche Beschreibung der heutigen Wirklichkeit in den Schulen werden wahrscheinlich viele Eltern von ihrem grundgesetzlich garantierten Elternrecht gegenüber den Schulaufsichtsamtern Gebrauch machen.

„DDR“ verfährt im Reiseverkehr großzügiger

hrk/DW, Berlin

Die „DDR“ will bei West-Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „großzügig verfahren“. Dies habe der ständige Vertreter der „DDR“ in Bonn, Ewald Moldt, bereits am Freitag Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble telefonisch mitgeteilt, berichtete gestern Regierungssprecher Friedhelm Ost. Schäuble hatte Moldt, in der vergangenen Woche um Aufklärung gebeten, was es mit den Berichten über angeblich beschlossene Reiseerleichterungen auf sich habe. In dem Telefongespräch mit dem Kanzleramt hatte Moldt auch die Stellungnahme des „DDR“-Außenministeriums, das Berichte über eine mögliche Herabsetzung des Reisealters als „Ente“ bezeichnet hatte, bestätigt.

Bereits vor einiger Zeit hatte die „DDR“-Führung den Ostberliner Konstanzialpräsidenten Manfred Stolpe von bevorstehenden Reiseerleichterungen für „DDR“-Antragsteller in dringenden Familienangelegenheiten informiert. Das verlautete jetzt zuverlässig aus Kreisen der Evangelischen Kirche in West-Berlin.

Stolpe nimmt zugleich die Aufgabe eines der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Kirchenbundes war. Der Kirchenbund und dabei insbesondere Stolpe hatten sich in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv bemüht, der SED-Führung die Bedeutung gelockter Bestimmungen bei West-Reisen für das innenpolitische Klima in der „DDR“ vor Augen zu führen.

Die Bundessynode in Dresden nahm Ende September 1985 sogar einen ausführlichen Passus über die Forderung nach Reiseerleichterungen in ihren Abschlußbericht auf.

Papst: Zurückhaltung in weltlichen Dingen

F. M. Bombay

Zur „integralen menschlichen Entwicklung“ Indiens im Zeichen der Wahrheit und der Liebe hat Johannes Paul II. gestern zum Abschluß seines zehntägigen Indien-Besuchs die Jugend des Landes aufgerufen. Kurz vor seinem Rückflug nach Rom am Abend angekündigt er an die im Shivaji Park von Bombay versammelten Jugendlichen, ihren „Dynamismus“ zur Lösung der Probleme einzusetzen, denen sich ihr Land gegenüberstellt.

„In Eurem Leben“, rief er den jungen Menschen zu, „ist kein Platz für Apathie und Gleichgültigkeit. Der Dynamismus Eurer Jugend muß so geleitet werden, daß ihr die heutigen Gesellschaft gestellten Fragen löst.“ Die Jugend müsse durch die Verrichtung ihrer täglichen Arbeit zum Aufbau einer besseren Welt beitragen. Sie müsse gegen Untätigkeit ankämpfen und sich den Schwierigkeiten des Lebens stellen.

Am Morgen hatte der Papst während einer Messe in Poona die Priester des Landes zu Zurückhaltung in weltlichen Fragen aufgerufen. Priester könnten manchmal versucht sein, sich in weltliche Angelegenheiten einzumischen und sich unwichtig zu fühlen, weil ihre Berufung rein geistlicher Art sei. Deshalb, so das Oberhaupt der katholischen Kirche, sei es für Priester „dringend notwendig“, überzeugt von ihrer Berufung zu sein.

Weizsäcker sichert Bangladesch Hilfe zu

dpa, Dhaka

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat auf der zweiten Station seiner Asienreise in Bangladesch versichert, das Land könne auch weiterhin mit der Solidarität der Deutschen rechnen. Bei einem Bankett in Dhaka sagte von Weizsäcker: „Wir wollen nicht mit Theorien und fertigen Antworten kommen. Wir wollen dort helfen, wo es schrittweise zur Selbsthilfe der Armen und Bedürftigen beiträgt und wo es sie unterstützt, sich von Abhängigkeit zu befreien.“

Die Bundesrepublik hat bisher mehr als 2,5 Milliarden Mark für finanzielle und technische Zusammenarbeit, Nahrungsmittellieferungen und andere Hilfeleistungen an Bangladesch aufgewandt und steht damit an vierter Stelle unter den Geberländern.

Welche Häftlinge hat Gorbatschow gemeint?

KNA, Frankfurt

Bei der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGMR) sind zur Zeit 895 Personen registriert, die sich in der UdSSR aus politischen oder religiösen Gründen in Haft befinden. 183 dieser Häftlinge sind nach Mitteilung der Organisation in psychiatrischen Anstalten zwangsinterniert. Wie die IGMR gestern erklärte, habe sich der sowjetische Parteichef Gorbatschow offensichtlich auf diesen speziellen Personenkreis beschränkt, als er in einem Interview mit der französischen Zeitung „L'Humanité“ von insgesamt 200 Menschen gesprochen habe, die wegen „Verbrechen gegen den Staat“ verurteilt worden seien.



Die schönste Form von Eigentum ist das eigene Heim.

Wohneigentum zählt sicher zu den schönsten Formen der Geldanlage, weil man diese Art der Investition im wahrsten Sinne des Wortes erlebt. Da sieht man, was man hat und später einmal haben wird: als sinnvolle Ergänzung der Altersversorgung zum Beispiel. Wichtig ist beim Finanzieren der erfahrene Partner. Und richtig der Grundsatz, erst mal mit der Sparkasse zu sprechen. Sie können auf den Service Ihrer Spar-

kasse bauen. Auf die Empfehlung Ihres Geldberaters, der alle Varianten kennt und bei Bedarf kombiniert finanziert: Sparkasse und LBS. Beides zusammen führt zu einer zeit- und nicht selten auch kostensparenden Finanzierung aus einer Hand. Damit Ihre Rechnung wirklich aufgeht:

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die Baufinanzierung.

Südjemen bestätigt den Tod von Ismail

itr, Aden

Im Südjemen ist gestern der Tod des ehemaligen Präsidenten Abdul-Fattah Ismail bestätigt worden. Wie Radio Aden berichtet, starb Ismail bereits am 13. Januar. Er sei von seinem Feind, dem entmachteten Präsidenten Ali Nasser Mohammed, in einem Panzer angegriffen worden und seinen Brandverletzungen erlegen.

Bislang war das Schicksal Ismails, der als Anführer der Rebellion gegen Nasser Mohammed galt, ungewiß gewesen. Sein Tod war nur von Palästina-Gruppen gemeldet worden. Aus diplomatischen Kreisen verlautete, daß die neue Führung die Todesmeldung vermutlich aus Furcht vor einem neuen Gewaltausbruch zurückgehalten habe.

Iran baut Kontakte zu den Sowjets aus

AP, Teheran

Die Beziehungen zwischen Iran und der Sowjetunion haben sich nach den Worten des iranischen Parlamentspräsidenten Haschemi Rafsandschani verbessert. Für eine Annäherung an die USA sehe Iran aber keine Chancen, sagte Rafsandschani in einem von der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zitierten Interview. In der vergangenen Woche hatte der stellvertretende sowjetische Außenminister Georgi Kornijenko Teheran besucht. Die Sowjetunion, so Rafsandschani, habe zwar in der Vergangenheit mit Iran zusammengearbeitet und dadurch Iran Schaden zugefügt, doch die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran hätten sich wieder voll entwickelt.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Steuer-Oasen

Der Bundesrechnungshof läßt den Verdacht nicht nur zwischen den Zeilen anklingen...

Die möglichen Einbußen an Steuereinnahmen aber trägt nicht das Land allein...

Damit droht die Gefahr, daß der Finanzgleichgewicht pervertiert wird...

Skepsis am Bau

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Vorzeichen haben sich kaum verändert. Wie vor vier Jahren...

Bei der Suche nach den Gründen für den Niedergang der Bauwirtschaft...

Günstiger gestaltet sich die Entwicklung im Wirtschaftsbau...

Der öffentliche Hoch- und Tiefbau schließlich, der von den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hände...

Prüfungsdienst anweist, zehn Prozent der Großbetriebe nicht mehr zu prüfen...

Dünnes Eis

Wh. - So ganz unbeschwert konnte sich die Führungsmannschaft der Arbed Saarstahl GmbH nicht in die tollen Tage begeben...

FRANKREICH / Liberalisierung des Geld- und Kapitalmarktes vorangetrieben

Minister Bérégovoy will Paris zum internationalen Finanzplatz erheben

Frankreichs sozialistischer Finanzminister Pierre Bérégovoy hat die Liberalisierung des dirigistischen Finanzsystems energisch in Angriff genommen...

Seine erste Tat war die Einrichtung von Zweitmärkten an den französischen Börsen...

Als wichtigste Reform ist aber die Schaffung eines neuen Marktes für sogenannte Depositenzertifikate anzusehen...

Mill soll bald auf fünf Mill. Franc gesenkt werden.

Der neue Markt ist gut angefallen. Man erwartet, daß über ihn 1986 mehr als 45 Mrd. Franc mobilisiert werden...

Andererseits soll die Notenbank nicht mehr die (subventionierten) Exportkredite der Banken refinanzieren...

Die Krönung seines Reformwerks sieht Bérégovoy in dem neuen „Terminmarkt für Finanzinstrumente“ (Matif)...

AUF EIN WORT



In der Europäischen Gemeinschaft liegen in der schrittweisen Liberalisierung des Stahlmarktes erhebliche Risiken...

Neuer Anlauf für Kakaoabkommen

Die Vertreter von Kakao-Verbraucher- und -Produktionsländern sind in Genf zu einem erneuten Versuch zusammengetroffen...

METALLGESELLSCHAFT

Daimler-Benz gibt seine Beteiligung, wie erwartet, ab

Daimler-Benz wird sich - wie schon erwartet - von seiner indirekten Minderheitsbeteiligung an der Metallgesellschaft AG (MG) trennen...

METALLMÄRKTE

„Bedarf hinkt 1986 deutlich hinter dem Angebot her“

Eine anhaltende Überproduktion im Metallbereich prognostiziert die Commerzbank für 1986. Da der Konjunkturaufschwung immer mehr vom Konsumbereich getragen werde...

IFO-INSTITUT

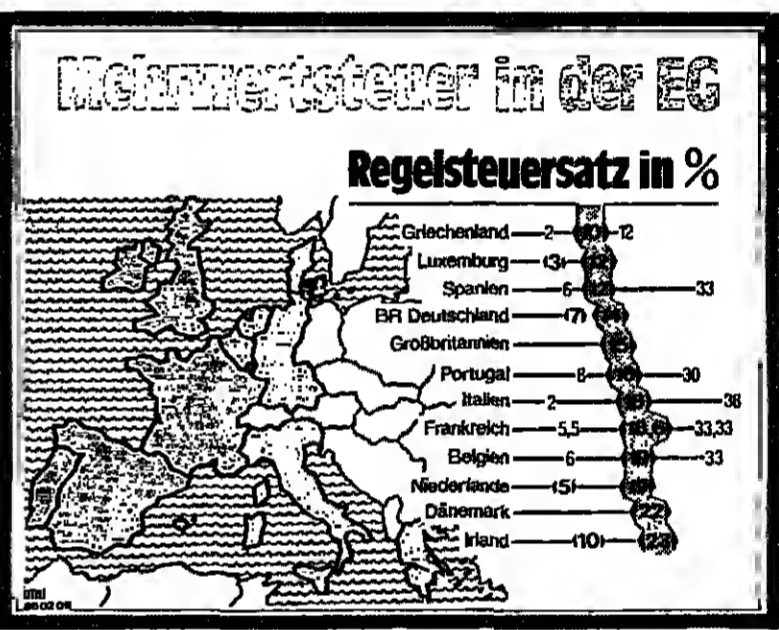
Der Beschäftigungseffekt von Gründungen ist bescheiden

Unternehmensgründungen in der Industrie machen nur vier Prozent aller Firmengründungen aus...

Zu diesen Ergebnissen kommt eine Untersuchung, die das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums...

Ein spürbarer Beschäftigungseffekt versprechen nach Ansicht von Ifo nur Vollerwerbsbetriebe...

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist die Mehrwertsteuer höher als in der Bundesrepublik Deutschland...

Lebensversicherer steigern Neugeschäft

Bonn (dpa/VWD) - Die deutschen Lebensversicherer haben 1985 ihr Neugeschäft um 3,6 Prozent auf 150,25 Mrd. DM gesteigert...

Kupfer für „DDR“

Kiruna (AFP) - Die schwedischen Kupferbergwerke Viscaria in Kiruna (Lappland) haben mit der „DDR“-Gesellschaft Intras über fünf Jahre laufende Abkommen zur jährlichen Lieferung von 20 000 Tonnen Kupfer abgeschlossen...

Noch höheres Defizit

Rom (dpa/VWD) - Das Defizit im italienischen Außenhandel ist 1985 von 19,1 Billionen Lire (29 Mrd. DM) auf 23 Billionen Lire (35 Mrd. DM) gestiegen...

Kiechle skeptisch

Bonn (dpa/VWD) - Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) erwartet von den Brüsseler Preisverhandlungen nur wenig Fortschritte für die Agrarpolitik...

VERLAGE

Zeit nicht zu Gruner + Jahr

Die Fusion Bertelsmann/Zeit bleibt unangefochten. Der Kartellrat des Berliner Kammergerichts hat entgegen der Entscheidung von vor gut drei Jahren die Untersagung des Bundeskartellamts in Berlin gegen die Beteiligung der zum Bertelsmann-Konzern gehörenden Gruner + Jahr AG + Co (Hamburg) an der Zeitverlag G. Buehrig KG bestätigt...

NEUE TECHNIKEN / WELT-Gespräch mit dem Handwerks-Generalsekretär Klaus-Joachim Kübler

„Permanente Innovation ist eine Existenzfrage“

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn Die neuen Technologien stellen für das Handwerk zwar eine Herausforderung dar. Trotzdem sage der zweitgrößte Wirtschaftsbereich uneingeschränkt „ja“ zu diesen Entwicklungen...

Spacelab-Projekt einen Teil der Steuerung selbständig entwickelt hat. Ein Teil des hydraulischen Bremssystems des Airbus sei von einem norddeutschen Handwerksbetrieb nicht nur entwickelt worden...

Die technische Entwicklung nicht zu verlieren, müßten Ausbildung, vor allem jedoch Weiterbildung und die Technologietransfer intensiviert werden. Durch die neuen Techniken nehme auch die Kapitalintensität und die Kapitalbindung im Handwerk stetig zu...

holte Kübler die Forderung seiner Organisation nach einer Mittelstandskomponente in der Steuerpolitik. Das Handwerk halte die Einführung einer mittelstandsbezogenen steuerständigen Investitionsrücklage für den besten Weg...

Vertical text on the right edge of the page, including page number 11 and other markings.

ARBED SAARSTAHL

1986 „Chance auf Gewinn“

Wb. Völklingen
Mit sehr vorsichtigem Optimismus blickt die Geschäftsführung der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, auf den Verkauf des neuen Jahres. Zwar sollen Produktion und Versand kaum die Vorjahreswerte überschreiten.

Auch 1986 werde freilich noch ein Bedarf an öffentlichen Beihilfen bestehen. Sie werden vor allem für eine Reihe größerer Investitionsvorhaben - Gesamtvolumen: 126 Mill. DM, deutlich weniger als die geplanten Abschreibungen - benötigt, die Bestandteil der weiteren Umstrukturierung und Sanierung sind.

Bei einer Umsatzsteigerung um fast 14 Prozent auf 2,55 (2,24) Mrd. DM hat sich das Ergebnis 1985 gegenüber dem Vorjahr zwar „wesentlich“ verbessert, blieb aber auch im negativen Bereich.

Mit dem Neugeschäft zeigt sich die LBS zufrieden. Mit knapp 101 000 eingelösten Neuverträgen wurde die Vorjahreszahl um 0,8 Prozent über-

SACILOR / Durch eine Mehrheitsbeteiligung an der Dillinger Hütte auf dem deutschen Markt vertreten

Noch arbeitet der Stahlkonzern mit Verlusten

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris
Der französische Stahlkonzern Sacilor (Société des Acieries et des Laminaires Lorraine), der in der Bundesrepublik durch seine Mehrheitsbeteiligung an der Dillinger Hütte vertreten ist, hat die mit seiner Verstaatlichung Ende 1981 eingeleitete Restrukturierung inzwischen abgeschlossen.

Das von der Familie De Wendel, den „französischen Krupps“, Anfang des 18. Jahrhunderts auf der Basis der acht heute noch betriebenen Lothringer Eisenerzgruben (Minette) begründete Unternehmen stand 1985 mit einem Umsatz von 46 Mrd. Franc

und rund 11 Mill. Tonnen Auslieferungen nach eigenen Angaben in der EG an vierter Stelle nach Thyssen, Finsider und British Steel. Dabei ist die Sollax, die in Lothringen ein großes Walzwerk betreibt, anteilmäßig (64 Prozent) berücksichtigt; nicht jedoch die Dillinger Hütte, an der Sacilor direkt mit 27 Prozent, insgesamt aber mit 65,8 Prozent beteiligt ist.

Gegenüber der inzwischen über-rundeten Usinor weist Sacilor allerdings immer noch sehr viel höhere Verluste aus. Für 1985 dürften sie 5,7 Mrd. Franc erreichen, von denen aber 1,2 Mrd. Franc Usinor auf Grund seiner früheren Beteiligung an Unimetal und Asco-Metal übernimmt.

Nach einem weiteren auf 2,5 Mrd. Franc veranschlagten diesjährigen Verlust will Sacilor-Präsident Claude Dollé den Konzern 1987 ins finanzielle Gleichgewicht bringen. Zu diesem

Zweck wird der Abbau der Belegschaft noch beschleunigt. Nachdem sie 1985 um 3000 auf 66 500 Personen reduziert worden war, ist für dieses Jahr die Aufgabe weiterer 10 000 unrentabler Arbeitsplätze vorgesehen.

Andere Tochtergesellschaften haben allerdings schon Gewinne erzielt, wie die Dillinger Hütte sowie die Edelstahlgesellschaft Impthy, die als technologisch besonders fortschrittlich gilt. Bei der zum gleichen Sektor gehörenden Adcers Inox (Ex-Ugine) erreichte das Bruttoergebnis zwölf Prozent.

Allgemein ist der Konzern verhältnismäßig stark exportorientiert. Am Gesamtabsatz dürfe die Ausfuhr über 40 Prozent erreichen. Größter Auslandskunde ist die Bundesrepublik, die ihrerseits allerdings mehr Stahl nach Frankreich exportiert als von dort bezieht.

LBS HANNOVER / Bauflaute wirkte sich negativ aus - Geldeingang gestiegen

Das Darlehensgeschäft schrumpft weiter

dos, Hannover
Die schwache Bautätigkeit in Niedersachsen hat bei der Landesbausparkasse Hannover/Braunschweig (LBS) 1985 erneut einen deutlichen Rückgang des Darlehensgeschäfts bewirkt. Nach Angaben der Geschäftsführung verringerte sich die Zahl der Bewilligungen auf gut 43 000 (46 000) Darlehen, also um 6,8 Prozent.

Bei einer Umsatzsteigerung um fast 14 Prozent auf 2,55 (2,24) Mrd. DM hat sich das Ergebnis 1985 gegenüber dem Vorjahr zwar „wesentlich“ verbessert, blieb aber auch im negativen Bereich.

Mit dem Neugeschäft zeigt sich die LBS zufrieden. Mit knapp 101 000 eingelösten Neuverträgen wurde die

Vorjahreszahl um 0,8 Prozent über-troffen. Allerdings blieb die Bausparsumme mit 2,5 Mrd. DM um 2,5 Prozent unter dem Niveau von 1984. Der Geldeingang, der 1984 ein Minus von 5,1 Prozent brachte, nahm im Berichtsjahr um 1,3 Prozent auf 1,68 Mrd. DM zu. Dabei spielten die um 9,5 Prozent auf 771 Mill. DM gestiegenen Tilgungsleistungen eine maßgebliche Rolle. Bei den Zuteilungen ergab sich ein Rückgang auf 1,52 (1,71) Mrd. DM.

Zuversichtlich beurteilt die Landesbausparkasse die Aussichten im laufenden Jahr. Der in der Bevölkerung nach wie vor weitverbreitete Wunsch nach Wohneigentum finde derzeit „besonders günstige Voraussetzungen zur Realisierung“. Niedrige und stabile Preise sowohl für Neubauten als auch für Gebrauchtim-

mobilien, ein vermehrtes Baulandangebot zu tragbaren Preisen und günstige Finanzierungsbedingungen würden potentiellen Bauwilligen und Käufern beste Voraussetzungen bieten.

Um das Bausparen flexibler zu gestalten, hat jetzt auch die Landesbausparkasse ein neues Konzept unter der Bezeichnung „LBS - Varior“ auf den Markt gebracht. Das Modell sieht keine Mindestsparzeiten mehr vor. Wichtig für die Zuteilung, so heißt es, sei nur noch das angesparte Guthaben von 50 Prozent der Bausparsumme und die erforderliche Bewertungszahl, die sich an der gewählten Tilgungsrate orientiert. Der Bausparer hat die Wahl zwischen einem Langzeit-, Standard- oder Schnellbau-Sparvertrag.

Großes Interesse für Constructa '86

HB, Hannover

„Die Constructa bestätigt durch Qualität und Quantität ihre Leitfunktion für die Bauwirtschaft“, erklärte Sepp Heckmann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, gestern im Vorfeld der größten europäischen Baufachmesse in Hannover. Mit 1711 Ausstellern läge das Anmeldeergebnis nur kaum niedriger als das der Constructa '82, was unter Berücksichtigung der Branchenentwicklung in den vergangenen Jahren als durchschlagender Erfolg zu werten sei.

KOLBENSCHMIDT / „Bestes Jahr“ beim Auto-Zulieferer

Die Aktionäre partizipieren

INGEADHAM, Frankfurt
Kerngesund und weiter auf dem Wachstumspfad präsentiert sich die Kolbenschmidt AG (KS), Neckarsulm, mit ihrem Geschäftsbericht 1984/85 (30. 9.): Der Zulieferer für die Automobilindustrie, der mit dem 100. Geburtstag sein 75. Jubiläum feiern konnte, erzielte sein bisher „bestes Jahr“, wie der Vorstand kommentiert.

Die Inlandsumsätze wuchsen dabei überproportional um 17 Prozent, der Export nahm um zehn Prozent auf 290 Mill. DM (ohne Auslandsfertigung) oder 37,2 (38,6) Prozent vom Umsatz zu. Bedingt durch die Exporte der Autoindustrie gehen aber nur zwei Drittel der KS-Produktion auf Auslandsmärkte.

Kolbenschmidt erzielte im vergangenen Jahr bei einer Umsatzsteigerung um 14,3 Prozent auf 780,2 (682,4) Mill. DM - in der Gruppe 1, (1) Mrd. DM - einen Kapazitätsauslastungsgrad von 90 Prozent auf 22,3 (22,6) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuss fließen 10 (5) Mill. DM in die Rücklagen. Das Ergebnis nach DVFA macht 20 (16,15) DM je Aktie aus. Investiert wurden in Sachanlagen 68,1 (45,5) Mill. DM.

BERTHOLD / In diesem Jahr wird ein Gewinn erwartet

Aufräumarbeiten beendet

ews, Berlin
Nicht mehr zu vergleichen mit dem Unternehmen des Jahres 1984 ist die Berthold AG, Berlin, namhafter Hersteller von Systemen für den Fotoapparat. Das erklärte Vorstandsvorsitzende Wolfgang Geerken, der dieses Amt vor einhalb Jahren übernahm, als nach Managementfehlern die Existenz von Berthold auf dem Spiel stand.

Zwar werde für 1985 wegen der Restrukturierungsmaßnahmen noch einmal ein Verlust ausgewiesen, der aber erwartet worden sei und gegenüber dem Vorjahresverlust von 64 Mill. DM nur noch gering ausfalle. Für das laufende Geschäftsjahr werde wieder ein Gewinn angestrebt. Geerken wollte jedoch keine Prognose wagen, ob es nach fünf dividendelosen Jahren schon zur Wiederaufnahme der Ausschüttung reicht. Dieses Ziel sei aber auf jeden Fall für 1987 eingeplant.

Sehr positiv entwickelt haben sich 1985 der Auftragsbestand, der auf über 190 (180) Mill. DM gestiegen wurde, und der Umsatz mit einem Plus von etwa 15 Prozent auf 193 Mill. DM in der AG. Dazu trug das Inland mit 23,5 Prozent auf 122,9 Mill. DM überdurchschnittlich bei. Im Ausland

erreichte die Steigerung nur 2,2 Prozent, so daß die Exportquote auf 36 (41) Prozent zurückfiel.

Das neue Vorstandskonzept - im September 1985 wurde das obere Management „fast“ vollständig „ausgewechselt“ - sieht die Konzentration aller Entwicklungskapazitäten auf den Qualitäts-Fotosatz vor, auf dem Berthold weltweit mit an führender Position liegt.

Die Diversifikation wurde ganz gestrichen. Nun, so Geerken, werde der Produktentwicklung, die in den Händen eines Marketing-Fachmannes liege, Vorrang gegeben. Berthold werde nicht mehr alles selbst entwickeln, sondern auch Komponenten zukaufen.

Westland: Chancen der Europäer gering

fu, London

Die Aussichten für das europäische Hubschrauber-Konsortium, über ein verlockendes Aktionärsangebot eine Beteiligung der amerikanisch-italienischen Sikorsky-Fiat-Gruppe am britischen Hubschrauber-Hersteller Westland zu blockieren, sind erheblich gesunken. Wie das Konsortium (British Aerospace und GEC auf britischer Seite sowie MBB aus der Bundesrepublik, Aerospaziale aus Frankreich und Augusta aus Italien) mitteilen, ist es ihm nicht gelungen, die angestrebten 20,1 Prozent der Westland-Aktien über ihr Tender-Angebot von 130 Pence je Westland-Aktie zu übernehmen. Damit halten die Europäer - einschließlich der bereits von Alan Bristow und anderen Befürwortern einer europäischen Beteiligung an Westland - mit 28 Prozent der Westland-Aktien weniger als die erforderlichen 50 Prozent.

Alles hängt von der morgigen außerordentlichen Hauptversammlung in London ab. Die amerikanisch-italienische Sikorsky-Gruppe, die vom Westland-Vorstand als Partner einstimmig favorisiert wird, hält knapp 30 Prozent der Westland-Aktien.

Für die Annahme ihres Beteiligungs-Angebots ist lediglich die einfache Mehrheit der Westland-Aktionärsmehrheit erforderlich. Bei der letzten Abstimmung Mitte Januar, als noch eine 75-prozentige Mehrheit erforderlich war, hatten sich die für das Abstimmungsergebnis ausschlaggebenden Kleinaktionäre im Verhältnis neun zu eins für das Sikorsky-Angebot ausgesprochen.

LOEWE OPTA / Gemeinsam mit BMW verstärkte Forschung für die Pkw-Elektronik

Auf dem Weg zum Spezialisten

DANKWARD SEITZ, München
Es ist kaum daran zu zweifeln: Immer stärker wird sich die Loewe Opta GmbH, Kronach, deren Produktionsbasis bislang Farbfernseh- und Bildschirmtext-Geräte sind, zu einem High-Tech-Unternehmen der Elektronikbranche entwickeln. Einer der entscheidenden Impulse für diese langfristige Strategie wird dabei nach den Worten von Geschäftsführer Helmut Rieke von dem Automobilkonzern BMW kommen, der vor wenigen Monaten direkt mit 23 Prozent bei Loewe eingestiegen ist. Über die TIG Technologie Investitions GmbH war BMW bereits seit längerem gemeinsam mit der Dresdner Bank und der Bayerischen Vereinsbank mit 26 Prozent am Loewe-Stammkapital von 45 Mill. DM beteiligt.

Ohne die bisherigen Gebiete einzuschränken, will Loewe gemeinsam mit BMW seine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Richtung Autoelektronik „außerhalb des Motors“ ausbauen. Gedacht wird beispielsweise an ein farbiges, umfassendes Informationsdisplay für alle Autoteilhaber oder an ein neuartiges Au-

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Jürgen Tauchert, Tischlermeister, Trittau; Bochum: W. Stein GmbH, Spezialtiefbau; Herne: J. Brillen, Brillenherstellung; Berlin: Erloner Bauelemente GmbH & Co. KG; Brühl: Marion Rößler, Ertstadt-Lechenich; Detmold: Otto Wurzer, Kaufmann, Weinsheim; Ernst Meier, Bauunternehmer, Bartrup; Düsseldorf: Oberbüchel Verlag GmbH; Duisburg: I. W. M. Ingenieurbüro GmbH für Walzwerk- und Maschinenbauanlagen & Co. KG; I. W. M. Ingenieur-Büro GmbH; Klaus von de Westring Lebensmittel-Vertriebsges. mbH; Hagen: 1) Raiser Oswald-Verwaltungs-GmbH & Co. KG, Stahlhandelsges., Herdecke, 2) Raiser Oswald Verwaltungs-ges. mbH (AG Weiter HRB 289); Merzig: „Das Bierdorf“ Gastsitzbetriebs-ges. mbH in Gründung, Losheim; Mönchengladbach: Autohaus Merkur GmbH & Co. KG, Viersen 1; Autohaus Merkur Verwaltungs-ges. mbH, Viersen; Osterdorf: Nachl. d. Gisela Christel Fach Fabrik, Kaufmann; Paderborn: Johannes Höper GmbH, Edemissen; Plochhorst; Recklinghausen: Ingenieurbüro Paul Becker GmbH, Herten; WIG Immobilien-Vermietungsges. mbH, Herten-Westerholt; Retzweil: Jürgen Arndt, Dunningen 1; Saarbrücken: Nachl. d. Edgar Rupp; Siegburg: Belber Bernat GmbH, Niederkassel-Rheidt; Stuttgart: GHW Heizungs-u. Wärmetechnik GmbH, Weinstadt 2; Trier: Walter Franke GmbH & Co. KG; Tübingen: Klaus Uwe Schulz, Westl. GED, Fachbereich 1, Energiesparsysteme offene Kamme Kachelöfen GmbH; Donaueschingen: Flugcharter Fuchs KG, Höchstädt; Ansbach-Konkurs eröffnet: Dürren: Josef Küster, Fleisenschlachter; Stuttgart: Medienzentrum „Alte Stuttgarter Reithalle“ GmbH & Co. KG; Sonnenland Frucht GmbH Import Großhandel, Wangen.

Vergleich beantragt: Dortmund: R. u. R. Brune Nachf. GmbH & Co. KG; Frankfurt: Prompita de Paris GmbH; Teltow AG I; Bergbau u. Hüttenindustrie; Goslar: von Satine & Rittershaus GmbH & Co. KG; Köln: Franz Josef Fabian, Kaufmann; Ludwigshafen: Optische Industrie H. Hempel GmbH, Gerlingen.



Beim „Börsentraining '86“ der 'Wirtschaftswoche' tummeln sich die Teilnehmer auch an

Spielen Sie mit den Finanzinstrumenten.

den für intelligente Anleger unverzichtbaren Terminmärkten. Die erfolgreichsten Spieler mit den Finanzinstrumenten Aktien und Optionen gewinnen Preise im Gesamtwert von 100.000 DM.



Teilnahme-Unterlagen gibts bei der 'Wirtschaftswoche' Tel.: 0211-83 88/3 78 oder 3 88. Und in vielen Geschäftsstellen der Deutschen Bank.

MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHE.

Handwritten signature or stamp at the bottom right of the page.

Ärgerlicher Kompromiß

ag - Da haben die Parlamentarier nun fast zehn Jahre gebraucht, um das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu novellieren. Und was ist am Ende dabei herausgekommen? Ein Kompromiß, der alle ärgern muß, die damit zu leben haben. Der Entwurf wird von Handels- und Verbraucherverbänden kritisiert, und dies zu Recht.

Um Ordnung in die „Sonderveranstaltungen“ des Handels zu bekommen, werden sie, mit Ausnahme der Saisonschlussverkäufe, kurzzeitig abgeschnitten: Jubiläums-, Räumungs- und Umbauverkäufe soll es in Zukunft nicht mehr geben. Pech für den Verbraucher, aber auch Pech für den Händler, der bereit ist, für die Modernisierung seines Ladens Geld auszugeben. Nun wird er es vielleicht lassen.

Preisgegenüberstellung in der Werbung wird künftig verboten sein; allerdings soll das Verbot nicht für vom Hersteller empfohlene Preise gelten. Warum dies? Der Deutsche Industrie- und Handeltagsverband weist zutreffend darauf hin, daß durch diese Ausnahme Mondpreise empfohlen werden, die den Verbraucher irreführen.

Ähnlich fragwürdig ist auch das Verbot mengenbeschränkender Angaben - „solange der Vorrat reicht“ - in der Werbung mit Sonderangeboten. Mittelstandspolitiker warnen hier zwar eine große Chance, Verdrängungspraktiken im Handel auszurotten - der Konkurrent kann dann ja den Billigbieter leerkufen - aber was hat der Verbraucher davon? Nichts hat er davon, wenn ihm ein Händler die Sonderangebote vor der Nase wegschnappt, um sie in seinem Laden womöglich teurer zu verkaufen.

Schließlich ist auch das vorgesehene Rücktrittsrecht für Verbraucher bei unwahrer und irreführender Werbung wenig praktikabel. Erstens, weil derartige nur sehr selten vorkommen. Zweitens, weil der Händler hier die Suppe auch dann auslöffeln soll, wenn der Hersteller sie ihm mit seiner Werbung eingebrockt hat. Sachgerechte Lösungen sind das alles nicht. Vielleicht hätte man besser noch zehn Jahre gewartet.

SIEMENS / Sprichwort-Kampagne für freundliche Helfer - Tageszeitungen sind Basis-Medium der Werbung

Personal-Computer kommen auf „gut deutsch“

KLAUS HATTEMER, München
Die Kampagne lag in der Luft. Als Siemens vor genau einem Jahr die drei neuen Personal-Computer (PC) auf den Markt bringen wollte, waren die Siemens-Werber sich der zu erwartenden Reaktion auf dem Markt und bei der Konkurrenz ziemlich sicher. Denn damals gab es auf dem deutschen Markt bereits rd. 250 PCs, also ein unübersichtliches Getümmel. Die Leute würden deshalb auf gut deutsch „Spät kommt ihr“ denken oder auch „Was lange währt...“ oder auch weniger Freundliches. Mit und bei den Leuten nun auf gut deutsch ins Gespräch zu kommen, wurde darum zur kreativen Strategie der Siemens-Kampagne.

Denn zum ersten waren die neuen PCs wirklich selbst „gut deutsch“, hergestellt in einem nagelneuen Werk in Augsburg, übrigens der größten Computerfertigung in Europa. Zum zweiten war die Kernzielgruppe - zumindest im Mittelstand - für eine so solide und vertraute Werbebotschaft offenbar empfänglich. Zum dritten waren die größten Mitbewerber, nämlich Apple, Commodore, IBM, Compaq, Epson u. a. sämtlich ausländische Anbieter. Und schließlich würde sich ein Auftritt mit bekannten deutschen Sprichwörtern und Redensarten nur ein deutscher Meinungsführer leisten können. Als der aber gilt Siemens, der Telefon- und Computertechnik, hierzulande unbestritten.

Wie gedacht, so gemacht. Die PC-Kampagne startete mit ganzzeitigen Zeitungsanzeigen, und Tageszeitungen sind seitdem - auch 1986 - das Basis-Medium für die Siemens-PC-Werbung. Und zwar erstens wegen ihrer Aktualität; für eine informative Einführungskampagne war das schnelle Medium gerade recht. Zweitens wegen ihrer Verbreitung; mit den überregionalen Tages-, Sonntags- und Wochenblättern sowie mit den großen Regionalzeitungen kann eine hohe Reichweite bei den wichtigsten Zielgruppen erzielt werden. Drittens wegen der engen Verwandtschaft von Medium und Kampagne; die Tageszeitung gilt als besonders glaubwürdig, und obendrein ist sie das vertrauteste heimische Medium.

Siemens zielt und zielt vor allem darauf ab, seine PCs als freundliche Helfer zu vermarkten. Denn für den

PC-Vertriebschef Reiner Hallauer ist für die deutschen Käufer der PC als funktionsfähiges Werkzeug, das ihnen Routinearbeiten erleichtert, wichtiger als die technische Brillanz, wie US-Kunden sie wünschen.

Eine technische Spitzenleistung bietet Siemens zwar allemal, wie nicht nur die vergleichenden Tests bestätigen. Die Computer-Fachzeitschriften spenden der hohen Qualität und der Schnelligkeit, auch der Ergonomie von Hard- und Software, spe-

Prozent regelmäßig Sprichwörter in den Mund - und sei es nur, um sich Ungemach von der Seele zu reden und um die Zeitläufte zu kommentieren. In der Meinungsforschung gelten Sprichwörter gar als Vehikel, um die Stimmungen unter den Menschen verlässlich einzufangen. Denn was das Herz voll, dem fließt der Mund über. Siemens stattete die Einführungskampagne freilich auch mit einem ansehnlichen Budget aus, denn von nichts kommt nichts.

schon Markt vorzudringen. Die Rangliste für den deutschen PC-Markt dürfte zum Jahreswechsel etwa so ausgesehen haben:

- 1. IBM
- 2. Commodore
- 3. Apple
- 4. Siemens
- 5. Olivetti
- 6. -
- 10. Compaq, Hewlett-Packard, Triumph-Adler, NCR, Ericsson u. a.

ziell dem Bildschirm, von Ausgabe zu Ausgabe neues Lob. In der Siemens-PC-Werbung aber dienen diese technischen „Features“ nur als Begründung, nicht als Selbstzweck.

Die Sprichwort-Kampagne von Siemens schneit nicht nur im Test überragend gut ab, sie bewegt auch den Markt. Denn sie ist leicht zu lernen und gut zu behalten. Diese Voraussetzung hat Siemens freilich zuvor auch erprobt: Drei Viertel aller Erwachsenen gebrauchten mehrmals in der Woche Sprichwörter; auch unter den Gebildeten nehmen mehr als 50

Werbeaufwendungen für PC (1.1 bis 31.9, ca.):

● Commodore	11,5 Mill. DM
● IBM	7,5 Mill. DM
● Siemens	4,5 Mill. DM
● Schneider	2,0 Mill. DM
● Olivetti	1,8 Mill. DM
● Wang	1,5 Mill. DM
● NCR	1,2 Mill. DM
● Apple	0,5 Mill. DM
● Epson	0,5 Mill. DM

Siemens schafft es im fliegenden Start, bis zum Jahresende mit rund 18 000 verkauften Büro-PCs unter die ersten fünf Anbieter auf dem deut-

PHARMA-INDUSTRIE

Fonds zur Gesundheitshilfe in der Dritten Welt gegründet

PETER JENTSCH, Bonn

Mit einem Startkapital von zunächst einer Million Mark haben der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) und 23 deutsche Arzneimittelhersteller den gemeinnützigen Verein „Gesundheitshilfe Dritte Welt - German Pharma Health Fund“ gegründet. Damit sollen, so bekunden die Initiatoren, gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in ärmeren Entwicklungsländern Projekte gefördert werden, die der Verbesserung der Infrastruktur für die staatliche Arzneimittelversorgung dienen. Schließlich leiste man damit auch einen Beitrag zur Verbesserung der gesamten Gesundheitsversorgung in diesen Staaten.

Ein Ziel, dem Kritiker der Pharmaindustrie wie etwa der „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ (Buko), unterstellen, es diene der Branche zur Sicherung und zum Ausbau neuer, gewinnbringender Märkte. Die Industrie wolle damit ihre „Ausbeutungsstrukturen“ in der Dritten Welt festigen.

Diesen Vorwurf weist Gert von Breitenbach, Vorsitzender des „German Pharma Health Fund“ weit von sich. Gegenüber der WELT sagte er: „Wir wollen die Verantwortlichen in den Entwicklungsländern beim Aufbau und Ausbau der staatlichen Qualitätskontrolle von Medikamenten unterstützen. Wir wollen Logistik und Distribution von Arzneimitteln verbessern und einheimisches Personal medizinisch und pharmakologisch aus- und fortbilden.“

Natürlich, daraus macht auch die Pharmaindustrie keinen Hehl, stellen die Entwicklungsländer ausbaufähige Märkte dar. Das britische Finanzmagazin-Unternehmen Capel-Cure Myers schätzt das jährliche Wachstum des Welt-Pharmamarktes bis zum Jahre 2000 auf 8,9 Prozent. Nach seinen Berechnungen werden die Umsätze mit Medikamenten zu Apothekenverkaufspreisen von 76 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf 245 Milliarden Dollar zur Jahrtausendwende ansteigen. Interessant dabei: Während die Märkte in den Industrienationen auf hoher Basis nur noch verhalten expandieren (um etwa knapp sieben Prozent), werden die

Länder der Dritten Welt erheblich an Bedeutung gewinnen. Hier sagt Capel-Cure Myers ein jährliches Wachstum um mehr als zehn Prozent voraus. Daraus schließt das Unternehmen, daß die Entwicklungsländer, die heute nur etwa 15,9 Prozent der Welt-Pharma-Produktion absorbieren, diesen Anteil bis zum Jahre 2000 verdoppeln.

Aus dieser Situation heraus auf eine „marktbeherrschende Macht der Pharmaindustrie“ zu schließen, hat von Breitenbach indes für unsinnig. „In Lateinamerika zum Beispiel“, begründet er seinen Widerspruch an der Unterstellung von „mißbräuchlicher Ausnutzung“ der Marktpolitik, „stand 1980 ein Marktvolumen von knapp 6,1 Milliarden Dollar zu Herstellergabepreisen ein Importvolumen von 1,1 Milliarden Dollar gegenüber, was einer Importquote von 17,6 Prozent entspricht.“ Zu beachten sei dabei, daß lateinamerikanische Staaten vornehmlich Arzneimittel einführen, die Fertigarzneimittel aber selbst herstellen. So betrage der Marktanteil nationaler Unternehmen in Argentinien 47, in Chile 43 oder in Uruguay 39 Prozent. Insgesamt haben die sieben größten deutschen Unternehmen in Lateinamerika einen Marktanteil von knapp zwölf Prozent; in Afrika erzielen sie etwa drei Prozent ihres Pharmavolumens.

Unter diesen Prämissen sieht er in dem „Pharma-Health-Fund“ die „maßgeschneiderte Antwort auf die heutige Situation in den Entwicklungsländern.“ Nur 20 von 100 Menschen in diesen Staaten erhalten eine ausreichende Gesundheitsversorgung. Die Müttersterblichkeit liegt 15mal so hoch wie in den Industrienationen.

Als Ursache dieser „bedrückenden“ Misere nennt von Breitenbach „die völlig unzulängliche oder fehlende Infrastruktur im Gesundheitswesen“. Es fehlten Ärzte und medizinisches Fachpersonal, es fehlten Kliniken für hitzeempfindliche Präparate, schließlich seien die hygienische und gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung sowie die Impfkontrolle äußerst mangelhaft. „Genau hier will der „German Pharma Health Fund“ mit seinen Mitteln helfend einsetzen.“

DKV FRANCE / Deutscher Krankenversicherer erobert reglementierten Markt

Schneller Franc sichert den Erfolg

HARALD POSNY, Köln/Paris
Wer als privater Krankenversicherer in einem Markt wie den der weitgehend sozialisierten und reglementierten Krankenversicherung in Frankreich eindringt, muß entweder eine hohe Meinung von seinen Marktchancen oder von sich selbst haben. Oder beides. Die Deutsche Krankenversicherung AG (DKV) zeigt seit 1983 in Frankreich Flagge. Als einziger Ausländer und einer von ganz wenigen heimischen Privaten demonstriert die DKV France den Wettbewerber, daß man dort auch ohne Dumpingprämien, dafür mit dem Know-how eines deutschen Spezialversicherers erfolgreich tätig sein kann.

Nach dem Paukenschlag des Starts erfreut sich die „Société allemande d'assurance maladie“ inzwischen sogar regierungsmittlichen Interesses: Auf der jüngsten Versicherungsmakler-Messe in Paris besuchte Frankreichs sozialistischer Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy unter ganz wenigen auch den Stand der DKV als einzigen ausländischen Versicherer.

Die Schwierigkeit, in Frankreich Fuß zu fassen, liegt im System des Krankenversicherungsschutzes. Von der gesamten Bevölkerung sind gut 95 Prozent - gleichgültig ob Arbeiter, Angestellter, Generaldirektor oder Selbständiger - pflichtkrankenversichert. Die staatliche Sozialversicherung ersetzt z. B. 75 Prozent der in jedem Fall vorzuleistenden Kosten ambulanter ärztlicher Konsultationen. Den Selbstbehalt von 25 Prozent kann man privat versichern. Da sich aber etwa 10 000 der nur 33 000 Ärzte einschließlich besonders teurer Professoren nicht an die „Tarife“ halten und bis zu 50 Prozent mehr liquidieren, steigt der Anteil des privat zu versichernden Selbstbehalts. Ähnlich sieht es bei Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalten aus.

Durch zwölf verschiedene Erstattungssysteme erhielten 1985 die rund 49 Millionen pflichtversicherten Franzosen vom Gesamtaufwand für Krankheitskosten von 375 Mrd. Franc (rund 125 Mrd. DM) rund 300 Mrd. Franc (etwa 100 Mrd. DM) zurück. Für

den Rest von 75 Mrd. Franc (22 Mrd. DM) machen sich rund 70 klassische Versicherer und vielleicht 7000, zum Teil regionale, Genossenschaften (Mutuels) in Form von Zusatzversicherungen stark. Das Gesamtprämienaufkommen wird mit 270 Mrd. Franc (90 Mrd. DM) von den „Gesetzlichen“ bestritten. In die restlichen 15 Mrd. Franc (fünf Mrd. DM) teilen sich die „Privaten“ (rund sechs Mrd. Franc/2 Mrd. DM).

Sich auf den schweren Markt in Frankreich einzulassen, ist Teil einer langfristigen Unternehmensstrategie. DKV-Vorstandsvorsitzender Hans

Matzel begann man mangels geeigneter Kaufobjekte oder Beteiligungen beim Stand Null.

Inzwischen stellen 70 (1986: 80) Mill. DM Auslandsumsatz drei Prozent des Gesamtprämienvolumens dar. Dabei ist der schwierigste Markt zugleich auch der erfolgreichste. Frankreich brachte 1985 mit 31 (1986: 42) Mill. DM von 100 000 Versicherten den größten Auslandsbeitrag. Beim Start setzte man sich über etwa zehn Prozent zum Ziel, eine Vorgabe die bereits 1985/86 erreicht wurde. Der Erfolg von DKV France ist zum guten Teil das Versagen der „Gesetzlichen“ und „Privaten“ am Markt. Bis zur ersten Kostenerstattung der Sozialversicherung vergehen drei bis sechs Wochen, sagt der DKV-Statthalter in Paris, Reinhard Matzel. „Da ist es schon ein wichtiges Werbeargument, wenn die restliche private Erstattung nur noch drei bis sechs Tage dauert.“

Matzel war mit 16 einfachen, von jedermann nachvollziehbaren Tarifen „zu Prämien mittlerer Art und Güte“ angetreten. Ein Umkrempeln des Marktes wäre tödlich gewesen. Das wäre vor allem bei den rund 35 000 Versicherungsmaklern schlecht angekommen. Die freiberuflich tätigen Makler, obnein durch neue Vertriebswege verunsichert, freuten sich über den Newcomer aus Köln, der ihnen neue Sicherheit verhielt. Matzel: „Sie rannten uns die Bude ein“, was jede Publikumswerbung zunächst erbringt.

Rund 3200 Makler schließlich galt es vom Produkt zu überzeugen, und bei ihnen zog die „Société allemande“. Eine frühe Marktstudie hatte den Kölnern dringend empfohlen, als deutsches Unternehmen auf den Markt zu gehen. Franzosen halten, so der Strategievorschlag, viel von deutschen Wertbegriffen - nicht nur bei Gütern, sondern auch bei Dienstleistungen.

Anders als vielfach zu Hause schätzen Franzosen, vor allem aber die Makler als direkte Marktpartner, „deutsche Klarheit der Produkte, rationale Verwaltung und zügige Regulierung“. Dieser Ruf (71 Prozent Akzeptanz) wird nur noch von den Schweizern (74 Prozent) übertroffen.

Die neue Bahn

Wie InterCargo Ihre Güter planmäßig auf die Reise schickt.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Aktien wieder uneinheitlich
Karneval sorgte für schleppende Umsätze

DW. - Am Rosenmontag setzte sich auf dem Aktienmarkt keine einheitliche Tendenz durch. Das Geschäft verlief schleppend. Karneval sorgte für schleppende Umsätze...

Der Bankmarkt blieb durch das Commerzbank-Beschluss verunsichert. Wegen der auf Null gestellten Bezugsbereitschaft...

Die Börse zeigte sich uneinheitlich. In den Grundböden blieb jedoch die Neigung erstarben, Aktien zu bevorzugen...

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with columns for market indices (DAX, DAX-100, etc.), stock prices, and trading volumes. Includes sub-sections for 'Aktien-Umsätze' and 'Freiverkehr'.

Table listing various stocks and their prices under the 'Inland' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Ausland' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Freiverkehr' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Ungeregelter Freiverkehr' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Unerregte Werte' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Ausland in DM' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Ausland Amsterdam' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Kopenhagen' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Luxemburg' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Paris' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Johannesburg' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Stockholm' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Brüssel' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Hankong' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Oslo' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Sydney' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'WELT-Aktien-Indizes' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Devisenmärkte' section.

Handwritten notes and signatures at the bottom of the page.

FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Renten leicht nachgebend

Da sich weltweit die Meinung durchgesetzt hat, daß der Zinssenkungsprozess zum Stillstand gekommen ist und in den USA aus währungspolitischen Gründen zur Zeit ein weiterer Zinssenkung nicht erwartet werden kann, fehte dem Rentengeschäft am Wochenbeginn jegliche Anregung. Hinzu kam, daß die Disponenten der großen Kapitalgesellschaften in diesen Tagen wenig Bereitschaft zu Aktivitäten auf dem Felde der Anleihepolitik zeigten. Öffentliche Anleihen bröckelten deshalb bis zu 0,10 Prozentpunkte ab. Geringe Umsätze in den DM-Auslandsanleihen.

Table with columns for 'Bundesanleihen', 'Bundepost', 'Länder - Städte', 'Sonderinstitute', and 'Bundesbahn'. It lists various bond types and their corresponding interest rates and prices.

Table with columns for 'Industrieanleihen', 'Währungsanleihen', 'Wandelanleihen', 'Frankfurt', and 'DM-Auslandsanleihen'. It lists industrial bonds, currency bonds, convertible bonds, Frankfurt bonds, and foreign DM bonds.

Table with columns for 'Optionsanleihen' and 'DM-Auslandsanleihen'. It lists option bonds and foreign DM bonds.

Table with columns for 'DM-Auslandsanleihen'. It lists foreign DM bonds.

Table with columns for 'DM-Auslandsanleihen'. It lists foreign DM bonds.

Table with columns for 'DM-Auslandsanleihen'. It lists foreign DM bonds.

Table with columns for 'DM-Auslandsanleihen'. It lists foreign DM bonds.

Table with columns for 'DM-Auslandsanleihen'. It lists foreign DM bonds.

Table with columns for 'DM-Auslandsanleihen'. It lists foreign DM bonds.

Advertisement for PostGiro international. It features a cartoon illustration of a man in a suit standing next to a large, stylized flower. The text reads: 'Wie bezahlt der kluge deutsche Einkäufer seine klugen weltweiten Einkäufe? Mit PostGiro international. Wußten Sie eigentlich, daß die Post zur Abwicklung Ihrer Importgeschäfte beitragen kann? Durch einfache, zügige und preiswerte Auslandsüberweisungen. Von einem Postgirokonto können Sie Zahlungen in praktisch alle Länder der Erde leisten. Ganz gleich, ob Ihr Geschäftspartner im Ausland ein Girokonto bei der Post oder ein anderes Girokonto hat. Selbst dann, wenn Ihnen die Konto-Verbindung Ihres Geschäftspartners nicht bekannt ist - die Post findet immer einen Weg. Und wenn Ihr Geld binnen Stunden beim Empfänger sein soll, überweisen Sie es, was in viele Länder möglich ist, telegrafisch. Auch die Kosten sprechen für den Auslandszahlungsdienst der Post. Sind das nicht gute Gründe, ein Postgirokonto einzurichten und sich mit Ihren Auslandspartnern auf diesen Zahlungsweg zu einigen? PostGiro. Das bequemere und aktuellere mit Btx. Informationen dazu über *20000#.

Warenpreise - Termine

Fester geschlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Während Kakao durchweg schwächer notierte, zog Kaffee um das Limit an.

Table with multiple columns listing various commodities such as WEIZEN, SOJA, KAFFEE, and their prices/terminations.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table listing wool, fibers, and rubber prices, including items like SAUNWOLLE, KAUSCHUK, and WOLLE.

NE-Metalle

Table listing non-ferrous metals prices, including ALUMINIUM, ZINK, and KUPFER.

Londner Metallbörsen

Table listing London metal exchange prices for various metals.

Devisenmarkt

Table listing exchange rates for various currencies.

Geldmarktsätze

Table listing money market rates and interest rates.

Euro-Geldmarktsätze

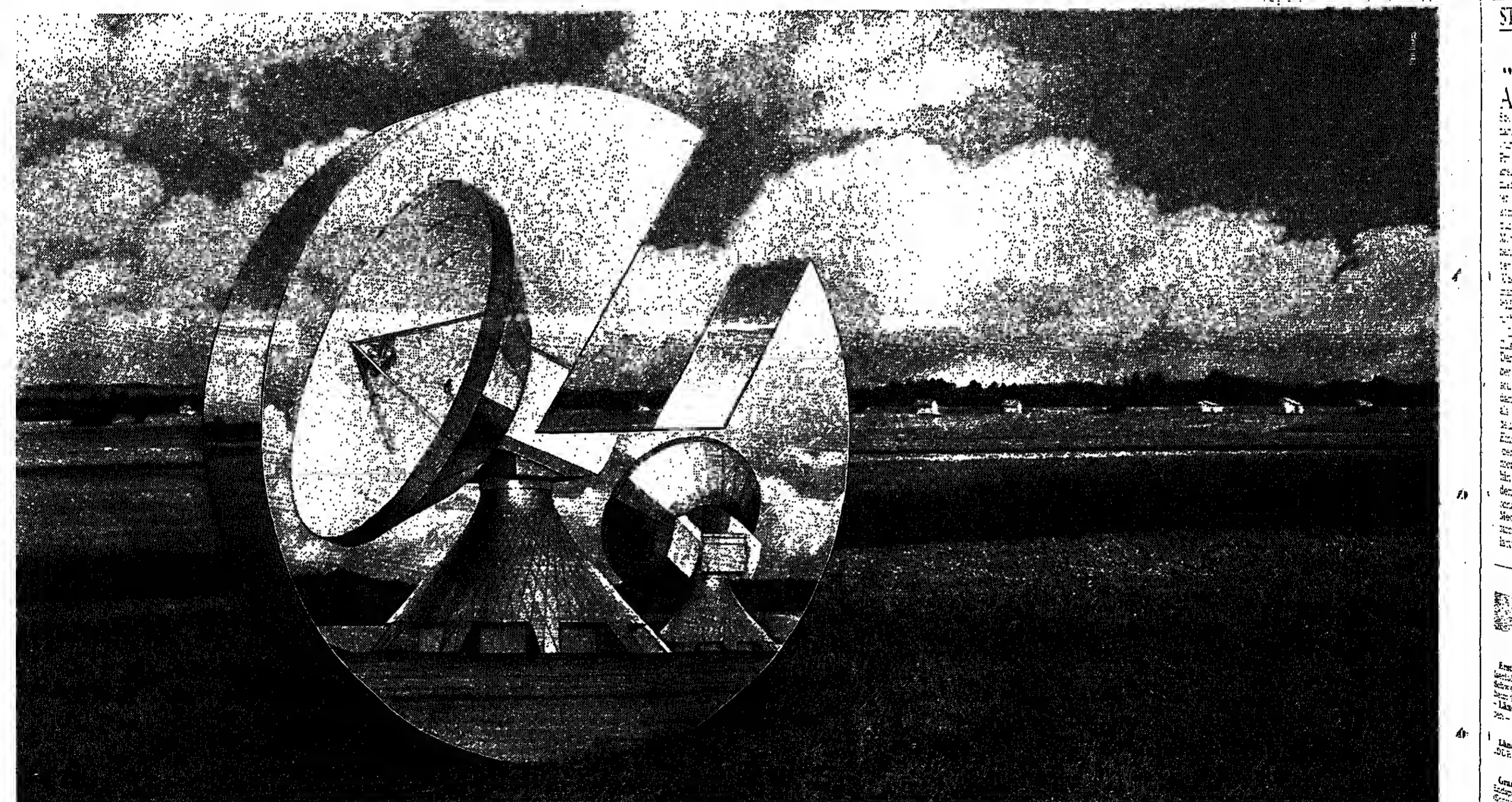
Table listing Euro money market rates.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table listing zero-coupon bond yields in DM.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table listing yields and prices of mortgage-backed securities and certificates of deposit.



Neue Technologien kosten Zeit und Geld. Visieren wir Lösungen an, durch die Sie beides sparen.

Es genügt es, den Standpunkt nur ein wenig zu verändern - und neue, überraschende Möglichkeiten werden sichtbar. Solche Beweglichkeit ist um so mehr gefragt, je größer und komplexer die Finanzierungsaufgaben werden. Als Spitzeninstitut des genossenschaftlichen Bankenvorstandes und universelle Geschäftsbank hat sich die DG BANK darauf spezialisiert, solche Aufgaben für große Unternehmen zu lösen. Unsere breite Refinanzierungsbasis und unsere internationalen Verbindungen erlauben es uns, aus vielen denkbaren Möglichkeiten die für jeden Einzelschritt besonders geeignete auszuwählen. Gemeinsam mit Ihnen entwickeln wir ein Finanzierungskonzept, das Ihren Zielvorstellungen entspricht. Unser Prinzip der kurzen Wege sorgt dafür, daß dabei keine Zeit verloren wird. DG BANK, Postf. 100651, Am Platz der Republik, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 747-0, Telex 412291, Btx - 59700 #. Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Die Geschäftsbank mit der breiten Basis.



Handwritten signature or note at the bottom of the page.

Drahtloser Datenfluß aus der Aktentasche

Private Satelliten-Verbindung für den Mikro-Computer

Von C. GRAF BROCKDORFF

Ein amerikanisches Elektronik-Unternehmen hat nach Darstellung aus Industriekreisen einen funktionsfähigen Satelliten-Fernmeldeschluß entwickelt, der die vierorts in der Welt bestehenden Restriktionen staatlicher Postverwaltungen überwinden könnte. Besonders für Journalisten und Geschäftsleute ist diese Entwicklung von großem Interesse. Das Elektronik-Unternehmen bietet einen Mischsender von zehn Watt Leistung mit eingebautem Empfänger an. Dazu gehört eine Antenne der Welt als Hindernis bei der raschen Nachrichtenübermittlung erwiesen haben. In bestimmten Ländern beispielsweise verlangen staatliche Postverwaltungen spezielle Zugangsgebühren für die Nutzung privater Datenübertragungsnetze.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Jedoch: Antennensignale in diesem Band arbeiten in einem schwer zu orientieren Bereich. Sie dürften nach Ansicht von Experten die Postverwaltungen, die sich bemühen, das staatliche Fernmeldemonopol zu wahren, vor Probleme stellen. Gegenwärtig liegt die Satelliten-Sende- und Empfangsstation für den Westatlantischen Schwebetrieb noch erst als Prototyp vor. Experten glauben jedoch, daß sie in Kürze Produktionsreife erlangt und bei einer wachsenden Stückzahl preiswert angeboten werden kann.

Ob der US-Markt in der Anlage mehr als eine Spielerei ist, ist noch offen. Denn die Datenübermittlung in den Vereinigten Staaten verläuft schon jetzt wesentlich unkomplizierter als bei uns und ist dort längst zur alltäglichen Sache geworden. An praktisch jedem Ort und in fast jedem Hotel kann man mit einer genormten Steckerverbindung (modular jack) in das öffentliche Telefonnetz gehen und über Selbstwahl des Computers ein Datenübermittlungsnetz anrufen.

Die Anrufe sind gebührenfrei („toll-free“) oder kosten gerade soviel wie ein Ortsgespräch. Selbst in Alaska kann man über die Nummer 800-638-8832 kostenlos und automatisch eine Computer-Verbindung aufbauen.

In anderen Ländern, die Bundesrepublik eingeschlossen, verlangen die Postverwaltungen einen sogenannten Anstufungskoppler, der in einem umständlichen Verfahren mit Gummi- und Metallteilen am Telefonhörer befestigt werden muß. Computer dürfen bei uns die Verbindung nicht automatisch aufbauen, sie muß - durch manuelle Eingabe der Telefonnummer - im Handbetrieb hergestellt werden.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Superschnelle Chips

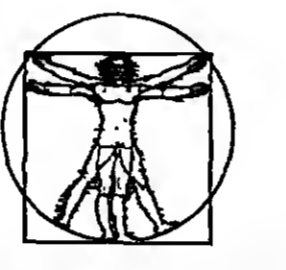
Bonn (wat) - Mit 320 Millionen Mark will das Bundesforschungsministerium die geplante Zusammenarbeit der Siemens AG mit der niederländischen Philips-Tochter Valvo im Bereich der Entwicklung von hochintegrierten Halbleiterschichten (Megabit-Chips) fördern. Damit soll den europäischen Konzernen geholfen werden, an die Weltspitze in der Chipentwicklung heranzurücken. Das auf vier Jahre ausgelegte Forschungsprogramm, bei dem Siemens für 1987 die Produktion des Ein-Megabit-Chips angekündigt hat, wird jetzt allerdings von den Ergebnissen amerikanischer und japanischer Computerkonzerne in Zeitnot gebracht, die in der Entwicklung solcher Chips einen erheblichen Vorsprung haben. So wollen die Firmen NEC und Toshiba in den nächsten Tagen Einzelheiten zum Vier-Megabit-Chip präsentieren und erste Prototypen für das Jahr 1987 ankündigen.

Spende fördert Nachwuchs
Heidelberg (Kü.) - 1,26 Millionen Mark hat der Verein zur Förderung der Krebsforschung in Deutschland dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in bestimmten Schwerpunktbereichen zur Verfügung gestellt. Die Spende eröffnet mehr als 20 qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit an viersprachigen Projekten der Krebsforschung. Dazu gehören

Weniger Augenverletzte
München (df) - Um fast 90 Prozent ist die Zahl der Augenverletzungen bei Autounfällen zurückgegangen. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung der Münchener Augenklinik, bei der Daten von 22 Kliniken ausgewertet wurden. Nach Ansicht der Deutschen Verkehrswacht ist dieser dramatische Rückgang vor allem der Anlegher für Sicherheitsgurte zu verdanken.

Neues Röntgenverfahren
Hannover (dl) - Ein neuartiges und in Europa bisher einzigartiges Röntgenverfahren ist jetzt in der Medizinischen Hochschule in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Unter der Fachbezeichnung „Digitale Lumineszenz Radiotherapie“ verfügt die Radiologische Klinik über ein Gerät, das nach Ansicht der Mediziner die herkömmlichen Verfahren revolutionieren könnte. Röntgenbilder werden dabei in elektrische Signale umgewandelt, verarbeitet und zu einer deutlich verbesserten Bildgebung ausgewertet. Dies führt, so die Wissenschaftler, zu erweiterten Diagnosemöglichkeiten.

Umweltforschungs-Preis
München (DW) - Der „Océ-van der Grinten Preis“ mit dem alljährlich grundlegende Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Umwelt-



Fragestellungen der Krebsdiagnostik, des Mechanismus der Krebsentstehung, der Tumorzellinvasion und Metastasierung, im Bereich der experimentellen Tumorthherapie und in der Krebsverhütung.

Wissenschaft vermarktet
Hannover (Kud.) - Niedersachsens Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens hat keine Einwände, wenn Wissenschaftler ihre in den Universitäten gewonnenen Forschungsergebnisse selbst oder über ihre Patente in privatwirtschaftlich organisierten Firmen vermarkten. Bei einem Besuch der Universität Göttingen versicherte Cassens, dies sei sogar wünschenswert, wenn die Anforderungen der Wissenschaftler in der Lehre und Forschung darunter nicht litten. Er begründete dieses Zugeständnis mit einem Defizit beim Technologietransfer.

Wie man mit Knödeln tolle Füchse ködert

Von D. GURATZSCH

Seit einiger Zeit wird in verschiedenen Bundesländern mit neuen Methoden zur Eindämmung der Tollwut experimentiert. Dabei setzen die Landesbehörden darauf, daß die Seuche am leichtesten bei ihrem Hauptüberträger, dem Fuchs, identifiziert und bekämpft werden kann. Jahrelang hatte man mit ziemlich grobschlächtigen Programmen versucht, den Fuchs gleich selbst wie ein Ungeziefer zu verfolgen und in seinen unterirdischen Bauten auszurotten („Fuchsbaubegasung“), ohne daß diesen Programmen jedoch ein Erfolg beschieden war.

Die Ausrottung der Tiere in bestimmten Gebieten führte nur dazu, daß die Tiere sich anderswo stark vermehrten und dann die Lücke schnell wieder ausfüllten. Anschließend war dann oft der Prozentsatz der Füchse, die den Tollwutvirus trugen, größer als zuvor. Aus diesem Grund und nach vehementen Protesten der Tierrechtler ist man nun zu „humaneren“ Methoden übergegangen. Geradezu sensationelle Erfolge werden dabei mit sogenannten Schluckimpfungen erzielt.

Per Schluckimpfung wird die Tollwut bekämpft

Dabei werden flächendeckend Köder ausgelegt, die mit einem Impfstoff gegen Tollwut präpariert worden sind. Der Erfolg hängt davon ab, daß eine genügend große Zahl von Füchsen die Köder aufnimmt und damit einen aktiven Schutz vor dem Tollwutvirus aufbaut, damit die Kettenreaktion der Virusübertragung von Fuchs zu Fuchs abreißt.

Erste Erfahrungen mit dieser Form der Impfung hatte man schon vor einigen Jahren in Bayern sammeln können. Damals konnte man in einem 400 Quadratkilometer großen Gebiet im Raum Albstadt etwa 80 Prozent der Füchse immunisieren. Vorversuche laufen seit Jahren auch in Hessen. Dabei ist es gelungen, die Tollwut im Vorortraum völlig zum Erliegen zu bringen. Schon seit drei Jahren wurden in diesem Gebiet kei-



Als Überträger der Tollwut wurde der Fuchs früher gadenlos verfolgt. FOTO: NORDBLUM

ne Fälle mehr registriert. Inzwischen hat die hessische Landesregierung mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen einen länderübergreifenden Feldversuch für die Jahre 1985 bis 1987 gestartet.

Immer mehr Gebiete sind von der Seuche befreit

Bereits die erste Zwischenbilanz nach nur vier Monaten zeigt einen aufsehenerregenden Erfolg. Vom Oktober 1985 bis zum Januar dieses Jahres ging in den beteiligten hessischen Kreisen Waldeck-Frankenberg, Lahn-Dill und Marburg-Biedenkopf die Zahl der Tollwutfälle um 50 Prozent zurück. Gerade diese Kreise waren in der Vergangenheit besonders stark von der Seuche betroffen.

Bei dem länderübergreifenden Versuch wurden allein in den hessischen Kreisen 66 000 Köder ausgelegt. Anders als früher, als man die Impfstoffe in Hühnerköpfen versteckte, wurden jetzt Knödel aus Fischmehl und Fett verwendet, die die Füchse noch bereitwilliger als Nahrung aufnehmen. So konnten die Forscher vom Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Frankfurt nach Prüfung einiger hundert Fuchskadaver belegen, daß mehr als schätzungsweise 40 Prozent der Füchse den Impfstoff aufgenommen hatten. Siebzig Prozent der Tiere verfügten über einen aktiven Impfschutz.

Aber schon bei einem Impfschutz von 50 Prozent der Tiere wäre nach Meinung des hessischen Sozialministers Armin Claus geschätzt, daß die

Übertragung des Virus zwischen den Tieren unterbrochen wird. Auch anfängliche Befürchtungen, andere Tiere, die den Köder ebenfalls aufnehmen (Schwarzwild, Kleinraubwild, Mäuse oder Schnecken), könnten den Erfolg des Versuchs gefährden, haben sich nicht bewährt. Bei dem Feldversuch soll nun der Impfstoff zunächst bis zum Norden von Rheinland-Pfalz und bis nach Siegen vorgeschoben werden.

Die schon seit Jahren tollwutfreien hessischen Forstämter Königstein und Bad Homburg, die noch im Frühjahr 1985 einbezogen wurden, sollen vorerst nicht mehr beschickt werden. Auch im Hochtaunuskreis wurden nur noch bis zum April 1985 Tollwutfälle festgestellt - neben fünf Füchsen war auch ein Rind befallen.

Aber gerade die Tatsache, daß die letzten Fälle sämtlich nur noch von den Rändern der älteren Versuchgebiete gemeldet wurden, bestärkt die Veterinärämter in ihrem Optimismus, daß man die Tollwut endlich in den Griff bekommt. Minister Claus: „Die Schluckimpfung hat sich gerade auch im länderübergreifenden Feldversuch als äußerst geeignete Bekämpfungsmethode erwiesen.“

STANDPUNKT

„Bläh-Off“

Amerika spielte schon oft den Vorreiter, wenn es galt, im Sport neue Wettbewerbe und Einnahmequellen zu entdecken. So wurden im nordamerikanischen Profifußball die Play-Offs kreiert. James K.-O.-System (weiter) also, das erst nach dem herkömmlichen Meisterschaftsmodus und einem Pistolenduell im Morgengrauen gleich. Es muß ein Sieger und ein Verlierer geben. Mit einem Unentschieden (US-Slogan: „Das ist so, als ob man seine eigene Schwester küßt“) haben die Amerikaner nichts im Sinn.

Die Gerechtigkeit bleibt bei der Zusatzrunde auf der Strecke. Denn wenn eine Mannschaft wie der Kölner EC nach 36 Spieltagen souverän an der Spitze thront, dann würde man ihn im Fußball als Meister feiern. Doch was bedeutet Gerechtigkeit, wenn fette Einnahmen winken. Die Play-Offs (der Name „Bläh-Off“ ist so falsch, nicht) garantieren Spannung bis hin zum „pöthlichen Tod“ (Südwestdeutsch). So etwas will der Zuschauer sehen. Die Kehrseite der Medaille: Die Spieler werden physisch und psychisch enormen Belastungen ausgesetzt.

W. NIERSBACH

EISHOCKEY / Der große Favorit Kölner EC tat sich zum Auftakt der Play-off-Runde sehr schwer

Erst durch ein Tor in der Verlängerung kam der Favorit Kölner EC zum Auftakt der Play-off-Runde zu einem 4:3-Zittersieg über Schweningen. Die Entscheidung fiel für Köln sehr glücklich, denn der Kanadier Cote hatte kurz vor dem Kölner Tor den Pfosten getroffen. Schon morgen finden die zweiten Spiele des Viertelfinales statt.

Nilsson - ein schwedischer Eisschrank

HEINZ STUMM, Köln
Mit Trainer Hardy Nilsson (38) aus Schweden ging der Kölner EC souverän als beste Eishockeymannschaft der Doppel-Vorrunde hervor. Mit Nilsson, seit Saisonbeginn KEC-Trainer, wollen die Kölner jetzt auch den Titel holen. Ihm wird es zugeschrieben, daß die Kölner zu den Favoriten zählen.

So einfach ist das: Hätte es in Skelleftea, einer etwa 35 000 Einwohner zählenden Stadt im schwedischen Lappland, einen erstklassigen Fußballklub gegeben, wäre Hardy Nilsson wohl Fußballprofi geworden. In Skelleftea, so beginnt seine Geschichte, hat er bis zum 18. Lebensjahr Fußball und Eishockey zugleich gespielt und sich dann ausschließlich dem rauben Spiel auf den Schlittschuhen zugewandt, weil eben in dem Provinzlecken am Bottnischen Busen kein erstklassiger Fußballklub existierte. Ergebnis: Nilsson wurde ein Spieler der Spitzenklasse, kam in die Nationalmannschaft und war Ende der 70er Jahre nach Ansicht des damaligen KEC-Präsidenten Jochen Erlmann bester schwedischer Eishockeystürmer überhaupt. Grund genug für den Abschreibungsminister, den Lappen an den Rhein zu holen.

Sieben Jahre später ist er wieder da. Doch anders als damals fuchelt er nicht mehr wild mit der „Kelle“ herum (Nationalspieler Schiller: „Der Hardy hieß bei uns der Betommi“), heizt er nicht mehr die Gefühle an, sondern dämpft eher. „Es hat keinen Sinn, an der Bande den wilden Mann zu spielen“, sagt der Eishockeytrainer Nilsson.

Weil der im Gegensatz zu vielen Kollegen die große Geste schert und sich immer in der Gewalt hat, wenn auf dem Eis die Fauste fliegen oder ein Spiel voranzugehen droht, gilt er in der Branche als schwedischer Eisschrank: temperamentsarm und einstillig.

Doch im Gespräch wird schnell klar, daß Zurückhaltung nur System bei ihm ist. Dieser Stil, so glaubt er, fördere auch die Disziplin bei den Spielern, eine Eigenschaft, die er für die wichtigste in dem raubbeinigen Spiel hält, bei dem es praktisch nie Verschnaufpausen gibt. Daneben sind Ehrlichkeit und Pünktlichkeit für ihn wichtige Tugenden.

Deshalb geht er auch ganz rigoros vor, wenn jemand aus welchem Grunde auch immer zu spät kommt. Die ersten fünf Minuten kosten zehn, die nächsten 25 Mark. Auch die besten Ausreden, im Rheinland sehr beliebt, ziehen bei ihm nicht. „Ich akzeptiere nur Erklärungen, niemals Entschuldigungen“, sagt er.

Seit Nilsson als Trainer arbeitet, und Trainer ist er immerhin schon im vierten Jahr, sind Temperamentsausbrüche für ihn Diskretionssache. „Wenn ich was durchzusetzen habe, dann mache ich das vor dem Spiel und nach dem Spiel. Und wenn jemand etwas nicht kapiert hat, kapiert er es auch während des Spiels nicht mehr“, hält er es für überflüssig, an der Bande wie ein Rumpelstilzchen herumzuspringen. Solche Auftritte, im Eishockey wie im Profifußball nicht selten, sind für ihn nur Profilierungssucht und ein Mittel, sich bei den Medien interessant zu machen. „Alles Theater“, sagt er verächtlich. Besonders fuchsen den blonden Schweden mit den sauberen Augen

GOLF / Deutscher Profi ist der beständigste Spieler auf der diesjährigen Tournee durch Amerika

Ein Fehlschlag kostete Langer 32 400 Dollar

FRITZ WIRTH, Washington
Auf Bernhard Langer warteten ein Scheck in Höhe von 81 000 Dollar, eine Trophäe von Tiffany und der Sänger Andy Williams, um beide Schätze zu überreichen. Es war der dramatische Höhepunkt der „Andy Williams Open“ in San Diego, direkt an der Pazifikküste. Der deutsche Golfmeister und Gewinner des „Masters“-Turniers stand um Haarsbreite vor seinem dritten Turniersieg innerhalb eines Jahres in den Vereinigten Staaten.

Nach dem letzten Schlag lag Langer zusammen mit dem Amerikaner Bob Tway mit jeweils zwölf Schlägen unter Par in Führung. Ein Stechen war nötig, und der erfahrenere Spieler Langer war der Favorit.

Die Entscheidung fiel am zweiten Loch in diesem Stechen. Langer hatte an diesem Loch einen Putt aus zwei Meter Entfernung zu schlagen. Der Ball rollte um zwei Zentimeter aus

fast gleicher Entfernung keine Schwierigkeiten, seinen Ball ins Loch zu versenken und gewann (67+68+69=204 Schläge) damit dieses Turnier. Langers Resultat: 70+66+68=204 Schläge bei Par 72.

Der Schlag, mit dem Langer im Stechen um zwei Zentimeter das Loch verfehlte, war einer der teuersten in seiner Karriere. Er kostete ihn 32 400 Dollar. Das ist der Unterschied zwischen dem ersten und zweiten Preis bei diesem prestigereichen Turnier.

Langer kassierte für seinen zweiten Platz 48 600 Dollar und war trotz der Enttäuschung nicht unzufrieden. Er erhöhte mit dieser Bourse seine Einnahmen nach fünf Turnieren auf der amerikanischen Profitour dieses Jahres auf insgesamt 115 483 Dollar und liegt damit in der Geldliste dieses Jahres in den USA an dritter Stelle. Mit seinen Platzierungen (4., 11., 7., 13. und 2.) ist der Deutsche der beständigste Spieler auf der US-Tour. „Ich bin sehr zufrieden mit meinem Spiel. Ich bin sonst ein Spätstarter, der erst im Sommer seine Höchstform erreicht. Diese Frühform ist eine neue Erfahrung für mich.“

Das Turnier wurde statt der üblichen 72 Löcher nur über 54 Löcher gespielt, weil die dritte Runde am Samstag wegen heftiger Regengüsse ausfiel. Langer hätte das Turnier bei nahe ohne Stechen gewonnen. Tway hatte fast den gesamten Sonntag über an der Spitze gelegen und führte nach 16 Löchern mit „minus 13 Schlägen“ zu einem Zeitpunkt, als sich Langer bereits mit „minus zwölf“ im Klubhaus befand.

Tway, der seine Karriere als Profi vor zwei Jahren begann und bisher noch kein Turnier gewonnen hatte, fiel jedoch am 17. Loch auf „zwei unter Par“ zurück und hatte größte Mühe, das letzte Loch Par fünf zu spielen und damit ein Stechen zu erzwingen.

Das nächste Turnier im amerikanischen Golfzirkus beginnt am Donnerstag auf Hawaii. Langer geht mit guten Chancen auf seinen ersten Jahresieg in dieses Turnier, da ihm der Golfplatz auf Hawaii besonders gut liegt. Er hat dort in den letzten zwei Jahren bereits Siegpriämien von insgesamt über 100 000 Dollar gewonnen. Langer hat im letzten Jahr auf der amerikanischen Golf-Tournee, die aus insgesamt 43 Turnieren besteht, zwei Siege errungen und in den 18 Turnieren, an denen er teilnahm, 271 000 Dollar gewonnen.

Der Golfprofi Lee Trevino, der die „Andy Williams Open“ im Fernsehen kommentierte, sagte über Bernhard Langer: „Dieser junge Mann muß bald mit einem Lastwagen von Turnieren zu Turnieren reisen, um das ganze Geld zu fassen, das er verdient.“ Woran Langer erwiderte: „Nicht nötig. Meine Frau Vikki reist mit mir, und deren Taschen haben bisher noch alles Geld fassen können.“

SPORT-NACHRICHTEN

Uruguay Turniersieger

Miami (sid) - Uruguay, am 4. Juni in Queretaro erster Gegner der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in Mexiko, gewann ein Turnier in Miami (Florida) durch einen 2:0-Finalsieg gegen die Klub-Mannschaft von Deportivo Cali. Trainer Borras konnte nur fünf Mexiko-Kandidaten einsetzen.

Davis-Cup im Fernsehen

Hamburg (dpa) - Bis zur Entscheidung wird die ARD am 9. März den Schlußtag beim ersten Davis-Cup-Match der deutschen Mannschaft in Mexiko City live übertragen. Die Sendung beginnt um 18.00 Uhr. Das ZDF überträgt die ersten beiden Einzel am Freitag sowie das Doppel am Samstag. Für Mexiko spielen Lavalle und Maciel.

Premie für Titelgewinn

Paderborn (sid) - Sollte die deutsche Handball-Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz (25. Februar-8. März) den Titel erringen, erhält jeder Spieler eine Prämie von 20 000 Mark, 1978 erhielt jeder Spieler 4000 Mark, einen Fernseher und eine goldene Uhr.

Olympia-Vermarktung

Seoul (sid) - Aus der Vermarktung der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul erwartet das südkoreanische Organisations-Komitee eine Einnahme von rund 120 Millionen Dollar. 42 Prozent des Geldes sollen allein aus dem Verkauf des Tiger-Maskottchens und der Verwendung des Emblems der Spiele einfließen.

FUSSBALL / Platzverweis für Hans-Peter Briegel

Hoffnung auf mildes Urteil

Frankfurt
Für Hans-Peter Briegel war es ein schwacher Trost, daß Schiedsrichter Paparesta aus Bari in der italienischen Presse durchweg zum „Schwarzen Mann des Tages“ gestempelt wurde. Schließlich hatte der Unparteiische dem 30 Jahre alten deutschen Fußball-Nationalspieler beim 0:0 von Meister Hellas Verona gegen Karl-Heinz Rummenigges Klub Inter Mailand zwei Minuten vor Schluß die Rote Karte gezeigt. „Absolut zu Unrecht“, befand Briegel, der zuvor in seiner Laufbahn lediglich im DFB-Pokal 1978/79 bei Südwest Ludwigshafen einmal des Feldes verwiesen worden war.

Nach einem gemeinsamen Foul der Inter-Spieler Riccardo Ferri und Fulvio Collovati im Strafraum an Briegel hatte dieser beim Schiedsrichter heftig protestiert. Doch statt des erhofften Elfmeters verhängte Paparesta zunächst mit der Gelben Karte und schickte den verärgerten Briegel wegen weiterer Beschwerden danach in die Kabine. „Ein Platzverweis ist in Italien aber nicht ganz so schlimm wie in der Bundesliga“, hofft Briegel auf ein mildes Urteil. „Hier gibt es dafür in keinem Fall eine Sperre von beispielsweise vier Wochen. Vielleicht kann ich sogar am kommenden Sonntag bei Sampdoria Genua schon wieder mitspielen.“ Als Strafe mußte Briegel allerdings das magere Resultat gegen die krisengeschüttelten Mailänder empfinden.

ZAHLEN

- EISHOCKEY**
Erster Spieltag der Play-off-Runde:
Landschaft 2:0, Köln - Schweningen 4:3, Düsseldorf - Mannheim 0:3, Rosenheim - Kaufbeuren 8:2
Landschaft in Stockholm: Schweden - UdSSR 1:2
- FUSSBALL**
Landschaft in Queretaro (Mexiko): DDR - Bulgarien 2:1 (0:0)
- TENNIS**
Grand-Prix-Turnier in Memphis: Roddick (USA) - Ederberg (Schweden) 7:5, 7:6
Frankreich/Schweden 6:4, 4:6, 7:6
Grand-Prix-Turnier in Toronto: Roddick (USA) - Ederberg (Schweden) - Srebrer (CSSR) 6:1, 6:4
Doppel: Nyström/Pflak (Polen) - Steyn/Visser (Südafrika) 6:3, 7:6
- BAUSPORT**
Katholikentag der Andalusien-Spanien: 2. Höhe (Deutschland) 20:21, 3. Gaston (Spanien) 20:43, 4. Müller (Schweiz) 20:48, 5. Indurain (Spanien) 20:48, 6.
- GEWINNZAHLEN**
Am 07. 14, 21, 27, 38, 42, 45, Zuerst: 13 - Remontiert: Remont A: 7, 3, 1 - Remont B: 25, 33, 28 (Ohne Gewinn)

Hans Barths Biographie über Hermann Oberth Zurück zu den Sternen

Die Möglichkeit einer Katastrophe, wie sie jetzt die amerikanische Raumfahrt heimgesucht hat, findet keinen Platz in seinen Überlegungen.

schon ist festgehalten, längst aber hochbezahlte Technologie-Manager in Ost und West sie in Konzepte gossen.

Buch des Tages

phie, in der Menschliches und Genialität, Provinzielles und Welt-Verderndes gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Reichtümer jedenfalls hat der Siebenbürger Professor und inzwischen vielfach Geehrte mit seinen zahlreichen Erfindungen nicht erwerben können.

So hat sich ein wenig Verbitterung in manches Urteil des so oft Enttäuschten eingeschlichen. Zwar gilt er, zumindest in der Fachwelt, heute als Vater der Raumfahrt.



Bochum bringt ein Theaterstück über den ermordeten Beatle John Lennon Oxford-Laute unterm Pilzköpfchen

So, jetzt hat er auch sein Theaterstück, der John Lennon, der von einem Psychopaten am 8. Dezember 1980, gerade vierzig Jahre alt, in New York erschossen wurde.

zweieinhalb Stunden, in denen auch der Musik der Liverpooler sehr viel Platz eingeräumt wird.

Die bereits zu Evergreens gewordenen Hits gut über die Rampe bringt. Daß Kirsten Dene zu den Besten in Bochum gehört, weiß man schon länger.

Charmanter Dauer-Schocker - Der Autor H. Habe Ein Selfmade-Gentleman

Warum haben Sie diesen Film gemacht? Diese Frage wird mir immer gestellt, wenn ein Beitrag von mir im Fernsehen gebracht wird.

auch einen ganz anderen zu zeigen als die Klischeefigur, versucht die Vorurteile abzubauen, die diesen Selfmade-Gentleman längst klassifiziert haben.

Denn Hans Habe war ein Reizthema, und auch nach seinem Tod erhitzen sich die Gemüter noch über diesen charmanteren Dauer-Schocker, der vor allem einer gewissen linken Szene in Deutschland so verhaßt war, daß es schon fast wieder wie eine Art

Es gibt Zufälle, die sind wie Schicksal: Als ein Bekannter mich darauf aufmerksam machte, daß die Prachtvilla von Hans Habe im Tessin langsam aber sicher verrotte und der Willkür von Zerstörung und einem Urwald von wucherndem Unkraut anheimfalle, fuhr ich sofort hin, um dieses beeindruckende Bild von der „Vergänglichkeit von Ehre und Ruhm“ für die Nachwelt festzuhalten.



Aber das allein hätte natürlich nicht genügt, um aus Hans Habe eine der umstrittensten und farbigsten Figuren im Nachkriegsdeutschland zu machen. Mein Film versucht denn

KRITIK

Beklemmender Fanatismus

Sind wir denn Tiere? Diese Frage legt der englische Drehbuchautor Gerald Seymour am Ende seines TV-Films Handlanger des Todes (ZDF).

lich ist und ob er Kunde von der gleichnamigen SS-Formation hatte. So wie man darüber streiten kann, ob Autor Seymour recht beraten war, als er Jäger und Gejagte auf beiden Seiten sehen, ihre Motive als ähnlich und folglich als austauschbar ansehen wollte.

Nachdenken, aber vorher

Das klassische Schwankmacherpaar Arnold & Bach hat in den zwanziger Jahren allerlei prachtlvoll gezeichnete Farcen unter das Volk gebracht, wobei der Witz darin lag, daß ebendieses Volk damit ganz schön auf die Schippe genommen wurde.

Wolte der Regisseur zeigen, daß er mehr kann, als nur Schwänke inszenieren? Wenn er es zeigen wollte, so ließ er nur erkennen, daß er vielleicht für Hamlet und die Räuber, nicht aber für Schwänke zuständig ist.

Alte Gewänder im Bamberger Diözesanmuseum Sehr unirdische Träume

Eine eigenartige Stille liegt über dem Mantelsaal im Bamberger Diözesanmuseum. Zu sehen sind großflächige Vitrinen mit Textilien. Von diesen Textilien geht die banende Ruhe aus.

schon Herrscher, zwei bekörnte, überlebensgroße und bizarr anmutige Frauen rahmen ihn ein. Bischof Gunther kehrte von seinem Pilgerzug, der mit 7000 Mann begonnen hatte, nicht wieder zurück.

Über den tiefblauen Seidendamast mit einem herrlichen Granatapfelmuster ziehen die Sterne, sämtlich in Goldstickerei: Walfsch und Großer Bär, Pegasus, Cassiopeia und Schwan - ein schier endloser Reigen.

Zwei weitere Kostbarkeiten enthält der Raum: die Mäntel der heiligen Kunigunde. Die Gemahlin Kaiser Heinrichs wurde im Jahre 1200, vierundfünfzig Jahre später als ihr Mann, zur Ehren der Kaiserin erhaben.

Auch nach seinem Tode ein Reizthema: Der Schriftsteller Hans Habe FOTO: HORST TAPPE

STUDIO - programme der Deutschen Welle in den frühen Abendstunden ersetzt. AP

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM - 9.45 ZDF-Info Norddeutsche Teeliche Süddeutsches Katerfrühstück

III. WEST - 18.30 Sesselschnecke 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tegeschau

HESSEN - 18.30 Das Geschicht mit der Nachhilfe 19.05 Fernseh-Eins 20.00 Eneposse

Handwritten signature: J. P. Müller 1980

Das Rätsel an der Wand

Überall sind sie uns hilfreich vor Augen, die Piktogramme, die Zeichen, die uns schriftlos be- lehren und die sich längst zu einem schier unendlichen Katalog moder- ner Hieroglyphen entwickelt haben.

Als anno 1936 der Schrift- und Schreibkünstler Rudolf Koch sein "Zeichenbuch" zusammenstellte, "welches alle Arten von Zeichen enthält, wie sie gebraucht worden seit den frühesten Zeiten", da ge- nügte noch ein schmales Insel- Bändchen, um alle diese Zeichen aufzunehmen.

Gut dreitausend "Zeichen & Signs" haben Erhard D. Siebner und Dieter Urban schon in einem dicken Band des Brockmann Ver- lages zusammengetragen.

Stuttgarts Trickfilmtage: zwischen Jux und Schrecken

See you later, animator

Unmögliches wird im Zeichen- trick sofort erledigt, auch Wun- der dauern nur ein paar Minuten - Drehbuchautoren, Regisseure der Sparte "Realfilm" erlassen vor Neid.

Die Realistik des Kinofilms, arm- selig dagegen! Denn auch, sie gibt nur eine Wirklichkeit, der Irrrealität aber gibt es viele: düster-horrible, sol- che von lachhaften Irn-Witz - und?

Und die meisten Trickfilme nutzen mit Ach und Krach diese zwei Gen- res: Entweder sie schaffen eine gra- phisch schöne Alpträume auf die Lein- wand - oder sie üben sich in blumig verkrüppeltem Jokus, mal satirisch pointiert, mal schnurrig.

Und siehe, auf einmal ist's mit dem Trickfilm eher ein Jammer als ein Triumph. Seine Geltung in unseren Medien: belanglos; sogar im Kinopro- gramme scheint er allmählich rar zu werden.

Daß der Trickfilm ein eigenständiges, seriöses künstlerisches Medium sei - nicht bloß Klaukau für die Kleinsten mit Bienen und Mäusen - "diese Botschaft ist hierzulande rela- tiv neu. Dem Stuttgarter kommunalen Kino gebührt das Verdienst, im Verein mit der dortigen Kunstakade- mie (und finanziell gestützt durch Stadt und Land) die ungewohnte Bot- schaft erstmals vor größeren Publi- cum bekannt gemacht zu haben, und zwar auf ganz praktische, vorführ- freudige Weise: Seit 1982 gibt es in Stuttgart internationale Trickfilmta- ge, soeben ist die dritte Biennale die- ser Art zu Ende gegangen.

Ohne Zweifel hat dies Flimmerfest, das in der Bundesrepublik einzigartig ist und seinegeliebte noch im bulgarischen Varna, in Zagreb, am Lac d'Annecy und in Ottawa hat, sich längst profiliert. Sein Programm ver- tritt "weltweiten" Zuschnitt, wie auch die Besetzung der Jury: 330 Filme waren eingereicht, 62 auch aufgeführt worden; 19 Nationen nahmen teil am Wettbewerb, darunter "Exoten" wie Nordkorea - nur von der "DDR" sah man, zwischen den vielen polnischen, russischen, tschechischen Streifen, nichts. Seltensamerweise.

Daß die Zusammensetzung der Ju- ry gruppendynamisch ihren Aus- druck fand in der Beobachtung eines

len als schier unlösbares Bilderrät- sel. Die Silhouette eines Mannes oder einer Frau auf einer Tür ver- mögen wir zwar allerorten zu ent- räteln, auch noch die Hand mit dem verbundenen Finger und dem Balkenkreuz darüber. Aber daß ein Koffer mit einem Fragezeichen oder Hut, Schirm und Handschuh mit daran hängendem Sticket eine Fundstelle, ein Kreis mit einem oder zwei Fragezeichen einen Infor- mationsträger markieren, muß ei- nem erst gesagt werden.

Bei den hübschen Signets der Firmen wird es noch vertrackter. Es bedarf schon einer besonderen Phantasie (und empfiehlt sich dar- um als Ratespiel für langweilige Parties), bei einem Fisch mit Regen- schirm zu erkennen, daß damit Wasserdruck gemeint ist, oder bei einer Gabel mit drei geraden und einem zur Kurve gebogenen Zin- ken, daß auf ein Museumsresta- urant aufmerksam gemacht werden soll.

Piktogramme? Schön und gut. Aber sie sollten uns das Leben auch wirklich erleichtern. Statt dessen machen sie es immer mehr zum Re- bus, den nur noch gewitzte Fachleu- te auflösen können.

Berlin veranstaltet sein zweites „Autorentreffen“

Bitte, doch etwas mehr Begeisterung!

Vor knapp zwei Jahren, ebenfalls an einem frostkürrenden Wo- chenende, fand in Berlin im Literari- schen Kolloquium am Wannsee ein Schriftstellertreffen statt, das schon vor Namen her einen Hauch von Provokation in sich trug. Es firmierte unter dem Titel "Flüchtlingsge- spräche" und brachte Bewegung und schließlich regelrechten Aufruhr in die Reihen der im VS organisierten deutschen Schriftsteller, weil es Schluß machte mit der verbandsun- ternen Ab- und Ausgrenzungspolitik gegenüber allen Autoren, die seit 1976 zwangsweise die "DDR" verlas- sen hatten und nicht gewillt waren, ihre persönlichen Erfahrungen mit dem dortigen Regime unter den Scheffel der "Entspannungspolitik" zu stellen, die im VS damals allein den Ton angab.

Bernd Engelmann, der bedingungs- lose Exkurator dieser Politik, stürzte. Aber mit einem Trick kam sein Palla- din Hans Peter Bleuel an die Macht. Der Konflikt schwebt bis zur Stunde weiter. Die verdienstvolle Tagung von damals fand nun am selben Ort ihre Fortsetzung, wenngleich unter einem anderen Motto. Diesmal war eingeladen worden, um öffentlich über "Die Uneinigkeit der Einzelgän- ger" nachzudenken, und es war die Anschlussfrage gestellt worden: "Wo- zu brauchen Schriftsteller einen Ver- band?" Im Hinblick auf die Verhält- nisse im VS fielen insofern eine Ent- scheidung, als Anna Jonas von Ber- liner Verband ihre "Kampfkandida- tur" gegen Bleuel für den nächsten Gesamtkongress ankündigte.

Die Jonas gehörte zusammen mit Günter Grass (der wegen Krankheit fehlte) und Hans Christoph Buch zu den Initiatoren dieses zweiten, Berli- ner Autorentreffens. Knapp drei Ta- ge standen zur Verfügung für öffent- liche Diskussionen, interne Streitge- spräche, öffentliche Lesungen und nichtöffentliche Werkstattgespräche. Mit der Verbindung so verschiedener Kommunikationsformen wurde durchgespielt, was zukünftig nach den Wünschen der meisten Anwesen- den regelmäßig stattfinden sollte: daß "Schriftsteller Schriftsteller ein- laden", wie Anna Jonas es formulier- te, um nicht nur in Politik zu machen, sondern um vor allem über die urei- genen Aufgaben des Schriftstellers zu sprechen; über Literatur, über die Ar- beit am Text.

Sehr viele Teilnehmer betonten die Notwendigkeit einer solchen konse- quenten Rückbesinnung auf das ei- gentliche Arbeitsfeld des Schriftstel- lers. An diesem Punkt jedenfalls wa- ren sich die in Berlin versammelten Einzelgänger sehr einig, bis zur Be- reitschaft, den Vorwurf des "Elitä- ren" hinzunehmen. Sobald man aber auf politische Fragen kam, gab es auch auf dieser Tagung wieder heftige Uneinigkeit.

Hans Christoph Buch wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Erfahrungen der aus den östlichen Diktaturen Kommenden noch lange nicht aufgearbeitet seien, wenn das überhaupt jemals gelingen könne. Er plädierte für die präzise Herausarbeit- ung der prinzipiellen Unterschiede zwischen den Demokratien des West- ens und den totalitären Staaten des rechts und von links in aller Welt, ermahnte dabei jedoch Widerspruch vor- allem vom Kulturbund der SPD- Bundestagsfraktion, Freimut Duve, der sich auch durch andere Beiträge immer wieder heftig herausgefordert fühlte, die Ost- und "DDR"-Politik seiner Partei zuletzt unkritisch zu verteidigen.

Hans-Joachim Schädlich sprach Buch bei. Ihm ging es darum, "den grundsätzlichen Unterschied beider Ordnungen hin und wieder hervorzu- heben, besonders im Zusammenhang mit der Erörterung von Zensur", die in totalitären Staaten eben "systemati- sch" unterdrückt werde. Schädlich schlug eine "Doppelstrategie" gegen- über diesen Staaten vor, die die lenini- stische These, daß es keine ideologi- sche Koexistenz geben könne, endlich ernst nehme. Das stieß auf breite Zustimmung, wie denn überhaupt zu registrieren war, daß die Bereitschaft zum heftigen Streit nicht die Bereit- schaft zum geduldischen Zuhören aus- schloß. Das Bedürfnis nach Durch- setzung einer vernünftigen Gesprächs- kultur - jenseits der politi- schen Bekanntheits- und Verbandszu- gehörigkeiten - blieb in Berlin nicht nur ein frommer Wunsch.

Gegen einen Verband als "soziale Lobby" sprach im übrigen keiner. Aber für die Literatur könne nie eine Gewerkschaft zuständig sein, sagte Yaak Karsunke, sondern immer nur



Zweistreich im linken Lager: Hans Christoph Buch (links) und Freimut Duve, die beiden Berliner Hauptkontrahenten

der Autor selber. Ursula Kreschel sah darin eine unauflösbare, schizophre- ne Haltung der Autoren, die zwar sehr wohl die "Vorbildungen" ihres Schreibens delegieren" könnten, aber eben nicht das Schreiben. Für sie stelte sich die Situation auch noch aus einem ganz anderen Blickwinkel als dramatisch dar; sie fragte: "Wo ist noch Platz für Literatur? Über die Fensterreden hinaus? Wir sprechen doch schon fünf nach zwölf!"

Dennoch beherrschte die Angst vor sinkenden Leserzahlen, steigendem TV-Konsum, weniger Wortbeiträgen im Funk und dem Verfall der Lesekultur nicht die allgemeine Diskus- sion. All diese Aspekte, bedrohlich genug, wurden nicht verdrängt, aber es wurde ihnen etwas entgegenger- setzt. F.C. Dellus fragte provokant nach dem Eigenanteil der Schriftstel- ler an dem Prozeß, der dazu führt, daß die gesellschaftliche Bedeutung der Literatur abnimmt. Er vermisste eine lockere Gruppe von Schreibend- en, die sich hin und wieder zur genaueren Arbeit an Texten zusam- menfänden und mit Begeisterung, Ent- deckerfreude und Streitlust an Lite- ratur herangehe.

Und Dellus trieb die Selbstkritik noch weiter, indem er konstatierte, daß die Literaten nur ausnahmswei- se den Kritikern ins Wort fallen - mithin also darauf verzichteten, gegen die "Verkammertheit" der literarischen Maßstäbe zu polemisieren. Er

plädierte gegen das "Stehen in der Nörgelei" und für den "immer selte- neren Spieß am Metier". Yaak Kar- sunke verstärkte diese Einsicht mit dem Hinweis, es sei ja nicht nur das Fernsehen, das nivelliere, sondern auch eine "gewisse alternative Szene, die sich dumpf äußert und meint, das sei Literatur". Karsunke war es auch, der sich kritisch dem Kulturbegriff der Gewerkschaften vornahm, die Kultur ständig als "Illustration" miß- verstehen würden. Aus genau diesem Grund gäbe es seit langem jene so oft beklagte Kluft zwischen den Schrift- stellern und der organisierten Arbei- terbewegung.

Auf Unterlassungsgebühren der Au- toren machte auch Johano Strasser aufmerksam: "Der Verfall einer literari- schen Stimulierenden Öffentlichkeit" hätte es dahin gebracht, daß auch Schriftsteller einander nicht mehr läsen. Statt dessen ließen sich zu viele auf jene Wettbewerbsrun- den ein, in denen man nur gewinnen kö- nne, wenn man den anderen nie dar- aus. Daß es auch anders geht, ohne unkritisch zu werden, zeigte die nichtöffentliche Lesung, in der Autoren wie Gerald Zschorsch, Bode Morshäuser oder der Rumänien- Deutsche Ernest Wichner aus un- veröffentlichten Manuskripten lasen. Diese Stunden waren eine Vorweg- nahme gemeinsamer Arbeit, wie sie künftig stattfinden soll.

ULRICH SCHACHT

JOURNAL

Kunstpries Berlin für Marianne Hoppe

Der Große Kunstpreis Berlin wird 1988 in der Sparte Darstellende Kunst vergeben. Ihn erhält Marianne Hoppe, an der die Juroren Dieter Dorn, Hanselore Hoger und Hans Lietzau die sprachliche Kraft ihrer preußisch-nüchternen Diktion rühmen, außerdem stehet die Hoppe in einsamer Höhe über dem flächigen Routinebetrieb des Theaters. Förderpreise gehen an Chri- stiane Möbus (Bildende Kunst), In- geborg Kuhlur und Jürgen Dirk Zil- ling (Baukunst), Thomas Bracht und Detlev Miller-Siemens (Mu- sik), Lotmar Baiser (Literatur), Georg Weber (Darstellende Kunst), sowie Ronald Steckel (Film-Hörfunk- Fernsehen), die Preise werden tradi- tionsgemäß am 18. März verlei- hen.

Der Keltenfürst von Hochdorf

Die Ausstellung "Der Keltenfürst von Hochdorf", die zuerst in Stutt- gart zu sehen war (s. WELT v. 28. 8. 85), wird jetzt bis 31. März in der Josef-Haubrich-Kunsthalle in Köln gezeigt. Sie umfaßt das Fund- gut eines Großgrabhügels der späten Hallstattzeit, das in sechs-jähriger Arbeit rekonstruiert und kon- serviert wurde. Es war das Grab eines etwa 40jährigen Keltenfür- sten, in dem auch bunte gewirkte Stoffe, Standeszeichen, persön- liche Habe, Wagen und Geschirr so- wie Trink- und Essservice gefunden wurden. In der Ausstellung werden außerdem neue Funde aus acht weite- ren Forschungsprojekten gezeigt (Katalog 25 Mark).

Kunst in der Hauptstadt der europäischen Kultur

Mit der Ausstellung von bundert späten Zeichnungen von Gustav Klimt beginnt Florenz sein Jahr als "Hauptstadt der europäischen Kul- tur". Die offizielle Eröffnung findet jedoch erst am 29. April, an dem auch der "Maggio Musicale" mit Luciano Berios "Vera Storia" be- ginnt, statt. Neben den Ausstellungen zum 600. Geburtstag von Dona- tello und der 500-Jahr-Feier von An- drea del Sarto werden "Degas als Bildhauer" mit 73 Leihgaben des Museums von Sao Paulo, "Vor der Avantgarde - von Fattori bis Modigliani", "Die Magdalena zwischen Heiligem und Profanem - von Giot- to bis Sutherland" sowie "Marmor- Restaurierung: Werke und Probleme" gezeigt. Ferner stehen die Er- öffnung eines Museums mit Werken von Marino Marini und eines Zentrums für Musikforschung an.

2000 Jahre altes Boot im See Genzareth gefunden

Ein etwa 2000 Jahre altes, voll- ständig erhaltenes Boot haben is- raelische Fischer im See Genzareth entdeckt. Nach Meinung von Archäologen könnte es "möglicher- weise sogar Jesus gedient haben". Das achteinhalb Meter lange Boot liegt einen Meter unter dem Wasserspiegel in der Nähe des nordwestli- chen Seeufers bei dem Kibbutz Ge- nossar. Neben dem Boot wurden auch Münzen und ein römischer Topf (J.Hd. n. Chr.) gefunden.

Chinesisches Ballett auf USA-Tournee

Fünfzig Tänzerinnen und Tänzer des chinesischen Staatsballetts treten am 19. Februar ihre erste USA- Tournee an, die sie in zwei Monaten durch sieben amerikanischen Städte führen wird. Auf dem Programm stehen Auszüge aus "Schwanen- see" und "Giselle" sowie chinesi- sches Ballett. Das Gastspiel wurde in fünfjähriger Vorbereitungszeit in Zusammenarbeit mit der Musika- demie von Brooklyn organisiert.

Deutscher Preis für englischen Komponisten

Der englische Komponist Jolyon Brettegham-Smith hat den mit 12 000 Mark verbundenen Preis er- halten, den der Kulturkreis im In- dustrieverband der Deutschen In- dustrie gemeinsam mit der Gesell- schaft für Neue Musik ausgeschrie- ben hatte. Unter 40 eingereichten Arbeiten hat sich die Jury für Brettegham-Smiths Werk "Approach to Dun Aengus" für Violoncel- lo und Orchester entschieden.

Homburger Schloßkirche wird restauriert

Für die Instandsetzung der im Jahre 1897 eingeweihten Hombur- ger Schloßkirche hat das Land Hes- sen im Haushaltsjahr 1986 500 000 Mark bereitgestellt, für 1987 sind 1,5 Millionen Mark vorgesehen. Der Gesamtumfang wird auf 4,25 Mil- lionen Mark geschätzt. Wahrschein- lich werden die Restaurierungsar- beiten mit der Instandsetzung des Dachs und Dachstuhl beginnen. Die Schloßkirche soll künftig für Konzerte genutzt werden.

Die Antike verfehlt: Markus Lüpertz in München

Monster aus Pappmaché

Markus Lüpertz hat in den letzten Jahren immer wieder Triptycha gemalt, die so deutlich an Max Beck- mann orientiert sind, daß man auf den ersten Blick vermuten könnte, hier setze sich jemand geistig mit die- sem Expressionisten auseinander. Doch näherer Einsehen entdeckt man, daß Lüpertz gar nicht an den Lei- denwegen der Beckmannschen Ge- stalten interessiert ist. Wenn man zum Beispiel das Bild "Harlekin mit Raucher/Harlekin mit Schrägen/Napoleon" - jetzt in der großen Lüpertz- Ausstellung im Münchner Lenbach- Haus zu sehen - unter der Fragestel- lung betrachtet, was dieses Tripty- chon denn nun eigentlich mit Beck- mann zu tun hat, dann kommt man schnell zu einem ernüchternden Er- gebnis: Formen, Figuren, Komposi- tionsprinzipien und Farbklima bestei- hen sich deutlich auf Beckmann, an- sonsten aber herrscht völlige Belie- bigkeit.

reinen Gegenstandserfindung bis zur Reduzierung zibeter Malerei im Sinne eines bloßen ästhetischen An- lassens ist also mit einer gewissen Kon- sequenz beschränkt worden. Und so- fern man Malerei als spielerisches Re- flexionsfeld betrachtet, kann man Lüpertz Originalität und Erfindungs- kraft nicht absprechen.

Je weiter Lüpertz freilich in Refle- xionsfelder vordringt, deren Bedeu- tung evident ist - wie etwa der antike Mythos - wird auch die Gefahr sol- cher Malerei offenbar: Banalität. Das Oedipus-Bild aus seinem Zyklus "Bil- der über das mykenische Lächeln" zeigt ein abernes Mondgesicht, das wie eine groß gepinselte Maske in die Szene hängt. Mythos als Oberfläche? Hier rechtfertigt das Malergebnis in einer (obwohl bewußten) Banalität nichts mehr. Die Antike zu denun- zieren, ist auf diese Weise unmöglich. Sie zu evokieren, scheitert an der überbordenden Primitivität. Und das Bild selbst drängt sich allem in den Vordergrund, womit jegliche Bezüge - und damit Spannungszustände - erfolgreich vermiendet werden. Lüpertz ist zum Opfer der eigenen Belieblichkeit geworden.

Auch seine Skulpturen mit Titeln wie "Titan" oder "Ganymed" verfeh- len die dringend benötigte Bedeu- tungsambivalenz. Die antiken Vor- bilder sind entstellt zu abernen Pappmaché-Monstern, die nur noch monströs und bestenfalls komisch sind. (Bis 30. März, Katalog 28 Mark) LOTHAR SCHMIDT-MÜLLISCH

Da neigen sich zum Beispiel zur bloßen Form entleerte Figuren vor einer Stange, auf der wie bei den Kan- nibalen ein Kopf mit nepoleonischem Dreispitz steckt. Da ist die assozia- tive, stilistische Figur des Harlekins eine Art Wandbehang geworden, vor dem ein Kopf Zigaretten raucht, derselbst eigentlich nur aus einem farbigen Kringle besteht.

Im Grunde setzt dieses Bild getan was Lüpertz eigentlich immer getan hat: Er rückt die Gegenstände seines Malens - von Sujets kann man nur bedingt sprechen - in einen Bereich von subjektiver Belieblichkeit. In seinen Anfängen hat Lüpertz einmal selbst "Gegenstände" erfunden, d. h. er verstand sich einerseits als "ab- strakter Künstler", aber keineswegs im Sinne eines Kandinsky oder der Tachisten, sondern eher im Sinne eines Hans Arp.

Andererseits wollte sich Lüpertz nicht ganz und gar vom Gegenstand trennen. Er wollte ihn nur seiner freien Verfügbarkeit unterwerfen. In einer weiteren Phase hat Lüpertz Bild- der gemalt, die genau an der Grenze zwischen Abstraktion und Realität la- gen. Einen Sandhaufen zum Beispiel oder seine berühmten "Zelte". Die Bedeutungsidentität war aufgeho- ben: Man konnte, so man wollte, noch den Sand oder das Zelt sehen, man konnte aber auch bloß bei den forma- len Strukturen verbleiben.

Es gab sogar eine Phase, in der Lüpertz mit vorgegebenen Bedeu- tungen spielte, indem er zum Beispiel eine Reihe von Stahlhelmen so dar- stellte und gruppierete, daß daraus auch ebensogut eine Gartenstutze zu assoziieren wäre. Der Weg von der



Vorbilder nachgebildet: Markus Lüpertz - "dithyrambisch" (1976) von Lüpertz

Pia Frankenburgs Film „Nicht nichts ohne Dich“

Zwei Herzen sind in Not

Sie sind Stadtneurotiker, und ganz wie ihr großes Vorbild Woody Al- len plappern sie sich ohne Unterlaß ihre Wehwehchen von der aufge- brachten Seele. Für die Endreife der Martha und Alfred, die Spielfiguren von Pia Frankenburgs Debütfilm "Nicht nichts ohne Dich", ist aller- dings nicht New York, sondern Ham- burg die schöne Wiege ihrer Leiden. Hamburg zur Winterzeit, wenn die Alster zur Schlittschuh-Wiese ge- friert, die Elbufer vor Blankenese sich zur Eiserschollen-Wüste verwan- deln, in der der Endios-Student Al- fred - von Scholle zu Scholle springt - freilich nicht über die frosti- gen Schönheiten der Hansestadt, son- dern über Verhütung bramarbasier.

Überallergische Pointen, optische Kehrwendungen kurz vor dem Ziel, verquere Dialoge - mit maliziösen Mitteln hat die Hamburger Filmema- cherin Pia Frankenburg, für ihr erste abendfüllende Opus bereis mit dem Max-Ophüls-Preis dekoriert, die bi- zarre Winterreise ihrer Protagonisten aus dem Klischee in die Komik zu ziehen versucht. Und wenn ihr auch nicht das einzigartige, große Meister- werk damit gelungen ist, amüsan- st sind viele ihrer Manöver in den höhe- ren Bildsinn gewiß. Doris Dörries zum Kino-Hit avancierten "Männern" kann sie jedenfalls mit Anstand Pa- roli bieten.

Wird überhaupt irgendwem ernst genommen in dieser frech aufgerol- lten Komödie der Beziehungsnot? Kaum. Selbst unsere Schwierigkeiten im Umgang mit Ausstiedlern und Gastarbeitern haben durch Pia Frankenburgs Brillen gesehen, eher einen befriedigend absurden, denn drama- tischen Zug. Und ins Absurde zieht auch Martha und Alfreds Verzweif- lung über die Unfähigkeit, mit dem anderen Geschlecht ins Reine zu kommen.

Ähnlich hinterfragt die die Frankenburg auch die heute verbi- schen diskutierte Frage nach einer spe- zifisch weiblichen Ästhetik durch den Film-Kakao. Und sie macht das mit so herrlich mauliger Nonchalan- ce, nimmt die Fragen so lakonisch auf die Schippe, daß man ihr fast verzeiht, daß sie sich dabei so strapazierende Formen wie eingelebte Inter- views bedient, die Alexander Kluge ja nun wirklich als Entlarvungsst- rument ausgeschlachtet hat.

Daß sich ein Handlungsstaden nur ganz schwach herausdröseln läßt aus diesem nach einem Liebesgedicht Erich Frieds betitelten Film-Komö- chen, daß das Episodische immer Vorrang hat vor handfester Aktion, war offensichtlich Absicht. Sie ver- stimmt dort, wo sich partout kein plausibler Zusammenhang zwischen den locker gefügten Szenen ergeben will, die Reihung des Materials belie- big wird, der Film sich dehnt. Über Form gekontzt zu witzeln, bedarf es größerer Souveränität.

Die besitzt Kameramann Thomas Mauch, der sich bei Vadim Glownas "Desperado City" noch in sterile Bild-Welten verlor. Um den Improvi- sationscharakter zu unterstreichen, schreckt er hier nicht einmal davor zurück, einige Sequenzen satzig zu ver- wackeln. Wie man die Szene kennt, wird allein das schon ausreichen, aus dem Werk einen Kultfilm zu machen. KLÄRE WARNECKE

KULTURNOTIZEN

Militaria des Fürstentums Wal- deck sind vom 19. Februar an in ei- nem neuen Ausstellungsraum im Mu- seum Schloß Friedrichstein im Bad- Wilburgen zu sehen.

In diesem Jahr vom 3. bis 6. April im oberfränkischen Selb stattfinden. Die umfassende Werkschau ist dieses Mal dem polnischen Regisseur Jerzy Ka- walerowicz gewidmet.

Erich Wegner, einem Vertreter der "Neuen Sachlichkeit", ist eine Aus- stellung des Kunstvereins Salzgit- tel vom 13. Februar bis 11. März gewid- met.

Die 3. Internationale Fotobuch- ausstellung wird vom 10. Mai bis 1. Juni im Landesapvillon Baden-Würt- temberg in Stuttgart gezeigt werden. Die 9. Grenzlandfilmtage werden

in diesem Jahr vom 3. bis 6. April im oberfränkischen Selb stattfinden. Die umfassende Werkschau ist dieses Mal dem polnischen Regisseur Jerzy Ka- walerowicz gewidmet.

Die Francis-Bacon-Retrospektive, die zuerst in London (s. WELT v. 1. 6. 85) und danach in Stuttgart zu sehen war, wird jetzt vom 7. Februar bis 31. März in der Berliner National- galerie gezeigt.

Nickil Banerjee, renommierter in- discher Sitar-Spieler, ist im Alter von fünfundsünfzig Jahren in Kalkutta gestorben.

Neuer Fund für die Urtier-Sammlung Bottrop

Der Elch lag im Graben

Im "Quadrat Bottrop", Museum für Ur- und Ortsgeschichte, wird künf- tig das Skelett eines etwa 11 800 Jahr- re alten Elchbullen aus der Würm- Eiszeit zu sehen sein. Dieses Fossil - seine Ausgesprochenheit, ein eine ausgesprochene Seltenheit, ein Juwel für die paläontologische For- schung - wurde 1979 bei Kanalisa- tionsarbeiten in Dinslaken durch Ar- beiter in einem nur 1,15 Meter breiten Graben entdeckt. Jetzt harrt es, fix und fertig restauriert, seiner Aufstel- lung im Museum.

Bisher konnten im deutschsprachi- gen Raum erst drei fossile Elchskelet- te geborgen werden. Der erste Fund glückte 1909 in Schussenried im Land Baden-Württemberg. Er wird derzeit im Staatlichen Museum für Naturkunde in Stuttgart aufbewahrt. Der zweite Fund gelang 1957 in Berlin und befindet sich heute im Besitz des

Museums für Vor- und Frühgeschich- te in Berlin.

Der jetzt in Bottrop aufgestellte dritte Fund erreicht eine Widerristhö- he von 1,65 Meter, eine Länge von 2,30 Meter und eine Geweihbreite von 1,47 Meter. Es handelte sich um einen etwa acht Jahre alten Bullen, der in der sogenannten Alleröd-Zeit, einem Abschnitt der Würm-Eiszeit, gelebt haben muß.

Das Bottroper Museum beherbergt mittlerweile die größte Sammlung von Tieren aus der Würm-Eiszeit und ist deshalb für Freunde der Paläontolo- gie allemal eine Reise wert. Attrak- tionen sind unter anderem der größte Mammutschädel Europas, ein kom- pletes Wollnashornskelett und das einzige vollständige Skelett eines prähistorischen Wisents in Europa. ERNST PROBST

13
in-
be-
ste-
em-
tz-
ler-
ge-
ste-
en-
zu-
au-
is-
er-
er-
er-

el-
ca
rn
an
la-
al-
on-
is-
-an

an
ag
ha-
g-
an
un-
an
es
id
ge
an
er



Clowneske Ausgelassenheit (linkes Bild) und dämonisches Treiben, mit andern Worten: rheinischer Karneval und alemannische Faschnacht - Bilder von den närrischen Tagen, an denen die Menschen ihr wahres Wesen verstellen oder - enthüllen, auf jeden Fall ein Ventil für Aufgestautes finden. Und doch - welcher Unterschied zwischen der „Jeckin“ (mit Nachwuchs auf dem Rücken), die dem Höhepunkt ihrer närrischen Existenz - dem Kölner Rosenmontagszug - zustrebt, und den frazzenhaft listigen „Rote und Rangenweibe“ aus dem alemannischen Raum.

FOTOS: SCHUSTER/BAVARIA

Echte Jecken konnte auch der Frost nicht schrecken

Helau und Alaa! - hießen gestern die Schlächtrufe rheinauf, rheinab. Auch Schnee und Minustemperaturen konnten echte Jecken nicht schrecken. So waren denn auch fast anderthalb Millionen Menschen in den Narrenhochburgen Mainz, Köln und Düsseldorf auf den Beinen, um den Höhepunkt des Karnevals zu erleben, die Rosenmontagszüge. Das frostige Wetter hatte auch einen Vorteil: Die Zuschauer an den Zugstrecken rückten auf Tuchfühlung zusammen. Das ließ die Stimmung steigen. Ein kräftiger Schluck aus der Flasche tat das übrige und ließ so manchen stocknackten Narren auftauchen. Weniger abgärtete Jecken aber zogen es vor, die Übertragungen des närrischen Treibens von den Fernsehschirmen mitzuerleben.

Mehrere 100 000 Menschen verfolgten in Mainz bei Temperaturen etwas unter dem Gefrierpunkt den Zug unter dem Motto „Werd' ein mit Mainz“. Noch in den frühen Morgenstunden waren die Straßen und Bürgersteige vom frischen Schnee geräumt worden. Wagen mit Schneehaube - das hatte es seit Jahren nicht mehr gegeben. Trotzdem herrschte Jubiläumssimmung: Es war der 90. Zug, den der Mainzer Carneval-Verein (MCV) seit 1838 veranstaltet. Dem Zugmarschall folgten 5600 Teilnehmer in 125 Zugnummern, 2500 Musiker in 71 Musikzügen und 93 Motiv- und Prunkwagen. Zu den Musikkapellen gehörten die Band der 8. Infanteriedivision Bad Kreuznach

und die der amerikanischen Luftwaffe aus Ramstein. Wie in den vergangenen Jahren glossierten die Mainzer Narren die wichtigsten Ereignisse des Weltgeschehens. Mit dem Genfer Treffen von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow befasste sich der MCV-Wagen. „Ist das Eis gebrochen?“, der die beiden Politiker zeigt, wie sie sich behutsam auf dem Eis des gegenseitigen Mißtrauens bewegen. Ganz aktuell der Wagen „Um den Finger gewickelt“: Eine Sekretärin als Spinolin in den Fängen des Ost-Berliner Geheimdienstes. Als närrischer Kommentar zur Kost-

dämpfung im Gesundheitswesen zeigte der Wagen „Selbstbeteiligung“ den „Professor Blüm“, der den Patienten auffordert, nach einer Operation selbst zu Nadel und Faden zu greifen und die Arbeit zu vollenden. Wenig Chancen räumen die Mainzer Narren den deutschen Kleckern bei der Weltmeisterschaft in Mexiko ein: Ein Wagen zeigte die Nationalelf als „Flaschenpost nach Mexiko“. Während der Umzüge durfte natürlich auch die neue „Hymne“ der Friesen nicht fehlen - der Hitt der diesjährigen Karnevalssitzungen: „An der Nordseeküste, am plattdeutschen Strand, sind die Fische im Wasser,

und selten an Land...“ In Düsseldorf waren denn auch Abordnungen aus dem Norden der Bundesrepublik Deutschland erschienen. Der drei Kilometer lange Zug mit 84 Gruppen zu Fuß und 65 Wagen, der sich durch Düsseldorf bewegte, wurde angeführt vom Präsidenten des Carnevalclubs (als Attila verkleidet) und der „Bürgerwehr“. Das Motto „Was uns noch alles blüht“ sollte auf die Bundesgartenschau hinweisen, die 1987 in Düsseldorf stattfinden wird. Fürs Fußvolk, die 500 000 Jecken, gab's 30 Tonnen Karamellen und Deftiges von den Wagen. Da hing der Kanzler als eine bekannte Frucht an einem Stamm. Hinter ihm

Herausforderer Rau als pausbäckiger Äolus, der viel Wind macht. Die öffentlich rechtlichen Anstalten ARD und ZDF wurden als Figuren mit einem Brett vorm Kopf dargestellt. Thema aller Umzüge war der (na?) Glykolskandal. Einer der schönsten Wagen in Düsseldorf war der von der Landesregierung finanzierte „Rheinixe und Kiepenkerl“, zwei miteinander tanzende Gestalten, die an die Geburtsstunde Nordrhein-Westfalens vor 40 Jahren erinnern sollten. Einen „Fastelovend der Rekorde“ feierten die Kölner Narren. Sie persiflierten auf 61 Fest- und Prunkwagen „Rekorde op Kölsch“ und „Allerweltsrekorde“. 39 Fußgruppen und

rund 3500 Musikanten sorgten trotz Schneematsch auf der Straße für die richtige Stimmung unter den mehr als 500 000 Schaulustigen. „Rekordverdächtig“ erschien den Kölner Jecken vor allem der Düsseldorf-Landesvater Johannes Rau. Sie zeigten ihn als Stabhochspringer in kurzer roter Turnhose, der mit grimmigem Gesicht versucht, den eisgeschrocken dreinblickenden Helmut Kohl zu überspringen. Einen Rekord bietet nach Ansicht der Kölner Wagenbauer auch der Bundeshaushalt für das Jahr 1986 - sovieler Löcher gab's noch nie. Gebüßt (geküßt) worden soll allerdings weniger sein als in den Jahren zuvor. Ob es den „leckre Mädche“ in Kölle doch zu kalt gewesen war? (DW)

Der Druck auf die Nasa wächst

Kritische Fragen an die Raumfahrtbehörde / Waren Probleme mit Feststoffraketen bekannt?
wth./DW, Washington. Die von US-Präsident Reagan eingesetzte Kommission zur Aufklärung des „Challenger“-Unglücks hat jetzt von der Weltraumbehörde Nasa sämtliche internen Berichte über mögliche Probleme mit den für die Raumflüge verwendeten Zusatzraketen angefordert. Das erklärte ein Sprecher des Weißen Hauses. Damit reagierte die Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Außenministers William Rogers auf einen Bericht der Zeitung „New York Times“, in der es geheißen hatte, Techniker hätten bereits im vorigen Jahr vor der Gefahr gewarnt, daß an den Feststoffraketen Risse mit verheerenden Folgen auftreten könnten. Die Ermittlungen werden daraufhin, daß die Explosion der Raumfähre am 28. Januar durch das Ausreißen eines Flammstrahlers aus einer Naht der rechten Starttrakte ausgelöst worden sein könnte. Diese Nachricht dürfte den aufkeimenden Optimismus, der die demotivierten „Männer vor Ort“ in den Raumfahrtzentren Cape Canaveral und Houston nach einer Ansprache des Direktors des „Kennedy Space Centers“, Richard Smith, erfaßt hatte, wieder gedämpft haben. Smith hatte in seinem die Moral seiner Angestellten stärkenden „Pep-Talk“ vorhergesagt, daß die Verzögerung im Weltraumprogramm der Shuttle-Fähren kürzer sein wird als zunächst vermu-

tet worden war. Er sprach von zwei bis drei Monaten. Diese Aussage deutet an, daß man bei der Nasa bereits heute ziemlich sicher über die Ursache der Katastrophe sein muß. Es ist eine Nasa-Faustregel, daß keine neue Weltraum-Mission gestartet wird, solange nicht die Fehler, die bei der vorhergehenden aufgetreten sind, erkannt und behoben sind. Endgültige Gewißheit über die Ursache wird freilich erst herrschen, wenn die beiden Raketen, die in 50 und in 350 Meter Tiefe vor Cape Canaveral geortet worden sind, gehoben werden können. Bisher hat man etwa zwölf Tonnen Material geborgen. Die Nasa verweigert jede Auskunft darüber, ob auch Überreste der sieben verunglückten Astronauten gefunden wurden. Die Nachrichtensperre wurde aus Rücksicht gegenüber den Angehörigen der Astronauten verhängt, sie hatte jedoch zur Folge, daß sich spekulative Nachrichten über angebliche Funde in den Medien häuften. Inzwischen konzentrierte sich die Kommission in ihrer ersten Anhörung auf die Frage, ob die beim Start herrschenden außergewöhnlich kalten Außentemperaturen ein Unfallursache gewesen sein könnten, ohne darauf jedoch schlüssige Antworten zu erhalten. Sollte, wie vermutet wird, die Ursache bei den Festreib-

LEUTE HEUTE

Doppelter Victor
Was haben Victor John Foti aus Irlande und Victor John Foti aus Fairport gemeinsam? „Dumme Frage“, werden Sie sagen, „den Namen natürlich“. Stimmt. Aber es geht noch weiter: Beide leben im US-Staat New York nur Kilometer voneinander entfernt, beide warten im Krankenhaus von Rochester auf eine Bypass-Operation, beide aber sind nicht miteinander verwandt. „Als wir feststellten, daß sie auch denselben Arzt haben, wurden wir uns für unser Doppel etwa überlegen“, berichtet Stationschwester Kae Robertson. Der Chirurg George Hieles erkannte die Patienten schließlich als „Victor dem Großen“ und „Victor dem Kleinen“. Der große (64) ist sechs Jahre älter und 35 Kilogramm schwerer.

Kindersegnen
Ein freudiges Ereignis meldet das jordanische Königshaus: Königin Nur hat ein Mädchen zur Welt gebracht. Die 34jährige - sie hat an der Princeton-Universität ein Architekturstudium abgeschlossen - schenkte König Hussein (50) mit Töchtern Raza al Hussein seit der Hochzeit

Sensationeller Fund
Grabbkammer des Kämmerers von Tutanchamun entdeckt
dpa, Kairo. Ein britisch-niederländisches Archäologen-Team hat auf dem Gräberfeld von Sakkarä, 30 Kilometer südlich von Kairo, die Grabbkammer von Maya, dem Schatzkammerer des legendären ägyptischen Königs Tutanchamun (1347 bis 1337 v. Chr.) entdeckt. Bei diesem Fund soll es sich um den bedeutsamsten seit der Entdeckung des Tutanchamun-Graves im „Tal der Könige“ durch Howard Carter im Jahre 1922 handeln. Prof. Geoffrey Martin von der London University und Jacobus van Dyk vom Antikmusem in Leyden stießen durch Zufall auf die Grabbkammer. Die beiden Wissenschaftler erreichten in etwa 20 Meter Tiefe den Eingang zur Vorkammer des Grabes, deren Türpfosten den Namen Mayas trugen. Es gelang ihnen, einen Blick ins Innere der Kammer zu werfen, wo Wandmalereien und Friese entdeckten. „Wir waren tief in den Atem stocken“, sagten die beiden Archäologen. „Reliefs und Wandinschriften sind in vollkommenem Zustand. Die Farben wirken wie frisch aufgetragen. Ob das Grab von Bübern unberührt ist, konnten sie jedoch nicht sagen. Die beiden Ägyptologen suchten seit zehn Jahren nach dem unterirdischen Grab. Mehrere Blöcke aus dem oberirdischen Teil befinden sich bereits in Museen in aller Welt, nach-

WETTER: Im Süden noch Schnee

Lage: Deutschland bleibt unter Kaltluftstrahl aus Nordosten. Dabei wird der Süden aufsteigend von Schneefällen eines Mittelmeerriefs beeinflusst, während sich im Norden das südskanandinavische Hochdruckgebiet verstärkt.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden niederschlagsfrei. Im Süden geringe Schneefälle. Höchsttemperaturen zwischen minus 3 Grad im Nordwesten und minus 10 Grad im Südosten. Tiefstwerte nachts minus 6 bis minus 12 Grad, bei Aufklaren örtlich bis minus 15 Grad. Mäßiger Nordostwind.

Wetterliche Aussichten: Niederschlagsarmes Hochdruckwetter. Temperaturen nicht wesentlich verändert. Nachts zum Teil strenger Frost.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7:42 Uhr, Untergang: 17:31 Uhr; **Montag:** 9:16 Uhr, Untergang: 21:43 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12. Uhr (MEZ):

Ort	Temperatur	Wetter
Berlin	-2 S	0 bd
Bielefeld	-3 S	0 bd
Bonn	-3 S	0 bd
Brno	-4 S	17 he
Breslau	-4 S	17 he
Chemnitz	-4 S	17 he
Dresden	-4 S	17 he
Düsseldorf	-4 S	17 he
Erfurt	-4 S	17 he
Essen	-4 S	17 he
Feldberg/S.	-10 S	12 a
Fleussburg	-11 S	10 he
Frankfurt	-4 S	17 he
Garmisch	-11 S	10 he
Greifswald	-11 S	10 he
Hamburg	-4 S	17 he
Hannover	-11 S	10 he
Kassel	-4 S	17 he
Kiel	-10 S	12 a
Köln	-4 S	17 he
Konstanz	-10 S	12 a
Leipzig	-4 S	17 he
Lüneburg	-10 S	12 a
Lübeck	-4 S	17 he
Mannheim	-7 S	14 he
München	-11 S	10 he
Minster	-4 S	17 he
Nürnberg	-4 S	17 he
Oberndorf	-13 S	8 he
Oldenburg	-10 S	12 a
Pasewitz	-11 S	10 he
Regensburg	-11 S	10 he
Stuttgart	-7 S	14 he
Trier	-11 S	10 he
Zürich	-8 S	14 he

Deutschland: Berlin -2 S, Bielefeld -3 S, Bonn -3 S, Brno -4 S, Breslau -4 S, Chemnitz -4 S, Dresden -4 S, Düsseldorf -4 S, Erfurt -4 S, Essen -4 S, Feldberg/S. -10 S, Fleussburg -11 S, Frankfurt -4 S, Garmisch -11 S, Greifswald -11 S, Hamburg -4 S, Hannover -11 S, Kassel -4 S, Kiel -10 S, Köln -4 S, Konstanz -10 S, Leipzig -4 S, Lüneburg -10 S, Lübeck -4 S, Mannheim -7 S, München -11 S, Minster -4 S, Nürnberg -4 S, Oberndorf -13 S, Oldenburg -10 S, Pasewitz -11 S, Regensburg -11 S, Stuttgart -7 S, Trier -11 S, Zürich -8 S.

Südskandinavien: Algers -12 S, Amsterdam -1 S, Athen -14 S, Barcelona -14 S, Belgrad -2 S, Brest -1 S, Bukarest -4 S, Budapest -4 S, Genua -12 S, Helsinki -1 S, Istanbul -11 S, Lissabon -1 S, London -1 S, Madrid -1 S, Moskau -11 S, Paris -1 S, Rom -1 S, Sofia -1 S, Stockholm -1 S, Warschau -1 S, Wien -1 S, Zürich -1 S.

Zigarre für den Paten

Mafia-Prozeß eröffnet / Kronzeuge noch in den USA

DW, Palermo. In der sizilianischen Hauptstadt Palermo hat gestern morgen im Ucciardone-Gefängnis der Massenprozeß gegen 474 mutmaßliche Mafia-Angehörige begonnen. Innen werden außerdem mindestens 95 Mordtaten zahlreiche Verbrechen im Zusammenhang mit dem Rauschgiftmarkt vorgeworfen, der der Mafia alljährlich über sechs Milliarden Dollar einbringt. 42 Bürgermeister aus den größten Städten Italiens haben ihre Präsenz bei dem Prozeß zugesagt. Sie wollen damit ihre Solidarität mit Palermo beim Kampf gegen das Mafia-Uwesen bekunden. Von den Nebenklägern waren zu Prozeßbeginn die drei Kinder des 1983 von der Mafia ermordeten Carabinieri-Generals Carlo Alberto dalla Chiesa anwesend. Das Verfahren wird voraussichtlich ein Jahr dauern.

Rund 2000 Carabinieri sorgen in und um das Ucciardone-Gefängnis für die Sicherheit der Richter. Geschworenen und aussagefähigen Mafia-Angehörigen sitzen in gepanzerten Käfigen, die halbkreisförmig gegenüber dem Richtersitz aufgestellt sind. Die von den anderen Käfigen isolierte Zelle Nummer 23 war am ersten Prozeßtag vom „Oberboß“ Luciano Liggio besetzt. Er präsentierte sich dem Gericht in blauer Häftlingskleidung und mit einer dicken Zigarre im Mund. In der Nachbarzelle hatte sich „Schatzmeister“

Graf Galen wird gegen Kaution freigelassen

Nach viermonatiger Untersuchungshaft wird einer der beiden Hauptangeklagten im Prozeß um die Ende 1983 zusammengebrochene Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst, SMH-Bank, Ferdinand Graf von Galen, gegen Kaution freigelassen. Die Zweite Wirtschaftsstrafkammer des Frankfurter Landgerichts gab gestern einem Antrag der Verteidigung auf Haftverschonung statt und entschied, daß von Galen unter Aufrechterhaltung der Kaution in Höhe von zehn Millionen Mark auf freien Fuß zu setzen sei. Aufgrund formaler Bestimmungen kann von Galen erst freigelassen werden, sobald die Kaution hinterlegt ist. Die Wirtschaftsstrafkammer lehnte es ab, der Bescherde der Staatsanwaltschaft zu dieser Entscheidung aufschiebende Wirkung zu verleihen. In den nächsten Tagen muß nun das Oberlandesgericht entscheiden, ob der Bescherde der Staatsanwaltschaft zur Haftverschonung stattgegeben werden soll. Bereits Ende 1985 hatte das OLG einen entsprechenden Antrag der Staatsanwaltschaft, entsprechen und somit von Galens Freilassung verhindern.

Im Eis eingebrochen

dpa, Den Haag. Acht Menschen sind am Wochenende in den Niederlanden beim Schlittschuhlaufen beziehungsweise Spazierengehen auf Eisflächen eingebrochen und ertrunken. Das jüngste Opfer war ein vierjähriger Junge.

KERNENERGIE-NACHRICHTEN

Wissenschaftler fordern mehr Kernenergie

Verstärkten Einsatz der Kernenergie, Ersparnis von Energie und Nutzung von Sonnenenergie fordert der Arbeitskreis Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft. In einer Stellungnahme schreiben die Wissenschaftler, einer denkbaren Klimakatastrophe könne begegnet werden, wenn auch bei der Energienutzung weniger Sprengstoffe (z.B. Kohlendioxid und Kohlenwasserstoffe) in die Atmosphäre gelangen. Sie behindern die Wärmeabstrahlung der Erde (Treibhauseffekt). Deshalb sollten wir unseren Energiebedarf so decken, daß möglichst wenig Schadstoffe entstehen. Herkömmliche Kraftwerke können durch moderne Filter entgiftet werden, in Kernkraftwerken treten die für unser Klima kritischen Stoffe erst gar nicht auf. Fragen? Rufen Sie uns an. Informationskreis Kernenergie Heussallee 10 - 5300 Bonn 1 0228 / 50 72 26

ZU GUTER LETZT

„Hellscherin sah ihre eigene Verhaftung nicht voraus“, berichtete SAD.

Handwritten signature or stamp: *Schuster*